

123



realist

mittendrin unabhängig selbstbewusst

MAGAZIN 

65. Jahrgang
ISSN 1869-0653 · 2,80 €

Umfrage bestätigt die Position des RLV

Titelthema:

- Umfrage zur Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung
- Pressemitteilung
- Ideologie trifft auf Realität – Brief aus einer Realschule

Bildungspolitische Veränderungen – das kommt auf die Realschulen zu

Entlastungen jetzt!

Personalratswahlen 2024

Mit der Landespolitik im Gespräch



SCHÜLER ENTLASTEN

JA: VERBINDLICHE GRUNDSCHUL EMPFEHLUNG



Inhalt

Editorial	2
Vorwort von Dr. Karin Broszat	5
Berufsbegleitende Supervision	6
Titelthema:	
• Umfrage zur Verbindlichkeit der Grundschulpflicht	10
• Pressemitteilung	12
• Ideologie trifft auf Realität – Brief aus einer Realschule	14
• Zumeldung zur Landespresskonferenz und zur Kommentierung	18
Eisenmanns Saat – Schoppers Ernte	20
Entlastungen an den Realschulen – 10 Vorschläge	24
Geburtstage Ehrungen	25
In Memoriam	25
Fundstücke	26
LESENswürdig!	28
Personalratswahlen 2024	30
Mal ein bisschen wilder – außerschulischer Lernort	32
Die Entwicklung des Realschulwesens in Heilbronn (Teil 4)	34
Mit der Landespolitik im Gespräch	40
Würzburger Grundsätze	48
Realschule macht Radio	49
Personalversammlungen – vor Ort in Südwürttemberg	50
Realist – Praxistipp: Die neue Pauschalbeihilfe	51
Abstimmung mit den Füßen	52
Didacta 2023	54
Vorstellung der neu gewählten stellvertretenden Bezirksvorsitzenden	55
Nachrichten aus dem ZSL	58
RLV – der Fachverband für die Realschule	59
Ein buntes Mosaik	60
Impressum	61
Beitrittserklärung	62

Liebe Leserinnen und Leser,

bei so manchen Gesprächen, in denen es um eine mögliche Mitgliedschaft in unserem Verband geht, bekommen wir zu hören, dass das doch nicht notwendig sei, man habe schließlich ja schon eine Schlüsselversicherung.

Nun – wo die Kolleginnen und Kollegen recht haben, haben sie recht. Wegen einer Schlüsselversicherung muss niemand Mitglied eines Verbandes oder einer Gewerkschaft werden. Das kann man tatsächlich auch privat für sich allein abschließen.

STOPP – bevor Sie jetzt überlegen, wegen dieser Aussage zur Schlüsselversicherung unserem Verband den Rücken zu kehren – BITTE LESEN SIE WEITER

Und doch haben die Kollegen nicht recht, auch scheinen sie das Prinzip eines Verbandes oder einer Gewerkschaft nicht ganz durchdrungen zu haben. Natürlich gibt es Leistungen eines Verbandes, die man ganz individuell in Anspruch nehmen kann und das ist auch gut so. Wir halten für unsere Mitglieder eine Reihe von Leistungen bereit, die der persönlichen Absicherung dienen, sei es ein Schaden, den man unabsichtlich in seiner Dienststelle verursacht hat (Diensthaftpflichtversicherung) oder die Rechtsberatung. Durchaus individuelle und berechtigte Gründe für eine Mitgliedschaft.

Ein Verband (oder eine Gewerkschaft) hat aber darüber hinaus noch ganz andere Aufgaben, die jedes Mitglied durch seine Mitgliedschaft unterstützt. In unserer Verfassung ist das Recht, sich zu organisieren, ausdrücklich als „Grundrecht“ (Artikel 9) aufgeführt. Es ist erschreckend, dass so viele Beschäftigte sich dieses Grundrecht aus der Hand nehmen lassen. Nur gemeinsam können wichtige Anliegen in einer Demokratie durchgesetzt werden. Der Einzelne mag gute Ideen und Vorschläge haben, er wird aber kaum dazu in der Lage sein, wirksame Diskussionen mit politischen Entscheidungsträgern zu führen. Ein Berufsverband bündelt die Interessen Einzelner und verleiht diesen dadurch mehr Gewicht. „Viele“ – das ist immer noch die legitime „Währung“ in einer Demokratie.

Sicher, auch die Kontakte, die wir haben und für die Anliegen unserer Mitglieder und unserer Schullart nutzen, führen auch nicht immer zu „Wundern“. Politik und politische Lobbyarbeit sind ein hartes und langwieriges „Geschäft“. Jedes neue Mitglied stärkt uns aber bei der Durchsetzung unserer Anliegen den Rücken.

Seit einigen Jahren dreht sich (leider) unser Kampf hauptsächlich darum, die Realschule als eigenständige Schullart in unserem Land zu erhalten. Ein Kampf, den viele 2011 schon für verloren hielten. Wir nicht.

In diesem Frühjahr erleben wir eine Tarifaueinandersetzung, die es in sich hat. Die (für deutsche Nachkriegsverhältnisse) gigantische Inflation hat zu massiven Einbußen bei den Reallöhnen geführt. Und – auch wenn man manchmal das Gefühl hat, dass Kolleginnen und Kollegen dies tatsächlich glauben, nein, unsere Gehälter und die Leistungen in der Beihilfe sind nicht „vom Himmel gefallen“,

sie entspringen nicht dem „humanitären Geist“ eines Landesvaters, ob er von der CDU oder den Grünen gestellt wird. Sie wurden schlicht und ergreifend erkämpft! Dass wir Lehrkräfte in der Bundesrepublik im Vergleich zu Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern recht ordentlich bezahlt werden, ist ein Ergebnis harter Kämpfe in den siebziger Jahren. Damals (unter dem Eindruck eines massiven Lehrermangels) haben Gewerkschaften und Verbände die höheren Eingruppierungen der Lehrkräfte im öffentlichen Dienst erreicht.

Diese Kämpfe können wir nur gemeinsam führen! Stellen Sie sich vor, Sie würden sich (mit oder ohne private Schlüsselversicherung) mit einem Schild „10,5 Prozent mehr Lohn. Jetzt!“ vor das Kultus- oder Finanzministerium stellen ... Putzige Vorstellung – oder? Wäre spannend, wie weit Sie kämen, vielleicht sogar Tarifverhandlungen direkt mit den

Verantwortlichen führen, gemütlich bei einer Tasse Kaffee? Viel wahrscheinlicher aber wäre es, dass Sie mit Ihrem Pappschild draußen im Regen stehen bleiben würden und als Spinner enden.

Als „Spinner“ werden die Mitglieder der Tarifunion sicher nicht abgetan. Unser Dachverband, der Deutsche Beamtenbund, führt gemeinsam mit der DGB-Gewerkschaft Verdi die Tarifverhandlungen, die Ergebnisse sind dann im Regelfall Vorbild für die Tarifabschlüsse in den Ländern. Diese Tarifunion ist ein kluger Schachzug. Mitglieder von Gewerkschaften (in der Regel keine Beamten) dürfen das, was wir (aus guten Gründen) nicht dürfen. Streiken! Und das ist ein Grundrecht für Arbeitnehmer. Dadurch, dass Beamtenbund und DGB zusammen kämpfen, erhöht sich die Nachdrücklichkeit, mit der wir unsere Forderungen verfolgen können.

Natürlich ist es für die Bevölkerung (auch für uns) nicht schön, wenn der Kindergarten geschlossen ist, der Müll stehen bleibt und das Flugzeug nicht abhebt. Aber Streiks sind berechnete Maßnahmen, mit denen man seine Forderungen auf der Grundlage unserer Verfassung durchsetzen darf und manchmal muss.

Die Tarifunion fordert aktuell eine Erhöhung der Gehälter um 10,5 %. Angesichts der hohen Inflation eine sehr moderate Forderung. In anderen Branchen gab es längst schon Abschlüsse, die deutlich höher waren.

In den ersten beiden Tarifrunden haben die Arbeitgeber (angeführt von Bundesinnenministerin Nancy Faeser) kein Angebot vorgelegt. Man scheint sich darauf verlegt zu haben, dass man uns Beschäftigte „aushungern“ könnte; schließlich sind die



gestiegenen Preise jetzt von uns zu bewältigen und nicht erst in 6 Monaten. Vielleicht hoffen die Arbeitgeber so auf einen raschen und für sie günstigen Abschluss.

Geld scheint aber noch ausreichend vorhanden zu sein. Nur ein (aus meiner Sicht) besonders absurdes Beispiel aus dem hohen Norden dazu (die Kosten für die Rad-Pendler-Brezel des baden-württembergischen Verkehrsministeriums erspare ich mir hier). Die schwarz-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein hat beschlossen, 210.000 Euro für ein einziges Wort auszugeben. Als Deutschlehrer sind mir Wörter „heilig“ und besonders wertvoll, aber es muss ja schon ein besonderes „Superwort“ sein, wenn der Steuerzahler dafür diesen Betrag aufwenden soll.

Um welches Wort es sich handelt? Nun, es geht um das eigentlich banale Wörtchen „Straßenbau“. Aber, und das ist nun wirklich ganz drollig, es geht nicht um das

Schreiben dieses Wortes, sondern um das Entfernen. In Schleswig-Holstein gibt es nämlich einen „Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr“. Die Weisen im Norden haben aber in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, dass dieser Landesbetrieb künftig nur noch „Landesbetrieb Verkehr“ heißen soll. Diese Namensänderung muss nun überall durchgeführt werden und das kostet eben die Summe von 210.000 Euro. Übrigens – an den Aufgaben des Landesbetriebes ändert sich natürlich nichts, Straßenbau gehört immer noch zu den Aufgaben. Wer sollte sie auch sonst bauen? Privatleute?

Die Opposition im Landtag nennt das „Greenwashing“, der Bund der Steuerzahler „Wortkosmetik“ und Kosmetik ist ja bekanntlich teuer. Ich könnte mir einige Schulen vorstellen, die sich über diese „kosmetische Summe“ gefreut hätten.

Was hat das alles nun damit zu tun, dass es Sinn macht, Mitglied einer Gewerkschaft

oder eines Verbandes zu sein? Es ist die Gemeinschaft, die einen stärker macht, eine Binsenweisheit, aber gerade in Zeiten von Tarifeinsetzungen wichtig und sichtbar. Gemeinsam für seine Interessen und Überzeugungen kämpfen und dabei auch noch individuell abgesichert zu sein (da sind wir wieder bei der Schlüsselversicherung) und das zu überschaubaren Mitgliedsbeiträgen – das sind doch gute Gründe für eine Mitgliedschaft im Real-schullehrerverband – oder?

**In diesem Sinne –
viel Freude bei der Lektüre
der aktuellen Ausgabe des real!**

Ihr Ralf Merkle

dbb
beamtenbund
und tarifunion

**dbb:
wir.
für euch.**

**10,5 %
Mindestens 500 €
200 € für Azubis
Unbefristete
Übernahme Azubis**

dbb.de/einkommensrunde

Vorwort

Der RLV: 100% Realschule

Von Dr. Karin Broszat

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Umfrage zur verbindlichen Grundschulempfehlung fand überwältigenden Anklang unter Lehrkräften! Wir danken allen, die daran teilgenommen haben. Insgesamt wurde 4439-mal abgestimmt. Fast 85% sprachen sich dabei gegen die jetzige Regelung beim Übergang aus. Die so hohe Teilnahme zeigt, wie sehr dieses Thema Schulen bewegt. Deshalb war es uns auch so wichtig, dass endlich einmal die Fachleute befragt werden, die mit Kindern und Jugendlichen an den weiterführenden Schularten tatsächlich arbeiten und die Auswirkungen einer beliebig gewordenen Schulwahl täglich beim Unterrichten erleben. Die Stimmen aus den Kollegien heraus sind äußerst wichtig und sollten dringend lauter werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen!



Bei der Befragung hatten wir als Realschullehrerverband zunächst einmal unsere Schulart im Blick und deswegen ging die Aufforderung zur Umfrage (über die Schulleitungen aller Realschulen und Verbundschulen) an die Kollegien. Dabei war uns selbstredend egal, welche politische oder gegebenenfalls gewerkschaftliche Ausrichtung die Kollegen und Kolleginnen haben. Es ging um die Beantwortung einer sachlich-relevanten Frage und so verstehen wir auch die aussagekräftige Antwort!

Der Philologenverband startete parallel eine Befragung unter seinen Mitgliedern und bewarb auch unsere. Insofern verwundert es nicht, sondern freut es uns sehr, dass viele Gymnasiallehrkräfte auch bei unserer Abfrage mitstimmten. Dass aber zusätzlich insgesamt 167 Stimmen aus den Schularten Grundschule, Gemeinschaftsschule, Werkrealschule, Berufliche Schule, SBBZ, der Schulverwaltung und Hochschule kamen, war nicht geplant und zeigt deutlich, wo überall ‚der Kittel brennt‘. Wer beispielsweise je gedacht hat, den Grundschullehrkräften sei egal, auf welche weiterführenden Schulen ihre Schüler wechseln, wird spätestens hier eines Besseren belehrt.

Der ‚Realist‘ berichtet in dieser Ausgabe detailliert über die Ergebnisse. Zuvor informierte der SWR (auch in Radio und Fernsehen), danach folgte ein ausführlicher dpa-Bericht, der in allen maßgeblichen Zeitungen und Medien im Land eingehend veröffentlicht wurde.

Eine Anmerkung dazu sei mir im Vorwort noch erlaubt! Wenn wir als Realschullehrerverband schon lange die verbindliche Grundschulempfehlung fordern, wird uns des Öfteren entgegnet, eine grün-rote Entscheidung von 2012 zur Abschaffung der Verbindlichkeit sei ‚unumkehrbar‘. Als Pädagogin, Demokratin und nicht zuletzt auch als Geschichtslehrerin halte ich eine solche Beton-Aussage für gleichermaßen unhaltbar wie unerträglich. Wir vom RLV stehen für an der Realität sich ausrichtende, begründbare Forderungen an die Politik und für Mut zu Veränderungen und zukunftsgerichteten Wandel. Wir stehen jederzeit für Diskurs, für Diskussionen, für sachlich begründete Argumentation. Hingegen für Fatalismus und Ergebenheit in offenkundige Missstände stehen wir nicht. Ein noch mehr an Politflitschusterei gegen ein grundsätzliches Übel, welches sich mit den Jahren folgerichtig in sämtlichen Bereichen des Schulwesens enorm belastend manifestiert hat, ein immer noch mehr und noch mehr an Beratungen gegen die Auswirkungen einer seinerzeit grundsätzlich falsch vorgenommene Weichenstellung in der Schulpolitik, all dafür sind wir als Verband jedenfalls nicht zu haben! Und dies schon gar nicht vor dem Hintergrund des eklatanten Lehrkräftemangels überall.

Begangene Fehler zu korrigieren, vor allem jene von großer Tragweite, bedeutete noch nie einen Schritt zurück in die Vergangenheit, sondern immer den richtigen Schritt vorwärts in die Zukunft zu tun. Dies galt und gilt für alle zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen und eben auch schulpolitischen Felder! Wenn Umfragen wie auch breit angelegte wissenschaftliche Studien und sämtliche Ländervergleiche eine so deutliche Sprache sprechen, muss Politik handeln und darf sich nicht auf ihren (ideologisch auswattierten) Posten einsitzen.

Die verbindliche Grundschulempfehlung (und das bestätigt nicht zuletzt diese Umfrage) würde in einem noch differenzierten Schulsystem nicht alle, jedoch nachweislich offensichtlich erhebliche Probleme im Bildungssystem kostenneutral und ohne teuer aufgelegte Programme lösen können.

Bitte unterstützen Sie uns weiterhin! Durch Ihre Mitgliedschaft in unserem Verband haben Sie nicht nur viele Vorteile in Ihrem beruflichen Alltag, sie stärken auch genau diese unsere Forderungen an die Politik! Danke für Ihre Unterstützung und bleiben Sie aufmerksam!

RLV – wir sind 100% Realschule!

**Herzlichst
Dr. Karin Broszat**



Berufsbegleitende Supervision –

ein Königsweg zur Lehrgesundheit und Burn-out-Prophylaxe

Die Corona-Krise hat viele Lehrkräfte an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. Neue digitale Herausforderungen beim Home-Schooling mit anfänglich unzureichenden Geräten, die Doppelbelastung von Präsenz- und virtuellem Unterricht, tägliche Corona-Tests bei allen Schülern, Unterrichten-Müssen mit Maske, fast wöchentlich immer neue Verordnungen „von oben“ u. v. m. waren fundamentale Belastungen für die Pädagogen*. Zwar sehen Bildungspolitiker gerade in der Corona-Pandemie nachträglich auch einen wichtigen, positiven Nebeneffekt: einen großen Schritt nach vorne in der digitalen Entwicklung des Schulsystems, die es ohne diese Krise so schnell nicht gegeben hätte. Die fatalen Folgen bei den Lehrkräften sind jedoch nicht mehr zu leugnen.

Burn-out von Lehrkräften – nicht nur eine Folge der Pandemie

Denn in der Pandemie schlitterten nicht wenige Lehrer aufgrund oben genannter Situationen in ein kräftiges Burnout, ältere Lehrkräfte versuchten, so bald als möglich in den Vorruhestand zu gehen und junge potenzielle Pädagogen fühlten sich durch die ganze Krise so abgeschreckt, dass sie ein ursprünglich geplantes Lehramtsstudium entweder gar nicht begonnen oder ihre Berufsrichtung gewechselt haben.

Dieser „Schul-Stress“ ist jedoch nicht vorbei, auch wenn momentan diese Doppelbelastung von Präsenz-Unterricht und Home-Schooling gebannt zu sein scheint. Die Folge: ein kräftiger Lehrermangel in allen Bundesländern und in den meisten Schularten sowie Zusatzbelastungen für die unterrichtenden Lehrkräfte. Diese Situation hat sich 2022 noch verschärft – durch die Flüchtlingskinder aus der Ukraine, die in die Regelschulen drängen. Mir ist klar, dass hier, für Bildungspolitiker in unserem Land, auch in Zukunft eine permanente Mammutaufgabe zu stemmen sein wird, um die Flüchtlingskrise aufzufangen und die (Rahmen-)

Bedingungen für Pädagogen wesentlich (!) zu verbessern. Dies wird aber dauern ...

Meine Aufgabe als pensionierter Gymnasiallehrer, ausgebildeter Supervisor und Autor für (Lehrer-)Gesundheit sehe ich hingegen in einer anderen Fragestellung: Wie können die Lehrkräfte in ihrer heutigen, herausfordernden Berufssituation möglichst schnell gestärkt werden? Wo können Quellen sein, um immer wieder rechtzeitig abschalten und neue Kraft schöpfen zu können? Welche Möglichkeiten gibt es, um in diesen schwierigen Zeiten gesund und „psycho-fit“ zu bleiben sowie einen passenden Ausgleich für den anstrengenden Beruf zu finden? Was können Lehrer tun, um trotz der angespannten Schulsituation dennoch bereits am nächsten Tag wieder gestärkt in den Unterricht gehen zu können? Viele Fragen!

Supervision – Hilfe zur Selbsthilfe in einem offenen System

Neben den klassischen Möglichkeiten wie Ausgleichssport oder Entspannung in der Natur erkenne ich in einer berufsbegleitenden Supervision einen Königsweg, um einem Burn-out Vorschub zu leisten und einer totalen Erschöpfung rechtzeitig entgegenzuwirken. In sozialen Berufen ist die Supervision seit langem selbstverständlich und anerkannt. Gerade bei den höheren Schularten wie Realschule oder Gymnasium gibt es jedoch bei vielen Lehrkräften selbst die weit verbreitete Meinung, dass es in ihrem Beruf in erster Linie um Fachunterricht ginge und daher so etwas wie Supervision nicht nötig sei. Welch ein großer Irrtum! Denn unsere Schüler sind menschliche Wesen und keine Lernroboter, sie brauchen die Beziehungsebene zu den Lehrkräften wie eine emotionale Nahrung. Und diese beziehungshafte Kommunikationsebene kann leicht blockiert sein.

Auch die Schulbehörden haben noch immer große Mühen, ihren Lehrkräften geeignete Supervisionen anzubieten

und diese den Pädagogen auch noch schmackhaft zu machen. Hier spart man an der falschen Stelle. Andererseits bestehen bei vielen Lehrkräften Vorbehalte, dass es sich bei „von oben“ angebotenen Supervisionen um eine Art von Überwachung handeln könnte.

Das ist aber sicher nicht der Fall. Denn „Supervision“ (lat. supervisere) heißt schon vom Begriff her nicht „überwachen“, sondern etwas „überschauen“ oder „überblicken“. Das bedeutet, in einem entspannten und geschützten Setting über den Tellerrand seines eigenen pädagogischen Tuns hinauszuschauen, um unter kompetenter Anleitung „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu bekommen. Denn genau das ist die Zielrichtung einer guten und effektiven Supervision.

Sicher ist dieses „Mittel“ nicht für jeden oder für immer nötig. Gerade aber in Krisensituationen, die sich im Schulalltag immer wieder sehr leicht ergeben können, kann eine Einzel-, Gruppen- oder Team-Supervision viel Positives bewirken und Konfliktsituationen oftmals schnell entschärfen. Dadurch kann bewirkt werden, dass sich ungelöste Situationen und Emotionen erst gar nicht festsetzen und dann psychisch toxisch werden – belastend für das gesamte Wirken einer Lehrkraft.

Man sollte sich als Lehrer immer wieder bewusst machen, dass Schulen ein offenes System sind, das für den einzelnen Pädagogen gar nicht wirklich kontrollierbar ist. Lehrkräfte haben es eben nicht nur mit ihren Klassen, sondern auch mit den Eltern ihrer Schüler, mit der Schulleitung, mit Kollegen und Fachvorsitzenden usw. zu tun.

Und hier kann es sehr leicht, manchmal auch ganz unerwartet, zu heftigen, sehr belastenden Konflikten kommen: mit einzelnen gestörten Schülern, die den ganzen Klassenunterricht aushebeln können; mit renitenten Eltern, die sich gegen die Notengebung wehren, weil sie ihre Kinder ungerecht

behandelt sehen oder weil die gegebenen Noten ihrem Eltern-Ehrgeiz widersprechen; mit übelwollenden Kollegen und Fachleitern, mit einer (zu) autoritativen Schulleitung, die aufgrund eigener Karriereabsichten meint, die ganze Schule neu erfinden zu müssen und so das Unterrichten unnötig erschwert; oder mit immer neuen, manchmal sich widersprechenden kurzfristigen Vorgaben der Schulbehörden, was zu einer zusätzlichen Belastung führt usw. In all diesen Fällen kann die Supervision gegensteuern und die psychische Stabilität der Lehrkräfte stärken.

Eigene Erfahrungen mit Supervision

Im Juli 2020 wurde ich im Alter von 66 Jahren von meinem Lehrerkollegium verabschiedet. Dabei bekam ich von meinem Chef eine Urkunde des Bayerischen Kultusministeriums für 40 Jahre Dienst als Gymnasiallehrer überreicht. Das fand ich überhaupt nicht selbstverständlich, da ich während dieser langen Zeit im Schuldienst eine ganze Reihe von Krisen zu überstehen hatte. Mehrmals wollte ich meinen Beruf als Pädagoge hinwerfen, etwa weil Konflikte mit einzelnen Schülern, ganzen Klassen oder Elterngruppen usw. unlösbar erschienen und mich emotional aufs Äußerste belasteten und stressten.

Hilfe habe ich immer wieder und rechtzeitig durch eine berufsbegleitende Supervision erfahren – als Einzelsupervision, aber auch in der Gruppe. Dies hat mich so gestärkt und motiviert, dass ich genau zur Hälfte meiner Dienstzeit damit begonnen habe, selbst eine fast siebenjährige berufsbegleitende Supervisions-Ausbildung zu machen: an der katholischen Stiftungs-Fachhochschule München. Hierbei konnten einerseits eigene belastende Berufssituationen vorgebracht werden; gleichzeitig habe ich bei dieser Ausbildung eine Menge Strategien gelernt, wie Konflikte professioneller gelöst werden können.

Eine meiner Hauptkenntnisse bezüglich einer Gruppen-Supervision war, dass wir

Lehrkräfte doch alle Fachleute für Pädagogik sind und dass daher im hohen Potential einer Lehrer-Gruppe (fast) immer eine Lösung für den jeweiligen Konflikt steckt. Diese Lösung sollte jedoch durch eine professionelle Kommunikation in der Gruppe eruiert werden. Daher ist die Leitung einer solchen Gruppe durch einen ausgebildeten Supervisor unbedingt zu empfehlen.

Seit 15 Jahren leite ich nun selbst solche Supervisionen – vor allem für Lehrkräfte. Einzelsupervisionen können auch durch eine Videokonferenz ablaufen. Meine Erfahrung dabei ist, dass diese Art der Kommunikation durchaus effektiv sein kann, auch deshalb, weil dabei eine größere Distanz besteht, die es manchen Lehrern erst ermöglicht, wirklich persönlich „aufzumachen“. Dies soll auch der folgende „Fall Robert“ verdeutlichen. Robert war seit einigen Wochen bei mir in der Supervision, um sich Unterstützung zu holen für seinen Start an der neuen Schule. Dann passierte etwas Heftiges...

Robert (42 Jahre, Name geändert)

Robert war Klassenleiter in einer achten Klasse am Gymnasium in einem Vorort von München. Er unterrichtete in der Klasse seine beiden Fächer Physik und Geographie. Mitte Oktober war Klassen-Eltern-Abend. Etwa 20 Eltern waren erschienen, auch drei weitere Lehrerkolleginnen waren anwesend. Alle saßen in einem Stuhlkreis. Kaum hatte Robert den Abend mit einem einleitenden Statement zur Klasse eröffnet, fing eine Mutter laut an zu schreien. Sie warf ihm aggressiv vor, einen unmöglichen Physik-Unterricht zu halten – zu schnell, zu kompliziert, zu unpädagogisch aufbereitet. Außerdem würde er immer viel zu schnell sprechen.

Sowohl Robert als auch seine Lehrerkolleginnen waren geschockt und zunächst sprachlos, denn mit solch einer Attacke und mit solchen pauschalen Vorwürfen hatte

niemand gerechnet. Auch die anderen Eltern waren eher verwundert. Doch die Mutter war noch nicht fertig. Sie wollte nun auch noch die anderen Eltern für dieses von ihr inszenierte Tribunal gewinnen und schrie: „Da seht ihr es doch selbst, wie schnell der immer redet! Kein Wunder, dass mein Sohn in Physik die Note Fünf kassieren musste!“ Das Dumme war, dass Robert, der neu an der Schule und daher auch etwas aufgeregt war, bei seinem Statement tatsächlich etwas schnell geredet hatte. Andererseits hatte ihn die aufgebrachte Mutter mit ihrer Wutirade an Sprechgeschwindigkeit längst überholt.

Robert versuchte, die Frau etwas zu besänftigen – ohne Erfolg. Kaum hatten die anderen Kolleginnen ihr Statement zum Unterricht in diesem Schuljahr abgegeben, stand die rabiante Mutter auf, verließ das Klassenzimmer und warf auch noch laut die Türe hinter sich zu. Weg war sie, Robert aber war wie vom Blitz getroffen. Er empfand das Verhalten der Mutter sehr ungerecht, weil er den Stoff in seinen beiden Fächern stets gut vorbereitete und einen engagierten Unterricht hielt.

Von einer anderen Mutter konnte er gerade noch erfahren, wer denn diese Frau war und dann war auch schon Schluss. Ein Vater sagte ihm beim Hinausgehen, dass seine Tochter durchaus zufrieden mit seinem Unterricht sei, aber dies konnte Robert nicht wirklich trösten. Die wütende Mutter hatte in gemeiner Weise eine kräftige Portion Aggression auf ihn deponiert und war verschwunden, ehe er ein vielleicht vernünftiges Gespräch mit ihr hätte beginnen können. Ihr Sohn hatte zwar im Fach Geographie eine etwas schlechtere mündliche Note bekommen, nicht aber in dem von ihr mokierten Physikunterricht, wie Robert zu Hause bei einem Blick ins Notenbuch feststellen konnte. Offensichtlich war die Mutter auch noch falsch informiert bezüglich des Leistungsstands ihres Sohnes.



Berufsbegleitende Supervision –

ein Königsweg zur Lehrgesundheit und Burn-out-Prophylaxe

Dies alles belastete Robert sehr, vor allem weil die Mutter eine öffentliche Inszenierung hingelegt und so den Ruf von Robert an der neuen Schule beschädigt hatte. Daher brachte er diesen „Fall“ in die Supervision ein. Dabei wurde klar, dass die Mutter sowohl die Anonymität am Klassenelternabend als auch das offene Setting mit den anderen Eltern ausgenutzt hatte, um Dampf abzulassen. Im Supervisions-Gespräch wurde schnell deutlich, dass die Wut der Mutter sachlich völlig unbegründet und in dieser Form total überzogen war. Offensichtlich war Robert das Opfer einer Projektion geworden. Die von der Mutter geäußerte Wut, ausgelöst von einer falschen Noten-Information ihres Sohnes, gehörte ganz woanders hin – vielleicht in ihr eigenes berufliches Umfeld. Womöglich hing die Wut auch mit ihrer Scheidung zusammen, die kurze Zeit zuvor stattgefunden hatte, wie Robert bald von anderen Eltern der Klasse erfuhr.

Wie aber sollte Robert die auf ihn geladenen toxischen Wut-Energien der Mutter wieder loswerden? Bald wurde klar, dass es eine Aussprache oder sogar Konfrontation mit der Mutter geben musste. Robert konnte es so nicht stehen lassen, es belastete ihn viel zu sehr. Die nächste Gelegenheit bot sich am Elternsprechtag, der drei Wochen später anberaumt war. Tatsächlich erschien auch die besagte Mutter zum Einzelgespräch – noch sehr befriedigt über ihren Coup, den sie mit ihrer Wut-Attacke auf Robert gelandet hatte.

Robert gab ihr zunächst sachlich Auskunft über den Leistungsstand ihres Sohnes, kritisierte aber dann ganz deutlich ihren unmöglichen Auftritt beim Klassen-Eltern-Abend und sagte ihr, dass ihn dieses Verhalten selbst sehr wütend gemacht hatte, weil die Vorwürfe völlig aus der Luft gegriffen waren. Er bot ihr ein kleines Ritual zur Konfliktlösung an: Den jeweiligen Wutinhalt auf kleine Zettel zu schreiben, diese dann im Beisein des anderen Konflikt-

partners zu zerreißen und die Schnipsel anschließend in den Papierkorb zu werfen.

Robert musste aber damit rechnen, dass die Mutter sich nicht auf so etwas einlassen, sondern erneut zu einer Wutirade ansetzen würde, denn Kritik konnte sie zwar heftig austeilen, Gegenkritik aber offenbar gar nicht vertragen. Und tatsächlich: Die Mutter begann sofort erneut zu schreien. Doch diesmal war Robert, gestärkt durch die Supervision, darauf vorbereitet. Nun hatte er den Mut, ebenfalls etwas lauter, aber sachlich dagegenzuhalten. Als die Mutter anfang, ihn persönlich zu beleidigen, beorderte er sie als Hausherr laut und deutlich aus dem Klassenzimmer, obwohl vor der Tür bereits die nächsten Eltern warteten und den Streit sicher mitbekamen. Das wirkte.

Zwar beschwerte sich die Mutter anschließend noch beim Schulleiter über diesen „unmöglichen Lehrer“, nach einer Rücksprache des Schulchefs mit Robert war die Sache aber geklärt. Die Mutter erschien nie mehr zu einem Gespräch. Robert bekam ihren Sohn Johannes (Name geändert) einige Jahre später erneut im Physikunterricht. Lehrer und Schüler verstanden sich gut und Johannes legte ein gutes Physikabitur hin.

Fazit

Die Supervisions-Sitzungen verhalfen Robert sehr, die Wutgriffe der Mutter schnell zu durchschauen. Sie galten nicht wirklich ihm, die Mutter projizierte nur etwas auf ihn – und dies öffentlich. Das hatte Robert zwar sehr getroffen und er hatte auch keine Gelegenheit mehr, die Sache klarzustellen, denn es gab ja nur diesen einen Klassen-Eltern-Abend im Jahr. So blieb die von der Mutter auf ihn abgeladene Aggressions-Energie zunächst an ihm hängen und belastete ihn sehr.

Durch sein klares und entschiedenes Verhalten beim Elternsprechtag jedoch gab er der Mutter diese toxischen Energien

ein Stück weit zurück, indem er wagte, sie für ihren „Auftritt“ sachlich zu kritisieren und dann ebenfalls laut dagegenzuhalten, als die Mutter – ihrem Muster gemäß – erneut auf Angriff ging. Damit hatte sie nicht gerechnet. Robert riskierte damit zwar eine Vorladung bei seinem Chef, das Gespräch mit diesem verlief aber sehr positiv. Wichtig war, dass er ebenfalls laut, aber nie ausfällig der Mutter gegenüber wurde und dass er sie im Gegenzug in keiner Weise beleidigte. Robert grenzte sich aber sehr deutlich vom aggressiven Verhalten der Mutter ab.

Die Supervision hatte Robert dabei geholfen, ein Standing in diesem zugegebenermaßen schwierigen Fall zu bekommen und psychisch stabil zu bleiben. Die weiter oben erhobene These, dass die Schule ein offenes, nicht in jeder Hinsicht kontrollierbares System sei, ist bei Robert leider voll eingetroffen. Daher war die Supervision eine gute Möglichkeit für ihn, wieder heil aus der Sache herauszukommen und seine Position als Lehrer gut zu behaupten.



Peter Maier
(Gymnasiallehrer a. D., Supervisor, Autor)

Von Peter Maier

*Natürlich sind mit „Lehrer“ stets Lehrerinnen und Lehrer, mit „Pädagogen“ Pädagoginnen und Pädagogen sowie mit „Schüler“ Schülerinnen und Schüler gemeint. Ich habe bewusst auf das Gendern verzichtet, um den Artikel ohne neuen Erkenntnisgewinn nicht zu sehr aufzublähen.

**Literatur zur Lehrgesundheit:
Peter Maier: „Heilung – Plädoyer für eine integrative Medizin“**

Softcover: ISBN: 978-3-752953-99-2
(Preis: 18,99 €, Epubli Berlin, 1. Auflage 2022)
eBook: ISBN: 978-3-752952-75-9
(Preis: 12,99 €, Epubli Berlin, 2022)

Nähere Infos und Buchbezug:
www.alternative-heilungswege.de



Literatur zur Pädagogik:

(1) **Peter Maier: „Initiation – Erwachsenwerden in einer unreifen Gesellschaft“
Band I: Übergangsrituale“**

ISBN: 978-3-86991-404-6
(Preis 18,99 €, Epubli Berlin)
eBook: ISBN: 978-3-752956-93-1
(Preis 11,99 €)

(2) **Peter Maier: „Schule – Quo Vadis?“
Plädoyer für eine Pädagogik des Herzens“**

ISBN: 978-3-95645-659-6
(Preis 20,99 €, Epubli Berlin)
eBook: ISBN: 978-3-752956-93-1
(Preis 12,99 €)

Weitere Infos und Buch-Bezug:
www.initiation-erwachsenwerden.de



**WIR LEBEN
WERTE UND
BILDEN
ZUKUNFT.**

dbb: wir. für euch.

**dbb
beamtenbund
und tarifunion**

Stefanie H.
Lehrerin



Ja zur verbindlichen Grundschulempfehlung!

Umfrage bestätigt klar die Position des Realschullehrerverbandes

Die Umfrage des Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg lief vom 15.03.2023 bis zum 02.04.2023 und richtete sich (über die Schulleitungen von Realschulen und Verbundschulen verschickt) an die Schulleitungen und Lehrkräfte. Es war unser Anliegen genau all jene zu befragen, die mit den Kindern und Jugendlichen an den Schulen arbeiten, deren Leistungsvermögen kennen und ihre Entwicklung zum jungen Erwachsenen begleiten. Ebenso benachrichtigten wir unsere Mitglieder über die laufende Umfrage. Die Umfrage fand absolut anonym statt und lässt keine Rückschlüsse auf die abstimmende Person zu, das war dem RLV wichtig, so Dr. Karin Broszat.

Parallel dazu befragte der Philologenverband seine Mitglieder über eine gesonderte Umfrage. Der Philologenverband wies in seinem Aufruf auch auf unsere öffentliche Abstimmung hin.

In den Medien wurde umfangreich über die Umfrage berichtet, so u.a. im SWR (Hörfunk und Fernsehnachrichten). Die Deutsche Presse Agentur berichtete ebenfalls darüber, eine Meldung, die von zahlreichen Zeitungen veröffentlicht wurde.

Insgesamt wurde bei unserer Umfrage 4439-mal abgestimmt, 2709 Stimmen kamen aus den Realschulen, 1355 aus Gymnasien, 208 Stimmen aus Verbundschulen und 167 aus anderen Schularten (GS, GMS, WRS, Berufliche Schulen, SBBZ, Verwaltung und Hochschule).

Die so zahlreiche Teilnahme von Lehrkräften anderer Schularten zeigt deutlich die Brisanz des Themas mit Wirkung in alle Schularten hinein.

Fragestellungen

Die Teilnehmer wurden zunächst nach der Schulart gefragt, an der sie unterrichten. Danach konnten sie zwischen drei Möglichkeiten unterscheiden:

1. Ich bin für die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung. 3465 Stimmen (78,06%)
2. Ich bin für die Weiterentwicklung der jetzigen Grundschulempfehlung mit stärkerer Beratung der Eltern, aber ohne Verbindlichkeit. 293 Stimmen (6,6%)
3. Ich bin für die Beibehaltung der jetzigen Regelung. 681 Stimmen (15,34%)

Fazit

Wie von uns erwartet sprechen sich die von uns befragten Lehrkräfte in der überwältigenden Mehrheit für eine verbindliche Grundschulempfehlung aus (78,06%). Zählt man die Stimmen (6,6%) derer dazu, die sich für eine Weiterentwicklung aussprechen (d.h. de facto auch unzufrieden mit der bestehenden Situation sind), ist man bei 84,66% der Stimmen. Nur ein sehr kleiner Teil ist für ein „Weiter so“.

Weit abgeschlagen bleibt bei den Praktikern trotzdem der Vorschlag einzelner Verbände und des Kultusministeriums, die Beratung der Eltern (ohne Verbindlichkeit) auszubauen. Das mag daran liegen, dass an allen Schularten die Beratungsarbeit sehr zugenommen hat und zur hohen Arbeitsbelastung der Pädagogen beiträgt, meist ohne den gewünschten Erfolg bei den Eltern. Entschieden wird nach der Beratung nach wie vor beliebig.

Anzumerken ist auch, dass die Belastung der Grundschullehrkräfte gemindert werden sollte. Viele Grundschullehrkräfte sind unzufrieden, was aus ihren unverbindlichen Beratungen wird. Unsere Abfrage ist im Hinblick auf die Grundschullehrkräfte nicht unbedingt repräsentativ, da die Grundschulen nicht direkt angesprochen

waren. Es zeigt sich trotzdem, dass die Unzufriedenheit mit der Unverbindlichkeit (Verbindlichkeit und Weiterentwicklung zusammengezählt) 63,38% ausmachen. Den GS-Lehrkräften ist es also beileibe nicht egal, an welche Schulen „ihre“ Kinder nach der Grundschulzeit wechseln.

Bei der gleichzeitig stattfindenden Umfrage des Philologenverbandes, die ebenfalls die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung zum Thema hatte, war das Ergebnis noch eindeutiger. So sprachen sich 94% der an Gymnasien unterrichtenden Lehrkräfte für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung aus. Die befragten Lehrkräfte nannten in der Umfrage des Philologenverbandes als Begründung überforderte Schülerinnen und Schüler, Störungen im Unterricht und demotivierende Misserfolge.

An dieser Stelle sei noch einmal an die Vorschläge des Realschullehrerverbandes, des Philologenverbandes und auch der FDP zur verbindlichen Grundschulempfehlung erinnert, die sehr pragmatische und kostenneutrale Lösungen vorschlagen, welche die Grundschullehrkräfte nicht zusätzlich belasten.

Diese Position hatten der Philologenverband und der RLV bereits in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 7. Februar 2023 betont. Darin forderten die beiden Landesvorsitzenden Dr. Karin Broszat (RLV) und Ralf Scholl (PhV) in Hinblick auf die äußerst angespannte Lage an den Schulen, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung zum Wohle der Kinder, Eltern und Lehrkräfte endlich wiederherzustellen. Der Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern durch Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Schulen gerecht zu werden, bedeutet Bildungsgerechtigkeit und schafft Bildungsqualität. Deshalb begrüßen beide Verbände ausdrücklich die Gesetzesinitiative der FDP-Fraktion zur Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung.

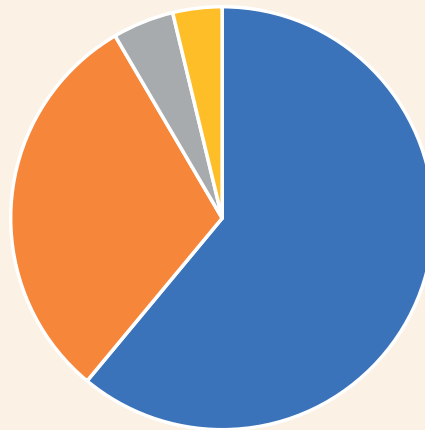




Von Dr. Karin Broszat und Ralf Merkle

AUSWERTUNG

An welcher SCHULART unterrichten Sie?



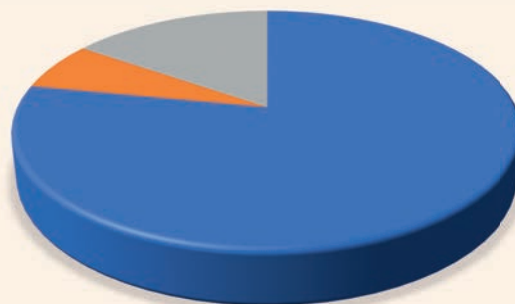
■ Realschule ■ Gymnasium ■ Verbundschule ■ Andere Schulart

Die Kritik aus dem Lager der Gegner einer verbindlichen Grundschulempfehlung ließ natürlich nicht lange auf sich warten, so wurde die Umfrage von der Presse bei der Landespressekonferenz am 3. April 2023 im Beisein des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin thematisiert (lesen Sie dazu die ZUMELDUNG zur Landespressekonferenz und zur Kommentierung unserer Umfrage zur verbindlichen Grundschulempfehlung), die Reaktion der politisch Verantwortlichen dort und weitere Aussagen von Vertretern der grünen Regierungspartei zeigten wieder einmal deutlich, wie weit die politisch Verantwortlichen von der schulischen Praxis entfernt sind und wie wenig sie auf die Meinung der täglich an den Schulen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen geben.

So sagte der Landesvorsitzende des Philologenverbandes Ralf Scholl zu den Ergebnissen der Umfragen: „Die Freigabe der Grundschulempfehlung 2012 war ein Kardinalfehler in der baden-württembergischen Bildungspolitik, der den Abwärtstrend des schulischen Bildungserfolgs in BW deutlich verstärkt hat.“

Dem stimmte der Realschullehrerverband zu, die Landesvorsitzende sagte dazu gegenüber dem SWR: „Die Anzahl der durch die Unverbindlichkeit der Schulempfehlung mittlerweile gebrochenen, wenn nicht gar zerbrochenen Schulbiografien ist eklatant. Diese ideologisch fehlerhafte Schulpolitik versündigt sich geradezu an ganzen Generationen von Schülerinnen und Schülern und muss ein Ende haben!“

GRUNDSCHULEMPFEHLUNG



■ **78,06%** Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung
 ■ **6,6%** Weiterentwicklung ohne Verbindlichkeit
 ■ **15,34%** Beibehaltung der jetzigen Regelung



Pressemitteilung zur Umfrage bei Lehrkräften zur Grundschulempfehlung

2. April 2023

Im Hinblick auf die äußerst angespannte Lage an den Schulen fordert der Realschullehrerverband schon seit 2012, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg zum Wohle der Kinder, Eltern und Lehrkräfte endlich wiederherzustellen.

Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten in einem leistungsstarken Schulsystem, was stets durchlässig bleibt. Der Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern durch Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Schulen gerecht zu werden, bedeutet Bildungsgerechtigkeit und schafft Bildungsqualität.

Die Landesregierung stellt sich nicht den Fehlern der Vergangenheit und vermeidet mit Hinweis auf Koalitionsvereinbarungen jeden sachlichen Diskurs darüber, weil sie es nicht kann oder nicht will oder beides! Immer mehr wissenschaftliche Studien (siehe z.B. * und **) und nicht zuletzt der Sinkflug Baden-Württembergs in den IQB-Studien zeigen aber auf, wie elementar wichtig die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung in einem (noch) vielfältigen und differenzierten Schulsystem wäre. Mit jeder IQB-Studie seit 2012 rutscht Baden-Württemberg, das ehemalige ‚Musterländle‘ (auch in Sachen Bildung), von ehemals Spitzenplätzen beständig weiter ins untere Mittelfeld und die Bedeutungslosigkeit ab. „Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, vor allem von dieser Tragweite, bedeutete noch nie einen Schritt zurück in die Vergangenheit, sondern den richtigen Schritt in die Zukunft!“ betont die Landesvorsitzende des RLV Karin Broszat.

Unterstützend zum erneuten Gesetzesentwurf der FDP, der im Mai im Landtag behandelt wird, hat der RLV deswegen eine Umfrage unter den Lehrkräften von Realschulen und Gymnasien durchgeführt. Parallel dazu befragte der Philologenverband seine Mitglieder. Reagiert auf die Umfrage des RLV haben auch etliche Lehrkräfte weiterer Schularten, was die Brisanz des Themas an allen Schularten nur bekräftigt. Hierzu die RLV-Vorsitzende Karin Broszat: „Es ist an der Zeit, genau jene zu befragen, die mit den Kindern und Jugendlichen an den Schulen arbeiten, deren Leistungsvermögen kennen und ihre Entwicklung zum jungen Erwachsenen begleiten.“ Und weiter: „Die Entscheidung, die verbindliche Grundschulempfehlung abzuschaffen, war seinerzeit eine rein polit-ideologische und nie eine pädagogische. Lehrkräfte, Eltern und Kinder müssen für diese fatalen Fehlstellung aber tagtäglich und in die Zukunft hineinwirkend büßen. Die Anzahl der durch die Unverbindlichkeit der Schulempfehlung mittlerweile gebrochenen, wenn nicht gar zerbrochenen Schulbiografien ist eklatant. Diese ideologisch fehlerleitende Schulpolitik ‚versündigt‘ sich geradezu an ganzen Generationen von Schülerinnen und Schülern und muss ein Ende haben!“



Den Vorschlag der Eltern, die Eltern intensiver zu beraten, bezeichnet der RLV als Augenwischerei. Lehrkräfte kommen mit ihrer Beratungstätigkeit an den Schulen ans Ende ihrer Kräfte. Sowohl Grundschullehrkräfte als auch die aufnehmenden weiterführenden Schulen haben Eltern und Kinder im Blick und versuchen seit vielen Jahren bereits nach besten Kräften zu beraten. „Wenn es am Ende aller Beratungen nicht einen verbindlichen Punkt gibt, herrscht Beliebigkeit vor, wie wir sie jetzt erleben. Die Grundschulempfehlung kann ebenso wenig ‚ein bisschen‘ verbindlich sein, wie man ‚ein bisschen‘ schwanger werden kann. Schließlich ist ein Schulwechsel nicht trivial, denn der Verlauf einer Bildungsbiografie hängt entscheidend mit davon ab.“

Vom 15. März 2023 bis 2. April 2023 konnten sich die Lehrkräfte im Land nun in einer absolut anonymen Umfrage zur Grundschulempfehlung äußern. Der Realschullehrerverband hofft, dass die sehr deutlichen Umfragezahlen den Diskurs bei den Verantwortlichen im Landtag, aber auch in Lehrerkollegien, Elternhäusern und Wirtschaftsunternehmen anregen. Auch in der Wirtschaft ist das Problem in Form des Fachkräftemangels schon längst angekommen.

„Wo der gern zitierte ‚freie Elternwille‘ hinsichtlich weiterführender Schulwahl erwiesenermaßen schon längst zur bloßen Beliebigkeit geraten ist, muss verantwortungsbewusste Politik handeln, will sie dem sich stetig verfestigenden Eindruck entgegenstehen, dass sie Parteien- und Postenwohl über Kindeswohl stellt! Die verbindliche Grundschulempfehlung wird nicht alle, jedoch nachweislich offensichtlich erhebliche Probleme im Bildungssystem kostenneutral und ohne teuer aufgelegte Programme lösen können,“ so die Landesvorsitzende abschließend.

Dr. Karin Broszat

2. April 2023

* Esser, H./Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit.
In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5-6, S. 277 – 301

** Bach, M. (ZEW Mannheim) / Fischer, M. (WZB Berlin): Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler /innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress.
ZEW policy brief Nr. 01/März 2021



Ideologie trifft auf Realität

Brief aus einer Realschule

Im Frühjahr 2023 hat uns ein Brief erreicht, in welchem zwei Kolleginnen, die an einer Realschule unterrichten, ihre Sorgen über die Lage an den Realschulen des Landes ausdrücken.

Wir sind uns sicher, dass der Inhalt dieses Briefes vielen Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen aus der Seele spricht.

Auch decken sich die Aussagen und Standpunkte dieses Briefes vollständig mit den Positionen unseres Verbandes. Dies haben wir den Verfasserinnen auch persönlich mitgeteilt.

Wir drucken ihn hier in Auszügen ab.

Sehr geehrte Frau Dr. Broszat,

...

Wir machen uns ernsthafte Sorgen um die Qualität der Schularbeit an Realschulen und haben das Gefühl, dass hier etwas Folgenschweres schiefläuft. ... Als Lehrerinnen haben wir einen sehr tiefen Einblick in die tägliche Praxis und können dadurch vieles besonders realistisch einschätzen. ...

Bisher wurden unsere Realschulabsolventen sowohl in der Industrie als auch im Handwerk und ebenso an den weiterführenden Schulen mit offenen Armen empfangen. Es tut in der Seele weh, wenn man mit ansehen muss, wie eine derart erfolgreiche Schularbeit auf eine Art und Weise verändert wird, die gravierend negative Folgen haben wird für alle Schüler, Eltern, Lehrer, die Wirtschaft und letztlich die ganze Gesellschaft.

Von welcher Veränderung sprechen wir?

Seit 2016 werden an den Realschulen in Baden-Württemberg ab Klasse 5 Schüler aus allen Leistungsniveaus gemischt und dann in Klassen von bis zu 30 Schülern gleichzeitig unterrichtet. In jeder Unterrichtsstunde steht ein einziger Lehrer zur Verfügung, der gleichzeitig in den verschiedenen Leistungsniveaus unterrichtet und nebenbei das soziale Lernen fördert. Mit anderen Worten: In den Realschulen gibt es sehr leistungsheterogene Klassen und gleichzeitig einen sehr hohen Klassenteiler.

... Manche Eltern sagen ganz offen: „Wir probieren's halt mal.“, und sind sich der Konsequenzen gar nicht bewusst. Immer wieder haben wir Elterngespräche, in denen Eltern ihre Entscheidung später zutiefst bereuen. Dann hören wir: „Das war der falsche Weg! Hätten wir das gewusst, hätten wir ganz anders entschieden.“ Es liegt nahe, den Eltern die Schuld für diese folgenschwere Fehlentscheidung zu geben. Aber ganz so einfach ist es nicht. Denn die Eltern haben sich die Sache so vorgestellt, wie sie öffentlich dargestellt wird und rein organisatorisch auch umsetzbar ist:

„Jeder kann sein Kind anmelden, wo er will. ... Wenn wir uns für die Realschule entscheiden, dann kann mein Kind den Realschulabschluss machen oder, wenn es nicht so gut läuft, auch einfach den Hauptschulabschluss...“

Die weiteren Vorstellungen dieser Eltern:

„... Die Jugendlichen lernen in allen Klassenstufen gemeinsam und werden von ihren Lehrern differenziert unterrichtet und geprüft. Egal wie leistungsstark ein Kind ist, es wird immer seinem Niveau entsprechend unterrichtet.“

Mir wurde gesagt, dass dadurch eine gute Gemeinschaft entstehe und dass die Schüler miteinander und voneinander lernten. Der differenzierende Unterricht ist also für alle ein Gewinn und eine Bereicherung.“

„Die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung würde einigen Kindern und Eltern eine leidvolle Schullaufbahn ersparen.“

Hier die Realität aus der Schulpraxis, wie wir Realschullehrerinnen sie täglich erleben, wenn in Klassen tatsächlich gleichzeitig im G- und im M-Niveau unterrichtet und geprüft wird:

Bereits ab Klasse 5 sind sehr große Unterschiede in den Leistungen, aber auch im Lern- und Arbeitsverhalten zu beobachten. Manche Kinder folgen dem Unterricht mit Leichtigkeit und großer Freude, wenn es nach ihnen ginge, sollte das Ganze eher etwas schneller gehen. Andere Kinder kommen recht gut mit, sie müssen sich zwar anstrengen, erfüllen die Anforderungen im Großen und Ganzen aber recht gut. Und dann gibt es Kinder, die laufend überfordert sind, obwohl sie sich sehr anstrengen. Diese Kinder stehen dauernd unter Druck und die negativen Auswirkungen lassen nicht lange auf sich warten. ... Verhaltensauffälligkeiten, Schulabsentismus oder psychische Beeinträchtigungen sind häufig die Folge. Für diese Kinder sind bereits in sehr jungem Alter Schule und Lernen nachhaltig negativ belegt.

Unsere weiteren Beobachtungen und Erfahrungen:

Diejenigen, die in den Klassen 7 oder 8 tatsächlich ins G-Niveau wechseln, versuchen sich durchzukämpfen. Der Regelunterricht, der zum Großteil auf M-Niveau stattfindet, ist für sie immer wieder zu schwierig und sie haben Probleme, dem Unterricht zu folgen. Nicht selten entwickeln sich daraus Verhaltensauffälligkeiten oder psychische Probleme. ... Diejenigen Eltern, die zu Beginn der Meinung waren „Wir probieren's halt mal.“, bemerken schauernd, was sie ihrem Kind damit angetan haben. Die Kinder sind zwischenzeitlich in ihrer Klasse verwurzelt, sie haben Freundschaften geknüpft, kennen ihre Lehrer und haben sich an ihrer Schule gut eingelebt. Aber die dauernde Überforderung nagt am Selbstwertgefühl, ständig erleben diese Kinder, dass die meisten anderen viel besser verstehen, was im Unterricht erarbeitet wird, und dass die anderen bei der Bearbeitung der Aufgaben erfolgreicher sind.

Unsere Situation als Lehrkraft würden wir wie folgt beschreiben:

Wir Lehrer sollen gleichzeitig auf Realschulniveau und auf Hauptschulniveau unterrichten. ... Es ist in etwa so, als würde bei einem Tanzkurs laut Rock-and-Roll-Musik laufen und ein paar wenigen sollen wir währenddessen den Walzer beibringen. Wir Lehrer haben deutlich mehr Aufwand und Belastung und dabei trotzdem immer das schlechte Gefühl, unseren Schülern nicht gerecht zu werden.

Die Reaktionen der Eltern von Kindern im M-Niveau, wie wir sie erleben:

Einige Eltern der M-Schüler fragen nach, ob die G-Schüler nicht in eine andere Klasse wechseln könnten, weil sie Sorge haben, dass ihr Kind im M-Niveau einen Nachteil hat. ... Andere Eltern versuchen ans Gymnasium zu flüchten, obwohl sie ihr Kind eigentlich lieber in der Realschule hätten.

Wir Lehrer sollen eine schöne, rosarote Theorie in die Realität umsetzen. Wie können wir die Entscheidungsträger davon überzeugen, dass dazu die Leistungsunterschiede einfach zu groß sind und dass dies mit den vorliegenden Rahmenbedingungen nicht möglich ist?

Zum Thema Leistungs differenzierung an Schulen gibt es verschiedene wissenschaftliche Bildungsstudien und Untersuchungen ... Alle haben deutlich ergeben, dass heterogene Lerngruppen NICHT zu größeren Bildungserfolgen führen. Im Gegenteil, gerade die differenzierenden Systeme erhöhen das Leistungsniveau. ...

Diese Forschungsergebnisse dürfen nicht länger übergangen werden und müssen unserer Meinung nach dringend und schnell zu einer Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung und einem Überdenken der heterogenen Unterrichtsformen an den Realschulen führen. ...



Ideologie trifft auf Realität

Brief aus einer Realschule

Die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung würde einigen Kindern und Eltern eine leidvolle Schullaufbahn ersparen. An den Realschulen könnte man sich wieder auf erfolgreiches Lernen und gute Leistungen konzentrieren. Wäre eine Verstärkung des Leistungsgedankens denn so verwerflich? Vertreter der Industrie und Wirtschaft bestätigen, dass sie händeringend auf der Suche sind nach Realschülern mit guten Leistungen und positivem Lernverhalten.

...

Freundliche Grüße

...

Anmerkung der Redaktion: Die Verfasserinnen sind der Redaktion namentlich bekannt.

Unser Verband unterstützt die Forderungen dieses Briefes voll und ganz und ebenso die Bereitschaft, Fehlentwicklungen nicht kommentarlos hinzunehmen. Vielleicht ist er ja auch ein Impuls für Kolleginnen und Kollegen im Land, engagiert auf nötige Veränderungen zu reagieren, hinzuweisen und ihre fachliche Meinung kundzutun.

**UNTERSTÜTZEN SIE UNS!
MIT VEREINTEN KRÄFTEN
GEGEN DEN KREBS!**



Mit Ihrer Spende unterstützen wir krebskranke Kinder und deren Familien nach besten Kräften. Wir fördern, geben Hoffnung und helfen.

Spendenkonto:

Commerzbank AG Köln

IBAN: DE 04 3708 0040 0055 5666 16

BIC: DRES DE FF 370

Deutsche Kinderkrebsstiftung

www.kinderkrebsstiftung.de

info@kinderkrebsstiftung.de



Als Lehrer kein Verbandsmitglied? Das ist wie Autofahren ohne Haftpflichtversicherung!

Starke Realschule.
Starkes Land.



Werden Sie Teil einer starken Gemeinschaft!

Als Mitglied im Realschullehrerverband BW sind Sie **automatisch, ohne weitere Kosten**

- Mitglied im Deutschen Beamtenbund (DBB)
- Mitglied im Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)
- Mitglied im Deutschen Lehrerverband (DL)

SONDERAKTION
Ab sofort Mitgliedsbeitrag für
Anwärterinnen und Anwärter
nur **1 €**/Monat statt **5 €**/Monat

Sie erhalten **umfangreiche Versicherungsleistungen** (z. B. Diensthaftpflichtversicherung, Schlüsselversicherung) sowie Rechtsberatung und Rechtsschutz nach der Verordnung des Beamtenbundes Baden-Württemberg.

Außerdem **profitieren Sie als Mitglied** des Beamtenbundes von **finanziellen Vorteilen** (u. a. Preisnachlässen bei Versicherungen und Abschlüssen von Bausparverträgen oder Auto-Leasing) bei den Vertragspartnern des Deutschen Beamtenbundes – Mitglied einer starken Gemeinschaft von über 1,3 Millionen Mitgliedern in Deutschland!

Wir freuen uns auf SIE!





ZUMELDUNG

zur Landespressekonferenz und zur Kommentierung
unserer Umfrage zur verbindlichen Grundschulempfehlung

3. April 2023

Der Realschullehrerverband geht davon aus, dass die Ergebnisse der aktuellen Umfrage auch in der Landespressekonferenz zum Lehrkräftemangel heute ein Thema sein werden. Die verbindliche Grundschulempfehlung würde nicht alle, jedoch nachweislich offensichtlich erhebliche Probleme im Bildungssystem kostenneutral und ohne teuer aufgelegte Programme lösen können, würde die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen erheblich senken und die Attraktivität des Berufs deutlich steigern.

Die Erwiderungen aus dem Kultusministerium und aus der Fraktion der Grünen zur Umfrage bei Lehrkräften zur verbindlichen Grundschulempfehlung können nicht unkommentiert bleiben, weil sie teilweise jeder Grundlage entbehren oder faktisch schlicht falsch sind.

Die Vorsitzende des Realschullehrerverbandes, Karin Broszat, kommentiert:

1. „Wenn die Kultusministerin behauptet, mit der Beseitigung der Grundschulempfehlung sei ein Druck von den Kindern genommen worden, verkennt sie völlig, dass eine Bildungsbiografie eben nicht mit der Grundschulzeit endet. Lehrkräfte an weiterführenden Schulen erleben täglich, welcher nicht enden wollende Druck auf Kindern und Jugendlichen lastet, die entgegen aller Beratungen eine nicht ihrem Leistungsvermögen und ihren Begabungen entsprechende Schulart besuchen. Genau das ist es, was in dieser sensiblen Phase des Erwachsenwerdens Bildungsbiografien brechen lässt. Nicht allein die belegte zunehmenden Schulabbrecherquoten sind sichtbare Auswirkungen davon.“
2. „Wer sich über die seit Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung nachlassenden Leistungen an den Grundschulen wundert, sollte sich einmal Gedanken darüber machen, welche offenkundig positiven Auswirkungen eine verbindliche Grundschulempfehlung auf die Leistungen der Schüler hat. Wenn Leistung andersherum für den weiteren Schulweg völlig egal ist, muss es nicht verwundern, dass die Leistungsbereitschaft aller sinkt! Wem das alleine nicht einleuchtet, dem sei die Studie des ZEW Mannheim und des WZB Berlin** ans Herz gelegt, die deutlich zeigt, dass sich die Verbindlichkeit der Schulform-Empfehlung bereits auf die schulischen Leistungen und auf das subjektive Wohlbefinden der Grundschüler auswirkt. Wenn Grundschulempfehlungen verbindlich sind, verbessern sich erwiesenermaßen die gemessenen schulischen Kompetenzen in der vierten Klasse!“



3. „Völlig abwegig ist der Kommentar Thomas Poreskis (bildungspolitischer Sprecher der Grünen) zur Umfrage. Niemand der abstimmenden Lehrkräfte verklärt eine Vergangenheit. Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, vor allem von dieser Tragweite, bedeutete noch nie einen Schritt zurück in die Vergangenheit, sondern den richtigen Schritt in die Zukunft!“
4. „Wenn Thomas Poreski es ablehnt, in eine vermeintlich „gute alte Zeit zurückzukehren, die in Wirklichkeit nie existiert hat“ empfehlen wir die Lektüre der sehr realen Ländervergleiche vor 2012. Da findet er Baden-Württemberg immer konkurrierend mit den Bayern um die vordersten Plätze. Die falsche Weichenstellung kam 2012 mit der grün-roten Koalition und der ideologisch motivierten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, die für ein vielfältiges und differenziertes Schulsystem unerlässlich ist. Seiner Aufforderung sich an „erfolgsversprechenden Modellen“ zu orientieren kommen wir selbstverständlich gerne nach. Der Spitzenreiter der Tabelle heißt nämlich immer noch Bayern. Bayern ist wie Baden-Württemberg ebenso ein Flächenstaat und hat ebenso hohe Migrantenzahlen.“
5. „Poreskis Aufforderung: „An der Champions League der Bildungssieger muss sich Baden-Württemberg messen – nicht mit der Kreisklasse“, stimmt der Realschullehrerverband vollumfänglich zu. In diesem Sinne muss der Blick nach Bayern gehen und nicht etwa in den Stadtstaat Hamburg, in dem es lediglich noch zwei weiterführende Schularten gibt!“
6. „Der Vorschlag der Grünen, nämlich eine „passgenaue Übergangsberatung, die Eltern und Kinder bei den oft wegweisenden Entscheidungen für die weiterführende Schule unterstützt“, zeigt den abstimmenden Lehrkräften in geradezu verstörender Weise die fehlende Wertschätzung ihrer alltäglichen Arbeit. An allen Schularten vor und nach dem Übergang auf die weiterführende Schule hat die Beratungsarbeit extrem zugenommen und trägt zur hohen Arbeitsbelastung der Pädagogen bei, meist ohne den gewünschten Erfolg bei den Eltern. Entschieden wird nach der Beratung nach wie vor beliebig.“

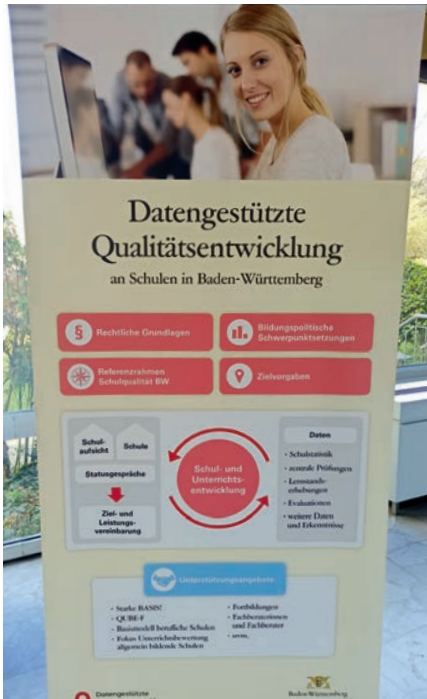
* Esser, H./Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5-6, S. 277 – 301

** Bach, M. (ZEW Mannheim) / Fischer, M. (WZB Berlin): Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler /innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress. ZEW policy brief Nr. 01/März 2021



Eisenmanns Saat, Schoppers Ernte

Bildungspolitische Veränderungen – das kommt auf die Realschulen zu



IBBW und ZSL

Seit 4 Jahren sind die beiden neu gegründeten Institute, die Ministerin Eisenmann als Folge der weiter absinkenden Schülerleistungen aus der Taufe heben ließ, nun tätig. Den einfacheren Job scheint das IBBW zu haben. Es blieb am alten Standort des vorherigen LS, auch die Leitung mit Prof. Klein blieb. Die Aufgaben sind recht klar umrissen (Sammeln von Daten, Erstellen von Prüfungsaufgaben u. a.), sodass der Start recht geräuschlos verlief. Gleichwohl wurden durch die Aufspaltung des LS auch hier zunächst Lücken gerissen und es ist eine gewisse Fluktuation beim Personal zu beobachten. Aufgaben bleiben daher zum Teil auch liegen. Gleichwohl erscheinen nun nach und nach Veröffentlichungen und Plattformen, die die Schulen unterstützen, wie hier im Verlauf des Textes noch gezeigt werden soll. Der Ansatz, wissenschaftlich fundiert Daten zu erfassen und zur Qualitätsverbesserung einzusetzen, wird dabei in den Vordergrund gestellt. Freilich sind die vom KM erhaltenen Aufträge nicht immer ideologiefrei.

Das ZSL hatte es bei seinem Start gemein schwerer, worüber hier bereits früher berichtet wurde. Nach wie vor ist die schiere Größe und Aufgabenfülle dieser Landesoberbehörde ein kaum lösbares Problem. Von daher gibt es von einzelnen Teilen auch nach vier Jahren immer wieder Absetzbewegungen. Immerhin werden allmählich, auch durch Dienstvereinbarungen mit der Personalvertretung, Lösungen geschaffen, die vergleichbare Arbeitsbedingungen ermöglichen, wo bisher noch unterschiedliche regionale Regelungen galten. Aufträge zur Schulentwicklung, die das ZSL vom KM erhält, werden, gerade bei größeren Projekten, oft arbeitsteilig mit dem IBBW und anderen Stellen angegangen.

Ob die von Eisenmann erhofften Verbesserungen eingetreten wären, wenn es Corona und den Ukrainekrieg nicht gegeben hätte, ist nicht abzuschätzen. Klar ist, dass die Neuorganisation des außerunterrichtlichen Bereichs bislang noch nicht zu einer nennenswerten Verbesserung geführt hat, sondern im Gegenteil viele Abläufe verkompliziert hat, sodass der Ansatz, dies ressourcenneutral zu schaffen, auf jeden Fall verfehlt wurde. Bislang sieht es allerdings nicht so aus, als ob Ministerin Schopper hier auf einen anderen Kurs umschwenkt. Im Gegenteil, weitere notwendige Veränderungen, die durch die Neukonzeption notwendig wären (Schaffung des Berufsbildes des Fortbildners, Anpassen einer Fülle von Verwaltungsvorschriften) werden schlicht nicht angegangen. Dies sorgt bei den Beschäftigten für Frust und oft auch einer Rückgabe von Aufgaben, sodass vor allem der Bereich der Lehrerfortbildung derzeit eher geschwächt wird. So sind aktuell rund 300 Fachberaterstellen, für die es im gehobenen Dienst bekanntlich nur eine Zulage von 38 Euro gibt, nicht besetzt. Das ist ein Drittel aller vorhandenen Stellen!

Die Kolleginnen und Kollegen, die noch da sind, haben eine Fülle von Themen bearbeitet und weiterentwickelt, die wir hier vorstellen möchten.

Referenzrahmen und datengestützte Schulentwicklung

Anfang des Jahres 2023 wurde der Referenzrahmen Schule in Kraft gesetzt, nachdem seine Erstellung seit Beginn der Legislaturperiode vorangetrieben wurde. 2022 wurde die Möglichkeit gegeben, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Bei der Berücksichtigung der Änderungswünsche konnte man deutlich sehen, dass im Referenzrahmen Ideen, wie Schule sein soll, parteipolitisch gefärbt sind. Daher wurden die Änderungswünsche unseres Verbandes nur in sehr geringem Umfang übernommen. Der Referenzrahmen beschreibt Idealvorstellungen, wie Schule sein soll, wenn alle Rahmenbedingungen stimmen. Er ist daher in seiner Schulbeschreibung nicht realistisch, sondern eher ein zu erarbeitendes, aber wohl nie in allen Belangen realistisches Ziel. Gleichwohl hat er ab dem kommenden Schuljahr eine wichtige Bedeutung. Die Beschreibungen des Referenzrahmens sind eine Basis für die datengestützte Schulentwicklung. Statt wie früher, mit Fremd- und Eigenevaluation, wird nun jährlich in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht die Schulentwicklung angegangen. Auf Basis von vorhandenem, vor allem vom IBBW gelieferten, Datenmaterial über die Schule, werden einzelne Handlungsfelder der Schule in den Blick genommen und ein aktueller Stand eingeschätzt. Ausgehend von diesem wird dann im Verlauf des Jahres die Schule diese Handlungsfelder in den Blick nehmen und sich weiterentwickeln. Unterstützung bieten hierbei auch die Fachberater Schulentwicklung. Es wird dabei ausdrücklich empfohlen, Schwerpunkte zu setzen und nicht zu viele Handlungsfelder gleichzeitig in den Blick zu nehmen. Auch wenn man die Inhalte des Referenzrahmens in einer ganzen Reihe von Punkten kritisch sehen kann, ist die Idee der datengestützten Unterrichtsentwicklung eine wesentliche Veränderung im System, die funktionieren könnte und vielleicht tatsächlich dabei hilft, dass sich Schulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten

positiv weiterentwickeln können. Dass dabei auch Defizite der einzelnen Schule, die von äußeren, nicht veränderbaren Rahmenbedingungen aufgezeigt werden, ist der Vorteil der datengestützten Schulentwicklung, schützt sie doch die einzelne Schule vor Forderungen, die sie womöglich gar nicht selbst erbringen kann.

Unterrichtsfeedbackbogen und Fokus Unterrichtsentwicklung

Seit Mai 2022 ist der Unterrichtsfeedbackbogen in der Lehrerbildung und Unterrichtsberatung in der Anwendung. Der grundlegende Unterschied zu bisherigen Beobachtungsmethoden ist der Blick auf die Tiefenstrukturen. Didaktische Methoden und Unterrichtsformen spielen hingegen keine Rolle. Dies ist insofern bemerkenswert, dass damit nicht mehr bestimmte Methoden bevorzugt oder als veraltet gesehen werden. Eher geht es in die Richtung „wer heilt, hat recht“. Bei der Anwendung wird schnell deutlich, dass nicht alle Tiefenstrukturen für jede einzelne Unterrichtsstunde gelten können. Daher ist auch eine gründliche Einarbeitung und die Nutzung der Begleitmaterialien notwendig, um den Feedbackbogen sinnvoll einsetzen zu können. Ausdrücklich nicht eingesetzt werden soll der Feedbackbogen für die Unterrichtsbewertung, was bei der Anwendung auch schnell klar wird. Noch im Laufe des Jahres wird er daher durch den „Fokus Unterrichtsentwicklung“ ergänzt. Dieser bietet dann die notwendigen Bausteine für die Unterrichtsbewertung.

Feedbacktool des IBBW

Auch als Teil der datengestützten Schulentwicklung kann man das BEF-BW Feedback-Tool des IBBW einstufen. War es schon vor zwanzig Jahren gang und gäbe, dass man sich vor allem als Junglehrer eine Rückmeldung bei Klassen eingeholt hat, wie der Unterricht empfunden wurde, gibt es nun eine wissenschaftlich fundierte und darüber hinaus einfache Lösung, sich eine Rückmeldung über den eigenen Unter-



richt, aber auch für die Eigenwirksamkeit und das Schulleitungshandeln einzuholen. Einmal registriert unter:

<https://feedback.befragung-bw.de>

kann man entweder einen allgemeinen Fragebogen für den Unterricht wählen oder, zumindest für Deutsch und Fremdsprachen, einen auf das Fach angepassten Fragebogen, um seinen eigenen Unterricht evaluieren zu lassen. Dabei können auch eigene Fragen ergänzt werden. Die Teilnehmer können online den Fragebogen in kurzer Zeit ausfüllen, wobei eine Mindestteilnehmerzahl von fünf Personen notwendig ist. Die Anonymität und der Datenschutz sind selbstverständlich gewährt. Ebenso gibt es seit Ende Januar 2023 einen Fragebogen für das Handeln der Schulleitung, sodass auch Schulleitungen eine ehrliche Rückmeldung erhalten können, wie ihr Wirken empfunden wird. Auch hier können eigene Fragen ergänzt werden. Da durch die Plattform sowohl das Erstellen als auch die Auswertung sehr einfach sind, ist der benötigte Zeitaufwand für diese Form des Feedbacks überschaubar, kann aber sicher wertvolle Rückmeldungen geben, wenn man daran interessiert ist, sein berufliches Handeln weiterzuentwickeln. Es ist auch möglich, die erhaltenen Ergebnisse mit anderen, zum Beispiel in der Fachschaft, zu teilen und Befragungen zu duplizieren. Anonymisiert werden die Befragungen

auch weiter wissenschaftlich ausgewertet, um Vergleichsdaten zu schaffen. Wer dies nicht möchte, kann dies verhindern, indem er lediglich einen Gastzugang nutzt.

Starke Basis!

Die seit längerem bestehenden Erkenntnisse, dass die Leistungen der Schüler vor allem in Deutsch und Mathematik immer weiter absinken (zuletzt bestätigt durch die IQB-Studie) haben dafür gesorgt, dass ein neues, landesweit gültiges Förderinstrument geschaffen wurde. Auf der Homepage des ZSL heißt es hierzu:

Starke BASIS! ist ein Unterstützungskonzept des Kultusministeriums Baden-Württemberg und des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) für Schulen zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten im Bereich der Basiskompetenzen Deutsch und Mathematik.

Starke BASIS! bündelt und ergänzt bereits bestehende Vorhaben und führt diese zu einem Gesamtkonzept zusammen. Dieses gründet auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über wirksame Förderung und wird systematisch evaluiert.

Ziel ist, den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik erreichen, deutlich zu erhöhen.“



Eisenmanns Saat, Schoppers Ernte

Bildungspolitische Veränderungen – das kommt auf die Realschulen zu

Starke Basis! wurde bereits in anderen Bundesländern eingeführt und wird derzeit in Fortbildungen für Grundschulen und Sekundarstufe 1 verbreitet. Erste Rückmeldungen aus den Fortbildungen ergaben im Tenor, dass die Materialien wohl recht gut seien, aber auch hier wieder die Ressource Zeit ein limitierender Faktor sei. Ob und wie sich Starke Basis! in der Praxis bewährt, wird sich vor allem im Laufe des kommenden Jahres zeigen. Weitere Informationen zum Programm finden sich unter: <https://zsl-bw.de/,Lde/Startseite/im-fokus/starke-basis>

Digitale Plattform für Lehrkräfte „Ella 2“ und weitere digitale Plattformen

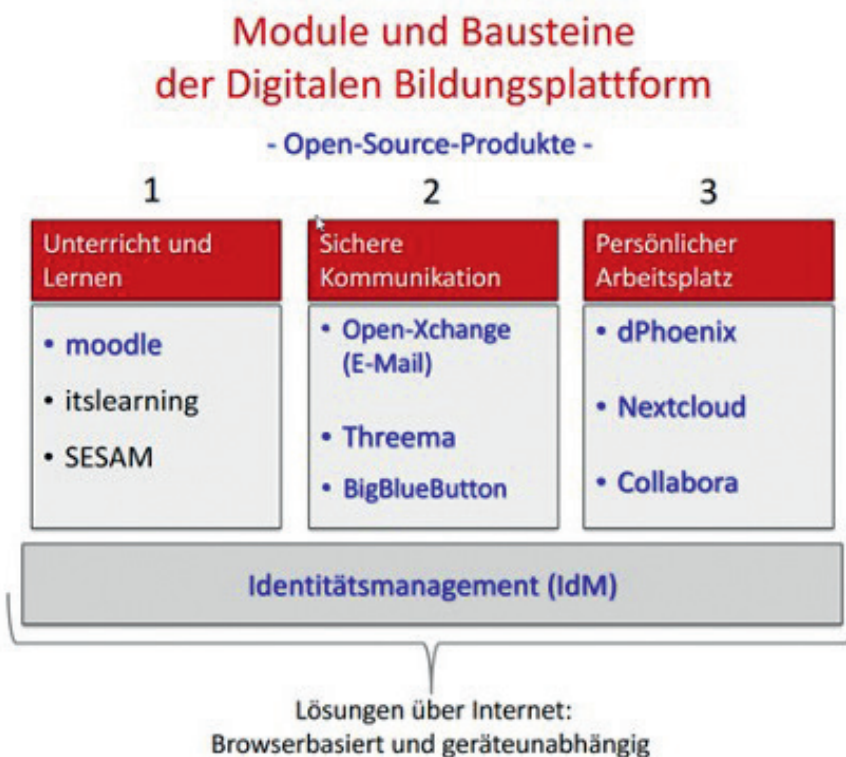
Noch unter Minister Stoch gestartet, ist das Thema „digitaler Arbeitsplatz für Lehrkräfte“ auch 2023 noch nicht abschließend erledigt. Bekanntlich wurde das Projekt „Ella“ unter Ministerin Eisenmann zunächst gestoppt, da schon in der Testversion alles

zusammenbrach. Bis dahin waren bereits 35 Millionen Euro ausgegeben worden. Eisenmann setzte den damals Zuständigen im Ministerium ab (Daniel Hagermann, jetzt unter Schopper bekanntlich Ministerialdirigent) und gab das Projekt neu in Auftrag. Um einen erneuten Reifall zu verhindern, wollte man nun Einzellösungen wählen und funktionierende Systeme einkaufen. Noch unter Eisenmann wurde zumindest ein kleiner Baustein eingeführt: Als datenschutzkonforme Lösung können seit 2020 alle Lehrkräfte kostenlos Threema Work als App erwerben und nutzen. Da die App im Prinzip alle Funktionen wie andere Messenger bietet, ist es eher der Faulheit der Kolleginnen und Kollegen zuzuschreiben, warum der Messenger noch nicht flächendeckender genutzt wird. Dabei müsste jedem klar sein, dass eine weitere Nutzung von WhatsApp für dienstliche Zwecke untersagt ist und darüber hinaus einen datenschutzrechtlichen Verstoß darstellt.

Im Zuge der Coronapandemie wurden dann für alle Schulen Moodle-Kurse eingerichtet, sodass für den Unterricht eine datenschutzkonforme Plattform genutzt werden kann. Da Moodle zugegebenermaßen nicht gerade für mobile Endgeräte ausgelegt ist und andere Angebote wie padlet nutzerfreundlicher sind (aber wiederum nicht datenschutzkonform), hat das Land auch hier nachgezogen und neben Moodle itslearning und jüngst auch TaskCards eingerichtet. TaskCards kann über das Landesmedienzentrum beantragt werden und als Ersatz für padlet eingesetzt werden. Hierfür gibt es sogar ein Tool, um padlet in TaskCards überführen zu können. Die einfache Nutzung und Einbindung von Links, Dateien und Videos macht TaskCards zu einem idealen Werkzeug für all diejenigen, die sich nicht lange in ein neues System zur Erstellung von digitalen Unterrichtsmaterialien einlernen wollen.

2023 soll nun endlich auch der eigentliche digitale Arbeitsplatz für alle Lehrkräfte eingeführt werden. Die Zeit drängt hier auch insofern, da BelWü, der bisher oft als Betreiber von schulischen Seiten und auch E-Mail-Adressen fungierte, diesen Dienst in absehbarer Zeit einstellen muss, sodass ein neuer Betreiber gesucht werden musste. Mit „Ella 2“, wenn auch nur umgangssprachlich so genannt, sollen alle Lehrkräfte Baden-Württembergs nun eine einheitliche Dienst-E-Mail-Adresse erhalten. Die E-Mail-Adresse soll über Open-Xchange betrieben werden. Daneben, zur Abrundung der digitalen Kommunikation, können alle Lehrkräfte auch einen eigenen BigBlueButton-Raum einrichten. Dies ist schon jetzt möglich.

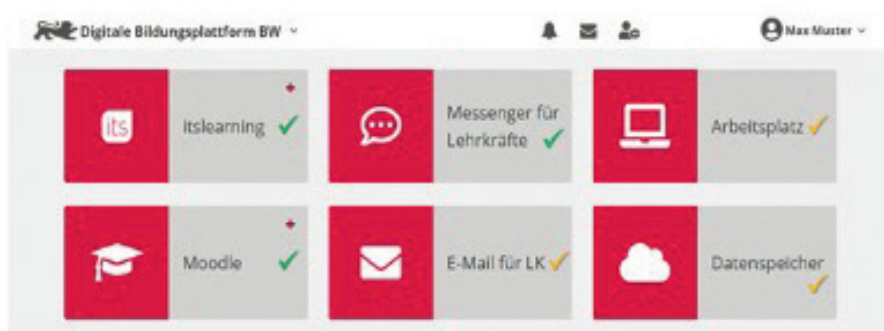
Als eigentlicher digitaler Arbeitsplatz werden drei Bausteine eingerichtet. Über eine Nextcloud können Unterlagen gespeichert werden. Als Office-Lösung fungiert dPhoenix-Suite und als eine Art Teams-Lösung Collabora. Ab Mai sollen erste Schulen im Testlauf alle Möglich-



keiten freigeschaltet bekommen. Sollte tatsächlich dann die angedachte Lösung für alle Lehrkräfte funktionieren, wäre dies ein Meilenstein für die Digitalisierung des Lehrerberufs. Eine Lösung, landesweit, und alle notwendigen Programme zentral vom Land gestellt. Da alle Lösungen darüber hinaus browserbasiert und damit geräteunabhängig sind, wären auch die Schulen und ihre Administratoren in diesen Bereich deutlich entlastet. Allein eine Zahl macht stutzig: Nach der Einrichtung des Systems wird mit Folgekosten von 30 Millionen Euro pro Jahr gerechnet. Bei etwa 1,3 Millionen Nutzern, darunter über 110.000 Lehrkräften, stellt sich die berechnete Frage, ob eine solche Summe ausreicht, ein ausreichend performantes System zu installieren und aufrechtzuerhalten. Vor allem wenn das Land tatsächlich am Plan festhält, z. B. für das E-Mail-Fach einen unbegrenzten Speicher anzubieten, wobei hier zuletzt schon zurückgerudert wurde. Da es, bis auf eine relativ kurze Veröffentlichung im Herbst, verdächtig still wurde, bleibt abzuwarten, ob und wann der digitale Arbeitsplatz wirklich kommt. Bei einer Präsentation auf der didacta ging jedenfalls schon der erste Einspieler mit Netzlehrer „Bob Blume“ in die Hose. Das hat nicht nur bei der Presse für Stirnrundeln gesorgt.

Ansicht der digitalen Bildungsplattform, wie sie möglicherweise beim Aufruf der Startseite aussehen wird (Stand Herbst 2022)

Dashboard / Landingpage



NEO

Die „NotenEingabeOnline“, funktioniert bereits, ist aber noch nicht flächendeckend von den Schulen eingeführt worden. Mit dem Wechsel aus ASV als Verwaltungsprogramm für die Schulen ist es mit NEO nun möglich, die Schülerdaten auch für alle Lehrkräfte nutzbar zu machen. Mit NEO können datenschutzkonform alle Noten für Zeugnisse erfasst und von überall aus datenschutzkonform in das Notenprogramm eingegeben werden. Damit sind Zeugnisaktenordner oder der Stau an separaten Rechnern in der Schule, in der die Noten eingegeben werden mussten, endlich vorbei.

Fortführung „Lernen mit Rückenwind“

Viele Schulleitungen haben zu Recht über den großen Aufwand gestöhnt, der sich aus dem Einstellen von Unterstützungspersonen für das Programm „Lernen mit Rückenwind“ ergab. Für Lehrkräfte, die freiwillig bereit waren, über das Programm Mehrarbeit zu leisten, blieb diese am Ende gar unbezahlt. Der Grund: Wenn aus anderen Gründen Unterricht entfiel, wurde dies gegengerechnet! Die Gefahr hierzu war umso größer, da erst am Ende des Schuljahres Bilanz gezogen werden darf. Nur die Stunden, die über die ohne Bezahlung zu leistende Mehrarbeit gingen, wurden am Ende auch vergütet.

Lediglich im Bereich der Schulpsychologie gab es tatsächlich einen anderen Weg: Pensionierte Beratungslehrkräfte konnten hier eingestellt werden und wurden, unabhängig von ihrer früheren Besoldungsstufe, als Angestellte in E 13 bezahlt, fast immer dabei in den Erfahrungsstufen 5 oder 6. Zunächst war vorgesehen, dass das Programm „Lernen mit Rückenwind“ nach Wegfall der Bundesmittel mit dem Ende des laufenden Schuljahres eingestellt wird. Mittlerweile wurde das Programm vom Land auf eigene Kosten verlängert, bis zum 31.12.2024. Einerseits gut, andererseits für die Schulen insofern schwierig, wenn ein Unterstützungsprogramm mitten im Jahr endet. Es bleibt zu hoffen, dass dies nur dem Haushalt geschuldet ist, der aktuell eine Laufzeit bis zum gleichen Termin hat. Erste Verträge bei pensionierten Beratungslehrern wurden bereits bis zu diesem Datum verlängert.



Entlastungen an den Realschulen?

10 Vorschläge für Entlastungen JETZT

Von Andreas Kuhn

Bei der Jahrestagung der Schulaufsicht im Kloster Schöntal im Spätjahr 2022 bat Kultusministerin Theresa Schopper u. a. den Realschullehrerverband Baden-Württemberg um eine Auflistung von Dingen, die man an den Realschulen

kurzfristig und mit wenig Aufwand ändern könnte, deren Änderung jedoch eine deutliche Entlastung für Schulleitungen, aber auch besonders für die Kolleginnen und Kollegen mit sich bringen würde.

Wir haben wie folgt zurückgemeldet:

1. Projektarbeit im M-Niveau ersatzlos streichen, da Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stehen
2. Profil AC ersatzlos streichen
3. Schulfreundlichere Terminierung der Abschlussprüfung, entsprechende Vorschläge liegen vor
4. Abschlussprüfung grundsätzlich entschlacken, insbesondere im Wahlpflichtbereich
5. Keine doppelte Eingabe der Statistik, Papierstatistik ersatzlos streichen, Religionsstatistik elektronisch erfassen
6. Keine unnötigen OFT-Abfragen
7. Sorge dafür tragen, dass über den KISS-Rechner nur notwendige Informationen (keine Werbung) eingehen
8. Bei Rundschreiben der Kultusverwaltung idealerweise vorgefertigte Elternschreiben an die Schule versenden
9. Referenzrahmen und weitere bildungspolitische Entscheidungen (evidenzbasierte Schulentwicklung) dürfen nicht zu Mehrarbeit für die Schulleitungen ohne entsprechende Entlastung werden
10. Grundsätzliche Vereinfachung der Versetzungsordnung

Gerne dürfen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Liste ergänzen, für weitere (realistische) Hinweise sind wir dankbar.

Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge an den Autor dieses Textes, den stellvertretenden Landesvorsitzenden des RLV, Andreas Kuhn (stellvertreter1@rlv-bw.de), wir leiten auch diese Vorschläge gerne an die oberste Schulaufsichtsbehörde weiter.

Sicherlich sind wir uns alle einig: Die größtmögliche Entlastung aller Lehrkräfte und Schulleitungen an unseren Schulen wäre die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung – eine der Forderungen, welche sich der RLV schon seit Jahren auf die Fahnen geschrieben hat.

Geburtstage 1. Halbjahr 2023 · Wir gratulieren ...

1. Halbjahr 2023 · Wir gratulieren ...

den 65-jährigen:

Christiane Reiche, Eßlingen
Angelika Bremer, Ditzingen
Eveline Jäger, Waibstadt
Herbert Schroth, Eichelberg

den 70-jährigen:

Manfred Lang, Treffelhausen
Gabriele Schaeufele, Ulm
Dr. Bruno Völker, Osterburken
Helmut Fessler, Maselheim-Ellm
Thea Lahn, Münsingen-Rietheim
Waltraud Drexler, Rheinstetten
Maria Herdeg, Ellwangen
Gerhard Brunner, Burladingen 1

den 75-jährigen:

Dietrich Berger, Schwanau
Ulrich Kallenberg, Reutlingen

den 80-jährigen:

Klaus Schäfer, Gomaringen
Martha Mühlberger, Eutingen
Gerhard Granacher, Bietigheim-Bissingen
Wolfgang Ewert, Tübingen

den 85-jährigen:

Willi Barth, Bruchsal
Heidi Turck, Schriesheim
Gudrun Graipel, Bad Rappenau

unseren hochbetragen Mitgliedern:

Günter Gerlach, Villingen-Schwenningen, **zum 90. Geburtstag**
Herbert Fieber, Rastatt, **zum 91. Geburtstag**
Martin Hermanns, Gundelfingen, **zum 92. Geburtstag**
Erhard Kalko, Affalterbach, **zum 92. Geburtstag**

Es gibt zwei Arten

sein Leben zu leben:

entweder so, als wäre

nichts ein Wunder, oder so,

als wäre alles eines.

Albert Einstein (1879-1955)



Ehrungen

1. Halbjahr 2023

30 Jahre im Verband

Hubert Mickel, Sinsheim
Sabine Buchholtz-Knobloch, Edingen
Werner Körber, Lauterbach
Roland Mack, Stuttgart

40 Jahre im Verband

Manfred Kienzler, Lahr
Walter Zuck, Helmstadt
Monika Schulze-Döbold, Stuttgart
Ingeborg Plachetta, Schwieberdingen
Dieter Vielsack, Kämpfelbach 1
Thomas Weiß, Villingen-Schwenningen
Friedrich Susami, Vaihingen/Enz
Jürgen Volz, Ulm

50 Jahre ein halbes Jahrhundert RLV-Mitglied

Hubert Glauert, Weil der Stadt

Aus unserem Verband ist verstorben

RL'in a.D. Christine Heilig Östringen

In Memoriam

Wir nehmen Abschied
und werden ein
ehrendes Andenken bewahren



Fundstücke

Von Herbert Winkler

Fachkräftemangel? Ein neues Thema?

Seit vielen Jahren weisen wir und unsere Dachverbände (u. a. der VDR und der Deutsche Lehrerverband) auf diese Problematik hin. Zuletzt thematisiert auf dem Süddeutschen Realschultag in Ulm 2021 (wir berichteten darüber).

Neu ist dieses Thema wahrlich nicht. Schon 1992 wies Josef Kraus, damals Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, auf die niveauabsenkende Anhäufung von Abiturienten hin. Unser „Fundstück“ beweist es.

Gepaart mit einem Seitenhieb auf die Gesamtschulen stellte er fest, dass es nicht an Abiturienten fehlen wird, sondern an Fachkräften!

ABITURIENTEN

DL zur Studie des Instituts für Schulentwicklungsplanung: „Ergebnisse der Dortmunder Elternbefragung unrealistisch“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die Studie des Instituts für Schulentwicklungsplanung der Universität Dortmund und die von den Autoren daraus gezogenen Schlussfolgerungen als tendenziös und als wenig hilfreich bezeichnet.

Dieser Studie zufolge wünschten 53 Prozent der Eltern für ihr Kind das Abitur und weitere 36 Prozent die Fachoberschulreife. Außerdem, so die Studie, gäben 40 Prozent der Eltern der Gesamtschule die Noten „sehr gut bis gut“.

Nach Auffassung des Lehrerverbandes seien solche Elternwünsche alles andere als „realistisch“, auch wenn dies in der Studie behauptet werde. Vielmehr müsse man sehen, so DL-Präsident Josef Kraus, daß das Beschäftigungssystem mit einem Abiturientenanteil von rund 30 Prozent jetzt schon erheblich

aus den Fugen geraten sei. So hätten zuletzt 130.000 Lehrstellen und 400.000 Arbeitsplätze für Facharbeiter nicht besetzt werden können. Kraus dazu wörtlich: „Die zukünftige Wachstums- und Wohlstandsbremse ist damit nicht ein Mangel an Abiturienten, sondern ein dramatischer Mangel an Facharbeitern.“

Widerspruch meldet der Deutsche Lehrerverband auch gegen die in der Studie erhobene Bewertung der Gesamtschule durch die Eltern an. Dieser Umfragebefund stehe in völligem Kontrast zum tatsächlichen schulischen Wahlverhalten der Eltern. Dort, wo es die Gesamtschule gebe, werde sie von Schülern mit Gymnasial- und Realschulempfehlung und mit entsprechenden Ambitionen überwiegend gemieden, weil die Eltern große Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Gesamtschule hätten.



UNVERFÄLSCHTES UND EINMALIGES PROFIL?

Wir sorgen für eine aussagekräftige Corporate Identity!

Konzepte · Fotos · Print · Medien

SEEGER werbung

Keplerstraße 13 · 72250 Freudenstadt · Tel.: 07441/8857-0 · seeger-werbung.de

AUSZUG AUS UNSEREN PROGRAMM- HIGHLIGHTS 2023



SKA
Kneipp
aktiv & gesund
BAD WÖRISHOFEN

Weiterbildung

FIT IM BERUF

Wie Sie mit Kneipp Ihre Leistungsfähigkeit erhalten und steigern können

07.10.2023, 09:30 Uhr – 08.10.2023, 16:00 Uhr

Unser Berufsalltag ist sehr leistungsorientiert und verlangt uns viel ab. Dabei ist es wichtig, dass wir achtsam mit unseren Ressourcen umgehen. Nur im verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Gesundheit bleiben wir fit, leistungsfähig und fühlen uns wohl.

Hier geht's zur Anmeldung (Seminar-Nr.: 223032):
<https://www.kneippakademie.de/kurs/fit-im-beruf/>



Weiterbildung

DAS IMMUNSYSTEM STÄRKEN MIT WASSER UND HEILKRÄUTERN

28.10.2023, 09:30 Uhr – 29.10.2023, 16:00 Uhr

Unser Immunsystem ist ein komplexes Abwehrsystem, das immer wieder Unterstützung benötigt, um effektiv funktionieren zu können. Es stellt eine Barriere gegenüber äußeren Eindringlingen wie Viren, Bakterien oder Pilzen und körperfremden Stoffen dar. Dazu bedient es sich verschiedener Abwehrmechanismen. Vor allem ein gesunder Lebensstil trägt zur Stärkung des Immunsystems bei.

Hier geht's zur Anmeldung (Seminar-Nr.: 223033):
<https://www.kneippakademie.de/kurs/entspannung-und-immunsystem/>



Weiterbildung

WAS IM LEBEN WIRKLICH ZÄHLT

Sinn- und Wertorientierung im pädagogischen Alltag

07.11.2023, 09:30 Uhr – 16:30 Uhr

Für Sebastian Kneipp gehörte eine klare Wertorientierung zu einer guten Lebensordnung. Sie bildete die Grundlage für die Entwicklung seelischer Gesundheit und Resilienz. Die Kinder lagen ihm dabei immer besonders am Herzen. Die heutige Zeit mit ihren rasanten gesellschaftlichen Veränderungen und der Vielfalt an möglichen Wertvorstellungen stellt Eltern, Kinder und Erzieher/-innen vor große Herausforderungen.

Hier geht's zur Anmeldung (Seminar-Nr.: 223324):
<https://www.kneippakademie.de/kurs/was-im-leben-wirklich-zaehlt/>



Weiterbildung

DIE HEILKRAFT DES WALDES

08.07.2023, 09:30 Uhr – 09.07.2023, 16:00 Uhr

Der Aufenthalt im Wald tut uns gut. Er steigert unser Wohlbefinden und wirkt sich positiv auf Körper und Geist aus. Die heilenden Kräfte des Waldes sind die ursprünglichste Form der Heilkunde. In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit den verschiedenen Aspekten des Waldes. Sie erfahren altes Volkswissen und neue Erkenntnisse über die Kräfte des Waldes und wie die Pflanzen des Waldes in verschiedenen Darreichungsformen verwendet werden können.

Hier geht's zur Anmeldung (Seminar-Nr.: 223533):
<https://www.kneippakademie.de/kurs/die-heilkraft-des-waldes/>



Werde Mitglied in einem der 70 Kneipp-Vereine in Baden Württemberg:

**WWW.KNEIPPBUND-BW.DE/
KNEIPP-VEREINE**

WWW.KNEIPPAKADEMIE.DE



Sebastian-Kneipp-Akademie



sebastian_kneipp_akademie_de

DAS SKA-PROGRAMM GIBT ES ONLINE AUF UNSERER HOMEPAGE IN DER AKTUELLEN PDF-VERSION KOSTENFREI ZUM DOWNLOAD!



LESENswürdig!

Eine Buchempfehlung von Prof. Dr. Konrad Fees,
Karlsruher Institut für Technologie



Bob Blume: 10 Dinge, die ich an der Schule hasse und wie wir sie ändern können.

Ein Aufruf zum Handeln – vom Lehrer
und Bildungsinfluencer @netzlehrer“

240 Seiten,
erschienen bei Mosaik
München 2022
ISBN-13: 978-3442393961
Preis: 22 Euro (gebundene Ausgabe),
auch als E-Book und Hörbuch erhältlich

Was dieses Buch schon einmal interessant macht und von vielen anderen ähnlichen Beiträgen positiv abhebt, ist die Tatsache, dass die Kritik dieses Mal nicht von einem selbsternannten Experten ausgesprochen wird, sondern aus der Mitte des Berufs selbst kommt. Der Autor Bob Blume unterrichtet als Oberstudienrat am Windeck-Gymnasium in Bühl.

Des Weiteren handelt es sich hier um eine extrem digitalaffine Person, ist Blume vor allem auch als Podcaster, Webvideo-Produzent und Blogger in Sachen Schule unterwegs und unterhält diesbezüglich eine eigene materialreiche Web-Plattform (<http://bobblume.de>). Man kann sich dort durch unzählige Beiträge durchklicken; auf unterhaltsame und ironische Weise werden Widersprüche der aktuellen Schullandschaft aufgezeigt. Sein Buch „10 Dinge ...“ ist also keineswegs sein einziges publizistisches Erzeugnis, sondern genau umgekehrt. Er hat mit diesem Buch sein überaus reichhaltiges digitales Portfolio noch um einen zusätzlichen analogen Beitrag ergänzt.

Um was geht es bei diesen „10 Dingen ...“ nun? Von der Gattung her handelt es sich, wie schon angedeutet, um Schulkritik. Die „zehn Dinge“ sind zehn Umstände, Gegebenheiten, Begleiterscheinungen, die der Autor an der Schule „hasst“. Diesbezüglich führt er an: den Fetisch „Stoff“, die Erstarrung des Unterrichts, die überbordende Bürokratie, die „Noten als Pawlowsche Reflexe“, die „Prüfungen als Heiliger Gral“ usw. Dies geht auch einher mit einer Kritik an Kollegen, die sich zu wenig ins Zeug legen – „Schlechte Lehrer haben es zu leicht“ – sowie mit einer Kritik vor allem an älteren Kollegen („Boomer“), die hinsichtlich der digitalen Medien nicht so versiert sind wie er selbst.

Den größten Umfang dieses Buches nehmen die Ausführungen ein, welche die in den Kapitelüberschriften gemachten Aussagen näher unterfüttern sollen. Das meiste bezieht sich hier auf die stoffliche Überfüllung und das damit verbundene Prüfungswesen.

Der „Stoff“ werde als eine „objektive Größe“ verstanden, genau das sei der „Irrtum“ (S. 23). Dabei seien die Lehrer die „Dealer“, „die den Stoff in die Schüler stopfen, damit diese ihn am Ende wieder auskotzen können“ (ebd.). Der Studienrat für Deutsch weist darauf hin, dass seine Schüler nicht

nur theoretisch wissen sollen, was ein Komma ist, sondern ein solches auch richtig setzen können sollen (S. 28). So finden sich auch sehr wohl hergebrachte Auffassungen: Kompetenzen hin und her, so etwas wie verbindliche Inhalte seien doch wichtig (S. 29). Bildung sei also doch mehr als nur „Stoff“ und realisiere sich als ein „Bündel von Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen“ (S. 35). Um Derartiges zu befördern, schlägt er die „Einführung von offenen Projekttagen“ oder gleich „-wochen“ vor, in denen sich „Lehrerteams ... gemeinsam Inhalte, Kompetenzen und Wissen vorstrukturieren“ (ebd.).

Er weist auf den Umstand hin, „dass es grundsätzlich zwei Versionen von Unterricht gibt“ (S. 39), nämlich den, den man im Referendariat vorführen soll, also Schaulunterricht, und jenen, den die Lehrer im gewöhnlichen Alltag halten, also den wirklichen Unterricht.

Vieles von dem, auf das der Autor hinweist, ist konventionell und schon Tausende Mal benannt worden: dass das Lehramtsstudium zu wenig mit der Praxis verknüpft sei (S. 101), dass hinsichtlich der Beurteilung von Referendaren eine „fehlende Transparenz“ (S. 102) vorherrsche oder die Einsicht: „Keiner kann Wissen einfach so vermitteln“ (S. 151) bzw. „Lernen kann jeder nur selbst“ (ebd.). Und auch die „Verstärker-These“ (S. 155), der zufolge digitale Medien nicht per se gut oder schlecht seien, sondern nur das verstärken, was jemand tut, hat Marcel Reich-Ranicki in Bezug auf das Fernsehen schon vor Jahrzehnten so formuliert: „Das Fernsehen macht die Dummen dümmer und die Klugen klüger“. In diesem Sinne relativiert sich dann wohl auch Manfred Spitzers Formulierung vom Handy als „Lernverhinderungsmaschine“ (S. 154).

Am stärksten wird das Buch, wenn der Blogger seine Digitalaffinität mit seiner Lehrertätigkeit verbinden kann. Mittels digitaler Medien lässt sich das Klassenzimmer



unendlich vergrößern, lassen sich Promis wie Rezo, also der, der die CDU zu zerstören sich anschickte (S. 141ff.), oder Sascha Lobo (S. 155 ff.) einbinden bzw. kann man per Chats in aktuelle Diskussionen eingreifen. In der Tat: „Das „Medium ist die Botschaft“ (Marshall McLuhan, S. 152). Blume weist den Weg in die Medienerziehung als eine neue Art der Verkehrserziehung. Man gehe mit dem Nachwuchs raus in den Trubel und zeige auch mal einen Ort, „den man abends besser nicht mehr betreten sollte“ (S. 159). Umgekehrt: Wenn man sich pädagogisch nicht darauf einlässt, so wäre das so, „als würde man vermeiden, Kindern Verkehrsregeln beizubringen, aus Angst, dass sie danach häufiger über die Straße gehen“ (S. 160).

Was der Podcaster dann freilich am Ende als „10 Thesen für eine bessere Schule“ serviert, ist enttäuschend und nichts anderes als das, was in ähnlichen Beiträgen als Reformansätze genannt wird (S. 204 ff.): man benötige mehr „Zeit für eine vertiefte Beschäftigung“, „mehr Freiheit, weniger Zwang“, „weniger Bürokratie“, „mehr Projekte“, „weniger Ziffern“ usw.

Man kann das Buch keineswegs als durchgängig gelungen bezeichnen. Schon der Titel – „10 Dinge ...“ wirkt kaum stilsicher: Kann man sich als Oberstudienrat für Deutsch auf solche Weise äußern? Redewendungen wie „Krumme Dinger drehen“, „Mach dein Ding“, „nach Lage der Dinge“ verweisen „Dinge“ eher in eine Sphäre des Alltäglich-Profanen als in einen kulturell abgesetzten Bereich. Ähnlich verhält es sich mit dem Wort „hassen“. In Zeiten von „hate speech“ sollte man mit so etwas sehr vorsichtig sein. Hier fehlt es klar an Gespür. Und überhaupt: Die Schule soll in die Kultur einführen; die unkultur, das Ungehobelte, die Umgangssprache kennen die Schüler bereits. Dafür brauchen wir die Schule nicht.

Dass die Schüler etwa Kommas richtig setzen können sollten, darauf hinzuweisen, ist doch wirklich überflüssig, zumal in gymnasialem Kontext. Hier wird auch die fließende Grenze zwischen den Chancen medialer

Vergrößerung des Klassenzimmers und den nach wie vor relevanten hergebrachten Anforderungen von Schulbildung deutlich: Es ist ja schön und gut, mit Rezo und Sascha Lobo zu chatten; Stilsicherheit, gedankliche Präzision, ein Gespür für die Feinheiten der Sprache erwirbt man aber nach wie vor nur durch die harte Arbeit an und mit anspruchsvoller Literatur, und zwar analog, auf und mit Papier und dem Stift in der Hand. Genau dies markiert die Grenze zwischen Künstlicher Intelligenz und individueller Kreativität.

Wenn sich der Influencer so lange mit dem „Stoff“ aufhält und im Zusammenhang mit Zensuren damit mindestens die Hälfte des Buches füllt, so kann er seine These, die Schüler sollten mit Stoff vollgefüllt werden und die Lehrer seien die „Dealer“, nicht mit einem Wort eines offiziellen Papiers belegen. Im aktuellen Bildungsplan steht nirgends die Bezeichnung „Stoff“, sondern die Schüler sollen lernen, in der Auseinandersetzung mit fachlichen Herausforderungen aktuelle Fragestellungen zu verstehen und sich gegenüber diesen kritisch zu positionieren. Wenn also Lehrkräfte tatsächlich immer noch Schüler mit „Stoff“ vollstopfen sollten, dann wäre das sehr bedauerlich, hätte mit den Anforderungen moderner Schulbildung allerdings wenig bis nichts zu tun.

Dass Stoff auch nicht weitergereicht werden kann wie ein Gegenstand, dass er nicht eingetrichtert werden kann, dass Lernen immer nur selbsttätig vorstatten gehen kann und Lehrkräfte Lernen lediglich initiieren können, im Sinne der „vorbereiteten Umgebung“ bzw. von „Lehr-/Lernarrangements“, das weiß die seriöse Pädagogik spätestens seit Comenius. Und dessen „Große Lehrkunst“ erschien im Jahre 1657. Im Klartext: Die Attacken des Podcasters erinnern etwas an den Kampf von Don Quichotte gegen die Windmühlen.

Generell klagt der Influencer auf einem hohen Niveau. Wer in der Sekundarstufe auf Haupt- oder Realschulniveau unterrichten muss, hat nicht nur mit Schwierigkeiten

einer unzureichenden Digitalausstattung zu kämpfen, sondern häufig damit, die Schüler überhaupt zu elementaren Kenntnissen und Fähigkeiten zu führen. Und wenn der Leistungsdruck in dem Gymnasium, in dem der Autor unterrichtet, für den einen oder anderen Schüler zu hoch sein sollte, dann dürften sich die betreffenden Schüler höchstwahrscheinlich im falschen Bildungsgang befinden. Das Gymnasium ist keineswegs die einzige weiterführende Schule.

Bei dem Buch besticht die Fülle des Materials, der Zitate, der klangvollen Namen, die genannt werden. Woran es aber doch etwas mangelt, ist das Verfolgen eines durchgängigen roten Fadens. Im Durchgang durch die Kapitel wird dem Leser nicht immer klar, was der Autor eigentlich sagen will bzw. worin das Anliegen jeweils konkret besteht. Der Podcaster schreibt genauso, wie man sich durch das Internet klickt: von Überschrift zu Überschrift, ohne die Überlegungen wirklich konsequent zu Ende zu führen.

Was macht das Buch nun lesenswert? Stark wird das Buch, wenn der Autor seine digitale Medienerfahrung voll ausspielen kann. Hier ist er virtuos. Die Gefahren, die mit einem Hopping durch das Internet verbunden sind, werden in dem Buch aber auch offenbar. Man kann sich zwar schön durch die Überschriften klicken, doch was bleibt? Das Buch zeigt Licht und Schatten einer Didaktik, die doch Gefahr läuft, den Verlockungen der schönen neuen digitalen Welt zu erliegen.

Gerne veröffentlichen wir auch Ihre Buchempfehlung!

Haben auch Sie in letzter Zeit ein Buch zum Thema Schule, Schulpolitik oder Unterricht gelesen (gerne auch Romane, die sich mit diesen Themen beschäftigen)? Würden Sie dieses Buch gerne Kolleginnen und Kollegen empfehlen? Dann schreiben Sie eine Buchempfehlung für den „realist“! Senden Sie diese an redakteur@rlv-bw.de (ca. eine Textseite) und ergänzen Sie Ihren Namen und die Schule, an der Sie unterrichten.



Personalratswahlen 2024

Alle fünf Jahre wählen die Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und SBBZ (Sonderschulen) in Baden-Württemberg ihre Personalvertretung. Im nächsten Frühjahr ist es wieder so weit. Die Zeit bis dahin ist gefühlt noch sehr lange. Die Organisatoren der letzten Wahlen wissen, dass mit den Vorbereitungen bereits Ende März dieses Jahres begonnen werden muss.

Auch Ihre Mitwirkung ist wieder gefragt. Beim letzten Mal hatten sich fast 200 Kandidatinnen und Kandidaten auf die Wahllisten des RLV setzen lassen. Wir freuen uns, wenn wir wieder mit starken Listen antreten können.

Bevor sich Kolleginnen und Kollegen zur Kandidatur bereit erklären, haben sie eine Reihe von Fragen. Hier eine Auflistung der häufigsten und die Antworten dazu.



Was ist der Personalrat?

Der Personalrat ist ein Gremium, welches die Interessen der Beamten und Angestellten des Landes gegenüber dem Dienstherrn vertritt – in etwa vergleichbar dem Betriebsrat in einem Unternehmen. Entsprechend der Landesverwaltung gibt es drei Ebenen der Personalvertretung: Örtlicher Personalrat (ÖPR) beim Staatlichen Schulamt, Bezirkspersonalrat (BPR) beim Regierungspräsidium und Hauptpersonalrat (HPR) beim Kultusministerium.

Für welche Ebene soll ich kandidieren?

In der Regel kandidiert man für alle drei Ebenen.

Gibt es Fortbildungen für diese Tätigkeit?

Ja, es gibt sowohl Grundschulungen für „die Neuen“ als auch solche für „die Fortgeschrittenen“ durch den Beamtenbund Baden-Württemberg.

Wie sieht die Tätigkeit im Personalrat aus?

Schwerpunkt für die „einfachen“ Mitglieder ist die Teilnahme an Sitzungen. Dazu erhält man im Vorfeld Sitzungsunterlagen durch den Vorstand. In der Regel sind die Sitzungen während der Schulzeit, alle zwei Wochen an einem festen Wochentag. Es gibt punktuell auch Sondersitzungen und Arbeitsgruppentreffen.

Ist die Tätigkeit im Personalrat ehrenamtlich?

Für die Tätigkeit wird man vom Dienst freigestellt, d. h. Sie erhalten eine Reduzierung Ihrer Unterrichtsverpflichtung. Bei „einfachen“ Mitgliedern beträgt diese, je nach Größe und Verwaltungsebene des Gremiums, 7–9 Wochenstunden. Mitglieder des Vorstands erhalten entsprechend des Arbeitsumfangs und der Komplexität der Aufgaben höhere Freistellungen, bis zur völligen Freistellung vom Unterricht.

Warum soll ich für den Personalrat auf der Liste des RLV kandidieren?

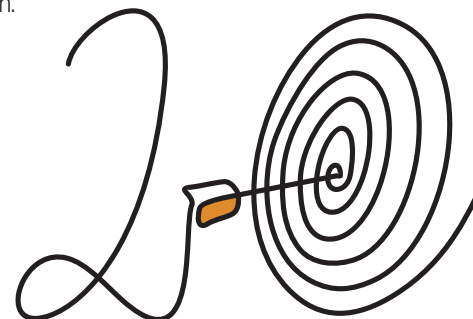
Die drei Gewerkschaften – beim Beamtenbund nennt man sie Verbände –, welche Wahllisten aufstellen, haben unterschiedliche Vorstellungen von Schul- und Bildungspolitik. Mit einer Kandidatur für den RLV stärken Sie eine Berufsvertretung, welche die Interessen der Verbund- und Realschulen und deren Lehrkräfte vertritt. Wir sind gegen die Abschaffung des Berufsbeamtentums, treten für ein gegliedertes Schulwesen ein u. v. m. Mehr dazu können Sie in diesem Heft nachlesen (Artikel: Realschullehrerverband Baden-Württemberg – Der Fachverband für die Realschule).

Warum soll ich mich zur Wahl stellen, ich werde ja doch nicht gewählt?

Sie sind es, welche(r) den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit bietet, Ihre Stimmen einem echten Realschulvertreter geben zu können. Außerdem: Jeder Kandidat ist wichtig und sammelt Stimmen für die RLV-Liste. Von der Gesamtsumme aller Stimmen einer Liste hängt ab, wie viele Mandate sich daraus ergeben. Übrigens, unsere Mitbewerber haben ein Vielfaches an Kandidaten von uns. Sie erinnern sich an die riesigen Stimmzettel. Auch da gilt: Nur die wenigsten erringen ein Mandat.

Ich bin sehr stark motiviert und möchte ein Mandat erringen, was muss ich tun?

Es ist wie bei Wahlen in der Politik. Sie brauchen einen aussichtsreichen Platz auf der Wahlliste. Das können Sie auf einem Beiblatt zum Formular „Zustimmungserklärung“ kundtun.



Ich möchte den RLV mit meiner Kandidatur unterstützen, aber kein Mandat erringen?

Auch hier ist es wie bei Wahlen in der Politik, insbesondere den Kommunalwahlen. Sie lassen sich auf einen wenig aussichtsreichen Platz setzen. Das können Sie ebenfalls auf einem Beiblatt zum Formular „Zustimmungserklärung“ kundtun.

Was tun, wenn ich doch ein Mandat erhalten habe, ohne es zu wollen?

Dieser Fall ist äußerst selten. Sollte er dennoch vorkommen, so brauchen sie das Mandat nicht annehmen. Das können Sie dann auf dem Formblatt, welches Ihnen automatisch zugesandt wird, durch Ankreuzen eines Kästchens erklären. Eine Begründung brauchen Sie nicht abgeben. Der Nächste in der amtlichen Wahlergebnisliste rückt dann nach.

Wie und wo kann ich mich zur Kandidatur anmelden?

Sie können sich an den Verfasser des Mitgliederrundbriefs oder an Ihre(n) Bezirksvorsitzende(n) wenden. Sie erhalten dann die drei Formulare „Zustimmungserklärung“ zur Wahl des ÖPR, BPR und HPR. Diese sind auszufüllen und im Original auf dem Postweg an die RLV-Landesgeschäftsstelle, Hardtstraße 2/2, 72224 Ebhausen oder an den Verfasser des Mitgliederrundbriefs Anton Blank, Waldstr. 7, 88453 Erolzheim, zu senden.



Können auch Nichtmitglieder für die RLV-Wahlliste antreten?

Ja, das ist gängige Praxis bei allen Wahllisten der drei Berufsvertretungen. Wir freuen uns natürlich, wenn Sie nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen von einer Kandidatur auf den RLV-Wahllisten überzeugen können.

Ich bin Lehrer im Angestelltenverhältnis. Kann ich auch für den RLV kandidieren?

Ja, auch angestellte Lehrkräfte können auf der Beamtenliste des RLV kandidieren. Das gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer anderer Schularten. Auch diese können auf unserer Liste kandidieren, denn gewählt wird nicht der Personalrat für die Realschule, sondern für die **GHWRGS, d. h. Grund-, Haupt-,**

Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen sowie für Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren SBBZ.

Wenn Sie also Kolleginnen und Kollegen aus den **GHWRGS** kennen, dann sagen Sie diesen, dass Sie bei uns herzlich willkommen sind.

Warum soll eine Lehrkraft der Grundschule etc. den RLV wählen?

Es gibt an anderen Schularten Lehrkräfte, welche mit den schulpolitischen Vorstellungen unserer Mitbewerber nicht einverstanden sind. Dies wird uns gegenüber immer wieder an Infoständen bei Personalversammlungen erklärt. Sie haben zwei Möglichkeiten: Nichtwählen oder Kandidaten der RLV-Wahlliste wählen.

WAHLEN



Meine Frage ist hier nicht aufgeführt oder ich habe noch Nachfragen, an wen soll ich mich wenden?

Wenden Sie sich bitte an ein RLV-Mitglied in Ihrem Kollegium mit Erfahrung als Personalrat oder an den Verfasser des Mitgliederrundbriefs RLV AKTUELL.

Wir freuen uns auf Ihre Kandidatur und danken Ihnen schon an dieser Stelle sehr herzlich dafür.



Mal ein bisschen wilder

Nationalpark Schwarzwald – der Natur auf der Spur
Das Nationalparkzentrum Ruhestein als außerschulischer Lernort für die Natur



2014 wurde der Nationalpark Schwarzwald gegründet. Anfangs gesellschaftlich umstritten, ist er mittlerweile ein Erfolgsmodell und soll auch flächenmäßig ausgeweitet werden.

2015 begannen Planungen für ein Nationalparkzentrum, das nach fünf Jahren Bauzeit und Planung, 2020, mitten in der Coronapandemie, eröffnet werden konnte. Auch das Gebäude war, so wie anfangs der Park, nicht unumstritten. Insbesondere die ausufernden Kosten riefen auch den Bund der Steuerzahler auf den Plan. Das Gebäude, das eine Nutzfläche von 3200 m² bietet, hat rund 35,5 Millionen Euro gekostet. Wer allerdings nun heute das Gebäude betritt, ist wahrlich beeindruckt. Modern und zugleich aus vielen Naturmaterialien erbaut, haben sich die Planer viel Mühe gemacht, das Thema Wald und Natur zu präsentieren.

Das Gebäude selbst kann kostenlos betreten werden und bietet eine Fülle von Informationen für Aktionen im Park. Auch der Ausblick von verschiedenen Ebenen des Gebäudes in den Wald und die Landschaft ist atemberaubend. Einen tiefen Einblick in Flora und Fauna bietet dann die multimediale Schau, für die man zwischen ein und zwei Stunden Zeit einplanen sollte.

Der Eintritt für die Ausstellungsfläche beträgt zwischen vier und acht Euro, wobei es Gruppen- und weitere Ermäßigungen gibt. Während der Schau erhält man in verschiedenen Räumen und Ebenen viele Informationen zum Aufbau des Waldes, zu seiner früheren und jetzigen Nutzung, zum Wandel während der Jahreszeiten und zu vielem mehr. Dabei wurde darauf geachtet, möglichst viele Sinne anzusprechen. Anwesende Museumsführer können auf viele Fragen Antworten geben und weisen darüber hinaus auf zum Teil nicht gleich erkennbare Details hin. So kann auch der vermeintliche Experte noch einiges dazu lernen. Was (Stand Winter 22/23) leider noch fehlt, ist ein Bistro. Hier wurde noch kein Betreiber gefunden. Glücklicherweise gibt es auf der anderen Seite der Straße allerdings eine Einkehrmöglichkeit.

Das Nationalparkzentrum kann problemlos mit dem ÖPNV angefahren werden, wobei Busse aus verschiedenen Richtungen anfahren. Die Busse fahren von Achern, Baden-Baden, Baiersbronn und Freudenstadt das Zentrum an, sodass ein großes Einzugsgebiet abgedeckt werden kann. Für ein erstes Kennenlernen des Nationalparks Schwarzwald ist das National-

parkzentrum ein idealer Ausgangspunkt, das viele Einblicke gewährt. Von dort aus sind gute Wandermöglichkeiten vorhanden, sodass man auch mit Schulklassen den Schwarzwald ein Stück weit erkunden kann. Die gute ÖPNV-Anbindung hilft bei der Planung; gerade auch unter dem Kostenaspekt, den Ausflug günstig zu halten. Aufgrund des neuen Jugendtickets dürften für die meisten Kinder der Sekundarstufe keine weiteren Fahrtkosten entstehen. Durch weitere Einkehrmöglichkeiten und dem Zustiegen in die Busse an anderer Stelle ist gewährleistet, dass für jede Altersgruppe bzw. jedes Fitnesslevel eine passende Tour geplant werden kann. Es empfiehlt sich, hier die angebotenen Informationen der Homepage des Nationalparks zu nutzen. Die Verwaltung hat eigens eine Abteilung „Natur- und Wildnisbildung“ und steht für Fragen und bei Hilfe der Planung zur Verfügung.

Fazit

Mit der Eröffnung des Nationalparkzentrums wurde eine Möglichkeit geschaffen, interessante Tagesausflüge planen zu können, die auch den Aspekt der Nachhaltigkeit erfüllen.

Tipps zur Vorbereitung einer Exkursion

Das Nationalparkzentrum hat mit seiner Homepage

www.nationalpark-schwarzwald.de

eine ganz hervorragende Internetseite gestaltet, die bei der Vorbereitung eines Besuches sehr wertvolle Hinweise geben kann.

Neben allgemeinen organisatorischen Hinweisen zum Besuch des Nationalparkzentrums und des Nationalparks gibt es auf der Webseite spezielle Themenseiten, die sich u. a. mit der Geschichte des Nationalparks und seinen Zielen beschäftigen.

Unter der **Rubrik „Natur- und Wildnisbildung“** finden Lehrerinnen und Lehrer u. a. Gruppenangebote, die im Voraus für Schulklassen buchbar sind.

So gibt es z. B. das Angebot **„Eine Spur wilder“**. Dabei handelt es sich um eine ca.

zweistündige Entdeckungstour im Nationalpark, die sich gut als einführende Veranstaltung für den Besuch und die Beschäftigung mit dem Nationalpark eignet.

Mit „**Districts for future**“ bietet das Nationalparkteam ein interaktives „**Geo-Game**“ an, das sich an Schüler ab Klasse 7 wendet. Die Schüler tauchen dabei in Kleingruppen in das Jahr 2235 ein. Eine Welt, in der keine intakte Natur mehr existiert, das Vogelgezwitscher längst verstummt ist und Fabriken die Landschaft beherrschen. Digital ausgestattet, lösen die Schülerinnen und Schüler als Expeditionsteams die Aufgaben der Zukunft und damit der heutigen Zeit, in die sie im Laufe des Spieles zurückreisen.

Ein anderes Angebot sind „**Forscherboxen**“. Mit diesen ausgerüstet, ziehen die Schüler los und beschäftigen sich mit bestimmten Forschungsaufträgen. So können verschiedenste Themen wie Bodentiere, Bäume oder Tierspuren erforscht werden. Eine Präsentation der Ergebnisse kann auf dem Gelände oder später in der Schule stattfinden.

Daneben befinden sich noch viele weitere interessante Angebote (z. B. Hinweise zu Wanderungen) auf der wirklich sehr gut gelungenen Homepage des Nationalparkzentrums.

Ebenso für die Vor- und Nachbereitung interessant, ist die Möglichkeit, unter der **Rubrik „Lehrmaterial“** gut gestaltete Unterrichtseinheiten für die schulische Nutzung herunterzuladen (z. B. zu den Themen „Totholz“ oder „Tiere im Winter“). Sehr schön gestaltet ist auch die Mediathek auf der Homepage des Nationalparkzentrums, die eine Vielzahl von Fotos und Filmen aus dem Nationalpark enthält.

Ebenso bietet das Nationalparkzentrum Fortbildungen an, die sich gezielt an Lehrkräfte wenden.

Ein besonderes **Highlight** ist sicher die Möglichkeit, mit seiner Schülergruppe mitten im Wald auf einer Wiese zu übernachten, entweder im Freien oder in mitge-

brachten Zelten. Eine einfache Hütte mit sanitären Anlagen und eine Feuerstelle erleichtern dabei ein wenig das „Leben in der Wildnis“. Der Übernachtungsort liegt abgeschieden in einem Tal auf dem Gebiet des Nationalparks. Ohne Erlaubnis ist dort eine Übernachtung ansonsten nicht möglich, da man sich mitten im Schutzgebiet befindet. So kann man den Wald einmal hautnah erleben, nämlich mitten darin.

Alle Tipps, Hinweise, Kontaktdaten etc.

unter www.nationalpark-schwarzwald.de

Nationalparkzentrum Ruhestein
Ruhestein 1 · 72270 Baiersbronn

Veranstaltungsbüro

Telefon: 07449 92998-444

E-Mail: veranstaltung@nlp.bwl.de

Region Nordschwarzwald –
Warum nicht länger bleiben?

Die Region Nordschwarzwald eignet sich ebenfalls sehr gut für einen längeren Aufenthalt mit einer Schulklasse, so z. B. im Rahmen eines Schullandheimaufenthaltes.

Neben den beschriebenen Möglichkeiten im Nationalpark bietet die Region, die sich vor allem auf die Landkreise Freudenstadt und Calw erstreckt, zahlreiche spannende Orte, die man mit Schülerinnen und Schülern im Rahmen eines längeren Aufenthaltes besuchen kann, so z. B. der „**Baumwipfelpfad**“ in Bad Wildbad (www.baumwipfelpfade.de/schwarzwald), der in einer Höhe von 20 bis 40 Metern den imposanten Wald im Nordschwarzwald hautnah erlebbar macht.

Ganz in der Nähe von Bad Wildbad befindet sich außerdem einer der Naturhöhepunkte im Nordschwarzwald, der „**Wildsee**“ in Kaltenbronn. Durch eine gemütliche Wanderung gut zu erreichen, ist der Wildsee einer der größten noch existierenden Hochmoorseen in Süddeutschland.

Auch die Städte in der Region sind sehens- und erlebenswert. Die **deutsche Fachwerkstraße** führt durch weite Teile der Region und bietet u. a. mit **Calw** und **Alten-**

steig zwei besonders schöne Städte, die neben ihrer Architektur noch weitere Attraktionen zu bieten haben.

Freudenstadt, natürlich weithin bekannt für den **größten Marktplatz Deutschlands** (eigentlich sollte hier einst ein Schloss gebaut und die Residenz von Stuttgart in den Nordschwarzwald verlegt werden), bietet für einen Aufenthalt mit Schülern weitere Möglichkeiten (z. B. das **Erlebnismuseum „Experimenta“** und ein großes **Freizeitbad**).

Auch der Besuch einer Großstadt bietet sich in der Region Nordschwarzwald an. So kann man in **Pforzheim** (die „**Goldstadt**“ gilt als die Pforte zum Schwarzwald) in die fast zweitausendjährige Geschichte dieser Stadt eintauchen, so z. B. im Römermuseum Kappelhof, das den Beginn der Stadt als römische Siedlung an einer wichtigen Fernstraße zeigt. Sowie in die Zeit des Mittelalters, als Pforzheim die Hauptstadt von Baden-Durlach war und mit der Schlosskirche die Grablage des badischen Fürstenhauses besaß, bis hin zur größten Katastrophe, die die Bewohner der Stadt erleben mussten, der fast völligen Zerstörung Pforzheims am 23. Februar 1945, dokumentiert an vielen Orten in der Stadt (z. B. Wallberg).

Eine Woche Nordschwarzwald als Schullandheim – daraus kann man eine spannende Reise in eine Region Baden-Württembergs für Schülerinnen und Schüler machen.

Übernachtungsmöglichkeiten für Gruppen bieten sich an einigen Orten an. Hier eine (unvollständige) Auswahl von **Übernachtungsmöglichkeiten** in der Region Nordschwarzwald:

- Jugendherberge Freudenstadt
- Jugendherberge Forbach-Herrenwies
- Jugendherberge Pforzheim Dillweißenstein (in einer ehemaligen Burg)
- Burg Landschulheim Burg Hornberg (im Besitz von Forst BW mit speziellen naturkundlichen Angeboten)
- CVJM Ferienheim Wildberg



Die historische Entwicklung des Realschulwesens in Heilbronn

Teil 4



Die Entwicklung der Mittelschulen

Die Knaben- als auch die Mädchen-Mittelschule gingen in Heilbronn aus den sog. „Stadtschulen“ hervor. Da sich beide Schularten, Stadt- und Mittelschule, als eine Art „gehobene Volksschule“ aus dem evangelischen Volksschulwesen herausentwickelten, ist zunächst ein Blick auf das württembergische Volksschulwesen und dessen Gesetzgebung nötig. Das neue Volksschulgesetz vom September 1836 war das erste württembergische Staatsschulgesetz und regelte, unter Aufhebung aller früheren Vorschriften, das Volksschulwesen für das ganze Land Württemberg einheitlich und umfassend. Ganz in der Volksschultradition Württembergs wird hier der Zweck der Volksschule in der religiös-sittlichen Bildung sowie der Unterweisung in die „nöthigen allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten“, d. h. Lesen, Schreiben, deutsche Sprache, Rechnen und Singen gesehen. Diejenigen Unterrichtsgegenstände, die für das bürgerliche Leben von Nutzen waren (also die Realien), wurden auf die berufsschulische Fortsetzung der Volksschule, die sog. „Sonntagsschule“, übertragen. Zwar wurde in den Vorbereitungen des Gesetzes versucht, die Volksschule zu heben, indem die Realien in den Unterricht eingebracht

werden sollten, allerdings wurde bei Beschließung des Gesetzes der realistische Zusatzparagraph von der Ersten Ständekammer abgelehnt und der Weg zur Mittelschule damit zunächst verbaut.

Revolution 1848

Doch je mehr sich die soziale Bewegung dem Jahre 1848 näherte, desto reger kam eine Diskussion um die Volksschule und damit eine Differenzierung im mittleren Schulwesen (d. h. in Form einer gehobenen Stadt- oder Mittelschule) in Gang. Ein Grund hierfür war die Neuorientierung der ursprünglichen „Real-Schule“, hervorgerufen durch die Normalbestimmungen von 1835 und durch das preußische Berechtigungswesen, die eine Lücke im mittleren Schulbereich entstehen ließ, welche gefüllt werden musste. Gleichzeitig wurden die Realanstalten von zahlreichen Schülern besucht, die diese vorzeitig, mit 14 Jahren, verließen, um einen Beruf zu erlernen. Auch konnten nur diejenigen Schüler die Realanstalten besuchen, deren Eltern das Schulgeld aufbrachten. Den anderen blieb die Volksschule, welche jedoch, aufgrund ihres Katechese-Charakters, keine realistischen Fächer in ihrem Lehrplan führte und damit keine lebens- und berufsnahe Bildung vermittelte. Es musste also eine Art „Ersatzschule“ für die einstige „Real-Schule“ geschaffen werden, um denjenigen Schülern, deren Eltern nicht die finanziellen Mittel besaßen, um eine höhere Schule zu bezahlen, und die deshalb vorzeitig die Realanstalt verließen, die Möglichkeit einer realistischen Ausbildung zu geben.

Doch zunächst beendete die Niederschlagung der Revolution von 1848 auch die Diskussion um eine mittelständisch orientierte Schulform aus dem Raume der Volksschule. Mit der Rückkehr zum politischen Vormärz folgte eine reaktive Phase, die auch das Schulwesen betraf. Diese rückwärtsgewandte Schulpolitik zeigte sich besonders im evangelischen

Volksschulwesen. Hier sollten in der Lehrerausbildung die Fächer Geschichte, Naturgeschichte, Pädagogik und Didaktik entfallen, um die in den Lehrerstand Einfluss genommene, revolutionäre, politische Richtung zu unterbinden. So wurde unter anderem die Einführung des Lesebuchs, das zum allerersten Mal den Realienunterricht in die württembergische Volksschule bringen sollte, als ein Angriff auf das traditionelle Katechese-Schulideal gesehen. Auch im Volksschulgesetz von 1858 wurde auf das Mittelschulproblem von staatlicher Seite nicht eingegangen. Die Volksschule blieb damit eine Schule für die unteren Volksklassen.

Heilbronner Stadtschulen

Doch zeigten sich schon zu diesem Zeitpunkt (wie bereits bei der Entwicklung der „Realanstalt“ geschildert) politische und gesellschaftliche Veränderungen, welche die stürmische, wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Württembergs in den 1860er Jahren vorbereiteten. In diese Wende fiel auch die Gründung der Heilbronner Stadtschulen, indem erst die Mädchen-, dann die Knaben-Stadtschule Mitte des 19. Jahrhunderts eingerichtet wurden. Beide Schulen standen, auch räumlich, in enger Verbindung zur Volksschule. Schulinspektor war zunächst der Stadtpfarrer. Die Stadtschulen waren von den Städten gegründete, gehobene Volksschulen, die ein erweitertes Lehrziel anstrebten und in geringem Umfang Realien in ihrem Fächerkanon führten. Dabei hing in Heilbronn die zeitigere Gründung der Stadtschule für Mädchen und ihre höhere Schülerzahl damit zusammen, dass für die Jungen durch das Gymnasium und die Realanstalt für eine über die Volksschule hinausgehende Bildung gesorgt war, sodass geringeres Interesse an der Knaben-Stadtschule bestand. Wollten dagegen die Mädchen über die Volksschulziele hinauskommen, existierte für sie in Heilbronn nur die höhere Töchterschule. Diese verlangte ein höheres Schulgeld und viele Eltern waren nicht

bereit, für die Bildung ihrer Töchter große finanzielle Opfer zu erbringen. Allerdings führte das aufblühende Wirtschaftsleben Württembergs in den 1860er Jahren dazu, dass auch die Stadtschule für Mädchen den Erfordernissen der Zeit nicht mehr genügte. Eine Weiterentwicklung dieser Schulart wurde nötig.

Die erste gesetzliche Empfehlung der Mittelschule

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Württembergs gingen gesellschaftliche Veränderungen einher. Die Gewerbefreiheit ließ viele Menschen Handel und Gewerbe als Beruf ergreifen. Zum Eindringen des Arbeiterstandes und der Subalternbeamtenschaft in den Mittelstand, für die sich ein höheres Maß an Bildung mit sozialem Aufstieg verband, kam ein Wiedererwachen des politischen Lebens, indem sich die mittelständischen Kräfte in der 1864 gegründeten Volkspartei neu formierten. Dadurch belebte sich auch die Mittelschul-Idee im Raume der Volksschule wieder. Gleichzeitig kam auch die Diskussion um den realistischen Unterricht an der Volksschule wieder in Gang. Mit der Forderung nach realistischem Unterricht für die Volksschule bekundete sich ein Programm, das gegen das traditionelle Katechese-Schulideal der Volksschule gerichtet war. Auch im Landtag wurde nun an der bestehenden Volksschule und ihrem zum größten Teil aus Religion bestehenden Unterricht Kritik geübt. In Übereinstimmung dazu stand das Memorandum des württembergischen Volksschullehrervereins von 1862, das für die evangelische Volksschule neben dem Religionsunterricht allgemeine Fertigkeiten und Kenntnisse forderte, die für das bürgerliche Leben notwendig seien. Gleichzeitig erhoffte sich der Volksschullehrerstand mit der Errichtung von Mittelschulen einen sozialen Aufstieg. Außerdem barg eine Mittelschule, die aufgrund ihrer kommunalen Freiwilligkeit außerhalb der normalen Volksschulpflicht stand, auch ein

gewisses Maß an Selbstständigkeit gegenüber der kirchlichen Schulaufsicht. Die Kirche wehrte sich zwar heftigst gegen die Vorwürfe und sprach sich gegen die „profanen Fächer“ aus, allerdings bot eine Mittelschule für sie die Möglichkeit, die Realien an diese zu binden und der Volksschule den Katechese-Charakter zu belassen.

Zum Drängen der Lehrerverbände trat zudem auch der Unmut der Bevölkerung. So heißt es in einer Denkschrift von 1863: „Die außerordentlichen Fortschritte unsrer Zeit auf dem Gebiete der Industrie machen dem Handwerkerstand eine weitergehende Schulbildung zum unabweisbaren Bedürfnis. [...] Solche Knaben sollten besonders im Verständniß und Gebrauch der Muttersprache, im Rechnen und Geometrie, in den Realien und im Zeichnen weiter gebracht werden als ein gewöhnlicher Volksschüler. [...] Diesen Knaben genügt die Volksschule nicht und die Realschule entspricht nach ihrer Organisation ihrem Bedürfnis nicht.“ Schließlich nahm sich die Regierung der Mittelschul-Problematik an. Das Ergebnis war die amtliche Festlegung der Mittelschule im Juni 1864. In der Verfügung werden die Realien eingegrenzt auf: Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Naturlehre. (Später sollte noch das Zeichnen sowie eine Fremdsprache hinzukommen.) Angebahnt durch die Verfügung stieg die Zahl der Mittelschulen in Württemberg stark an. Bedingt wurde die Entwicklung aber auch durch die Anpassung Württembergs v. a. an Preußen, das im Zuge der Schulreform von 1872 das Mittelschulwesen auf gesetzlichen Boden gestellt und alle mittleren Unterrichtsanstalten unter dem Namen „Mittelschule“ zusammengefasst hatte. Aber auch das Königreich Sachsen legte in seinem Volksschulgesetz von 1873 eine höhere Volksschule fest.

In dieser Entwicklung zeigt sich aber auch der industrielle Anschlusswille Württembergs an das übrige Deutschland. Der wirtschaftliche Aufschwung ließ den Anteil an Industriebeschäftigten stark ansteigen.

Das Bildungsstreben als Grundlage des sozialen Erfolgs und Aufstiegs, welches in den Arbeiterbildungsvereinen in den 1860er Jahren begann, setzte sich nun als bestimmend durch. Dabei bestand für die Knaben-Mittelschule zunächst kein besonderes Bedürfnis, da die reiche Versorgung des Landes mit Latein- und Realanstalten für eine über die Volksschule hinausgehende Bildung der Jungen sorgte.

Mädchenmittelschulen in Württemberg

Anders verhielt es sich bei den Mädchen-Mittelschulen. Diese verbreiteten sich durch das Aufblühen von Handel und Gewerbe schnell. Das gewerbeständische Interesse an Mädchenmittelschulen zeigt sich gut an einem Artikel des Stuttgarter Gewerbevereins aus dem Jahre 1858, der sich für die Errichtung solcher Schulen einsetzte, indem es dort heißt: „Die neuere Entwicklung in der Industrie, die auch das Kleingewerbe zu massenhafter Produktion, zu fabrikmäßigem Betriebe in beschränkterem Kreise drängt, hat einen Mangel in der Schulbildung des weiblichen Geschlechts aufgedeckt, der mit jedem Tag fühlbarer wird. Der Gewerbsmann muß, will er die absolut notwendige Uebersicht über den Gang seines Geschäfts behalten, zu ordentlicher Buchführung seine Zuflucht nehmen; allein er selbst findet hiezu nur selten die Zeit, soll nicht unter der Schreiberei der eigentliche Betrieb Noth leiden; die Anstellung eines eigen hiezu qualificirten Mannes wäre zu kostspielig, und wenn er so schließlich seine Zuflucht bei der Frau oder bei den Töchtern nehmen will, so fehlt es hier am Geschick, leider aber und gewöhnlich schon am Sinn für die Bedeutung dieser Art von Beschäftigung.“ Im Folgenden wird kritisiert, dass die Mädchen in der gewöhnlichen Volksschule nur Unterricht in Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen erhielten und die Fertigkeiten auf einem zu niederen Grade stehen blieben: „Nach der Konfirmation aber ruht vollends Alles; das Mädchen

Die historische Entwicklung des Realschulwesens in Heilbronn

Teil 4

lernt jetzt [...] nähen, Kleider machen und die sogenannten feineren Arbeiten, und entfremdet sich damit stufenweise immer mehr dem Gewerbe des Vaters und ihrem Stande, statt ihm mit der Entwicklung zur Selbständigkeit mehr und mehr in sich aufzunehmen und so zur Stütze des Vaters und künftigen Mannes zu werden.“

Eindeutig zeigt sich hier der Unterschied zur bestehenden höheren Töchterschule. War dort das Ziel, die Mädchen in Form der Hausfrau, Mutter und Ehegattin zu Repräsentantinnen der Honoratiorenfamilie auszubilden, so lag bei der Mädchen-Mittelschule ein gewerbständisches Interesse vor. Die Mädchen-Mittelschule bildete damit die Parallele zur Realschule auf der Seite des weiblichen Erziehungswesens.

Gründung der Mädchen-Mittelschule in Heilbronn

Auch in Heilbronn wollte man den Anforderungen der Mädchen aus mittleren und einfachen Kreisen Rechnung tragen und eine zeitgemäße Schule gründen. 1876 wurde die Stadtschule in eine Mädchen-Mittelschule umgewandelt. Diese umfasste zunächst sieben, dann acht Klassen. Im Unterschied zur Volksschule wählte sie ihre Schülerinnen aus und begrenzte ihre Klassenstärke auf 40 Schülerinnen pro Klasse. Außerdem besaß sie einen umfangreicheren und vertiefteren Lehrplan als die Volksschule. Darin nahm der Unterricht in der deutschen Sprache einen breiten Raum ein. Sie pflegte wie die Realanstalt besonders den Unterricht in den Realien und erhob eine Fremdsprache, das Französische, zum verbindlichen Unterrichtsfach. Dazu trat der Unterricht in Handarbeit.

Gründung der Heilbronner Knaben-Mittelschule

Die Gründung der Mittelschule für Jungen erfolgte in Heilbronn erst ca. 17 Jahre nach Einrichtung der Mädchen-Mittelschule. Trotz dürftiger Quellenlage lässt sich auch hier rekonstruieren, dass die Gründung der



Knaben-Mittelschule zu jenem Zeitpunkt erfolgte, als die Realanstalt ihre Umwandlung zur Oberrealschule vollzog und damit endgültig den mittleren Bildungsbereich verließ, um sich als höhere allgemeinbildende Schule mit dem Recht der Verleihung von Reifezeugnissen neben das Gymnasium stellte.

Damit hinterließ die einstige „Real-Schule“, die sich ursprünglich zwischen Volksschule und Gymnasium befand, eine Lücke im Schulwesen, die durch den Ausbau der Knaben-Stadtschule zur Mittelschule für Knaben geschlossen wurde. An einem Stundenplan aus dem Jahre 1867 lässt sich erkennen, dass der Unterricht die Fächer Biblische Geschichte, Religion, Bibellesen, Memorieren, Kinderlehre, deklamatorisches Lesen, Diktierschreiben, Aufsatz, deutsche Sprache, Geschichte, Geographie, Naturkunde, Rechnen, Geometrie, Zeichnen, Singen und Schreiben umfasste, wobei die Schulung der technischen Fertigkeiten den größten Raum einnahm.

Anpassung und Entwicklung der Mittelschulen im Einfluss des preußischen Berichtungswesens

Aufgrund der Tatsache, dass das Berechtigungsprinzip Schulrecht mit dem Soldaten-

und Beamtenrecht verzahnte, entschied es über die Rolle und Anerkennung einer Schulart gegenüber der Gesellschaft. Die Anpassung Württembergs an das preußische Berechtigungswesen im mittleren Schulraum in Form der sechsklassigen Realschule machte den Mittelschulen zu schaffen. So ging die Zahl der Mittelschulen in Württemberg von 1892 bis 1914 zurück. Um ihre Existenz zu sichern, war es für die Mittelschulen nun eine dringende Aufgabe, ihr Profil als eigenständige, weiterführende mittlere Schulform stärker herauszuarbeiten, um den Berechtigungsnachweis und damit die gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen. Dabei hatte es die württembergische Mittelschule viel schwerer als die preußische, denn in Württemberg war die Abhängigkeit von der Volksschule viel stärker. So galt für sie weiterhin, dass sie nur einen über die Volksschule hinausreichenden Unterricht erteilen sollte. Erschwert wurde ihre Profilierung durch eine Ministerialverfügung von 1895, die zwar die Fortbildungsschulpflicht für Schüler aufhob, die eine über die Volksschule hinausgehende höhere Bildung erreicht hatten, doch die Mittelschulen weiterhin von dieser „Dispensierberechtigung“ ausschloss.

Aufgrund einer Beschwerde des Esslinger Gemeinderats gab es 1896 einen weiteren

Erlass, der die Mittelschulen zwar als eine höhere Stufe der Volksschule, nicht aber eine von dieser getrennten Schule festlegte. Hinzu kam, dass die Sozialdemokraten den Boden der Standesschule des 19. Jahrhunderts verließen und eine demokratische Schule forderten. Anstelle der Mittelschule verlangten sie eine gehobene Einheitsschule. Im Gegensatz dazu standen die Verfechter der mittelschulischen Selbstständigkeit, die der Volkspartei nahestanden und eine vollständige Trennung von Mittel- und Volksschule verlangten. Die Regierung nahm zwischen beiden Positionen eine vermittelnde Stellung ein, indem sie die Mittelschulen anerkannte, sie aber ausschließlich im Rahmen der Volksschule sah und eine eigene Schulaufsicht ablehnte. Sie verwies darauf, dass es den einzelnen Gemeinden freistehe, den Lehrplan zu erweitern.

Die Abwendung vom Standesschulprinzip, welches die Sozialdemokraten forderten, führte dazu, dass die Verfechter einer selbstständigen Mittelschule ihre Forderung mit dem Nachweis besonderer Unterrichtsfächer, welche diese Schulart bot, begründeten und die didaktische Seite besonders betonten. So wurde das Bestehen der Mittelschule darauf zurückgeführt, dass die Gemeinden wegen des erweiterten Unterrichts in den Realien, im Zeichnen bzw. Handarbeiten und einer Fremdsprache diese Schulen gegründet hätten. Doch auch das Volksschulgesetz von 1909 beließ die Mittelschulen weiterhin als gehobene Volksschulen.

Die Mittelschulen in der Zeit der Weimarer Republik

Durch die Weimarer Reichsverfassung wurde das gesamte Schulwesen unter die Aufsicht des Staates gestellt. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule sollte das mittlere und höhere Schulwesen aufbauen. Zunächst erfuhr jedoch nur die Grundschule eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung, während die Gestaltung der mittleren Schule den einzelnen Ländern freigestellt wurde. Dennoch wurde

damit die mittlere Schulentwicklung in Württemberg aus ihrem isolierten Dasein herausgehoben.

An den Heilbronner Mittelschulen wurde nach dem Ersten Weltkrieg der Besuch der achten Klasse zur Pflicht. Durch Einrichtung der Grundschule entfiel jedoch der vierjährige Unterbau. Für den Eintritt in die Mittelschulen war das Bestehen einer Aufnahmeprüfung erforderlich. Aufgrund eines Beschlusses des Elternrats entschloss sich auch der Gemeinderat 1923 sowohl in der Knaben- als auch in der Mädchen-Mittelschule ein neuntes Schuljahr einzuführen. Von ihr ist bekannt, dass in dieser Klasse u. a. Unterricht in Hauswirtschaft, einfacher Buchführung, Maschinenschreiben und Kurzschrift erteilt wurde. Der Besuch dieser Klasse war zeitweise so stark, dass eine Parallelklasse eingerichtet wurde.

Das Jahr 1926

Im Jahre 1926 erhielt dann die württembergische Mittelschule einen neuen Lehrplan, welcher zum ersten Mal einheitliche Lehraufgaben für diesen Schulzug festlegte. Dieser Erlass von 1926 brachte der Mittelschule als Normalform einen fünfklassigen Aufbau. Gleichzeitig war damit die „Dispensierberechtigung“ verbunden, was bedeutete, dass nun auch die Mittelschüler von einer allgemeinen Fortbildungsschulpflicht befreit waren, wenn sie eine fünfklassige Mittelschule erfolgreich beendeten. Somit wurde endlich auch der Mittelschule diejenige Aufmerksamkeit zuteil, die sie benötigte, um ihre Position als alleinige Vertreterin im mittleren Schulbereich zu stärken.

Der Lehrplan von 1926 führt weiter aus, dass die Mittelschulen für begabte Kinder gedacht seien, die eine vertiefte, über das Ziel der Volksschule hinausgehende Bildung erlangen möchten. Dabei umfasste die vorgeschriebene Stundentafel für Knaben- und Mädchen-Mittelschulen die Fächer: Religion, Deutsch, Geschichte mit Staatsbürgerkunde, Erd- und Heimatkunde, eine verpflichtende Fremdsprache

(nun Englisch für Mädchen, Französisch für Jungen), Rechnen und Raumlehre, Naturkunde, Bildhaftes Gestalten, Singen, Musikpflege und Leibesübungen. Dazu kamen in der Oberstufe Kurzschrift und für begabte Schüler eine zweite Fremdsprache. Die Mädchen besaßen als verpflichtendes Fach noch Handarbeiten. Als freiwillige Fächer wurden für sie in der letzten Klasse zusätzlich Hauswirtschaft und Maschinenschreiben angeboten. Allerdings war es den Mädchen untersagt, mehr als ein freiwilliges Fach zu wählen. Die Jungen konnten hingegen als freiwilliges Fach noch Werkunterricht hinzunehmen.

Aber auch in den allgemeinen Fächern bestanden neben den Fremdsprachen Unterschiede zwischen der Mädchen- und Knaben-Mittelschule. Beispielsweise waren für Jungen im Rechenunterricht das Rechnen von allgemeinen Größen, Arithmetik, Funktionen usw. vorgesehen, während derjenige der Mädchen fast ausschließlich auf der „Berechnung zum Aufdecken von Ersparismöglichkeiten im Haushalt unter weitgehender Verwendung des Prozentrechnens“ ausgelegt war. Dazu gehörten Themen wie „Einkauf im Kleinen und Großen“, „Rentabilität der Selbstversorgung“ (Gartenbau, Kleintierzucht, Eigenhaus oder Miete usw.), „die vorteilhafteste Beleuchtung“, „das zweckmäßigste Brennmaterial“ sowie das Erstellen eines Haushaltsplans und die Führung eines Wirtschaftsbuchs. Dazu kamen „Berechnungen über die verschiedensten Möglichkeiten, Geld anzulegen“.

Ringen um den Berechtigungsnachweis

Aus Zeitungsberichten geht hervor, dass nicht nur in Heilbronn, sondern auch in Württemberg die Mittelschulen mit großen Problemen zu kämpfen hatten. Diese Schulen erfuhren einen starken Rückgang an Schülern. Als Ursache sah man den Geburtenrückgang, den Zuwachs an akademischen Berufen, der die Schüler dazu bewege, verstärkt die höheren

Die historische Entwicklung des Realschulwesens in Heilbronn

Teil 4

Schulen zu besuchen, aber auch den Ausbau der höheren Handelsschule. Hauptursache blieb jedoch weiterhin die Tatsache, dass immer mehr Schüler die höheren Schulen besuchten, weil weiterhin nur dort der Berechtigungsnachweis der mittleren Reife erlangt werden konnte. Dabei wurde scharfe Kritik am Berechtigungswesen geübt, auch in Heilbronn. Man monierte, dass die für die mittlere Laufbahn im Staats- und Gemeindedienst und für die kaufmännischen Berufe geforderte Berechtigung der mittleren Reife zu einem großen Andrang an den höheren Schulen geführt habe und tüchtigen Mittelschülern den Weg in diese Berufe versperre. Einer weiteren Entvölkerung der Mittelschulen müsse entgegengewirkt und den wirtschaftlich schwächeren Volksschichten eine Schulbildung vermittelt werden, die über die Ziele der Volksschule hinausginge und zur mittleren Reife führe. Auch in den Frauenberufen wurde verstärkt die mittlere Reife gefordert.

Deshalb versammelten sich in Heilbronn bereits 1924 die Eltern der Schülerinnen der Mädchen-Mittelschule, um „eine gemeinschaftliche Abwehr gegen den drohenden Abbau der Mittelschulen“ zu organisieren.

Nach Stuttgarter Vorbild wurde ein Elternverein gebildet, dem sich auch bald die Elternschaft der Knabenmittelschule anschloss. Auch der Heilbronner Gemeinderat sprach sich Anfang 1925 für den Erhalt der Mittelschulen in der Stadt aus und wollte sogar noch eine zehnte Klasse zur Erlangung der mittleren Reife einführen. Als Begründung wurde ausgeführt, dass die höheren Schulen in erster Linie für die wissenschaftliche Ausbildung bestimmt und in der Hauptsache nur den Kindern begüterter Kreise zugänglich seien, während die Mittelschule dem Bedürfnis „nach einer gediegenen, über die Ziele der Volksschule hinausgehenden, dem praktischen Leben Rechnung tragenden, abgeschlossenen Schulbildung entsprächen“. Hauptsächlich würden die Mittelschulen „von Kindern der Kleingewerbetreibenden, unteren und mittleren Beamten, der Weingärtner und Arbeiter besucht“. Doch nicht nur der evangelische Ortsschulrat, auch die Unterrichtsverwaltung sprachen sich zunächst gegen die Pläne aus und wollten die Mittelschulen nicht als eigenständige, sondern als gehobene Volksschulen in Heilbronn belassen.

Der Kampf der Heilbronner Mittelschulen

Doch der Konkurrenzkampf zwischen den Heilbronner Mittelschulen und der sechsklassigen Real-Schule und der nun bestehenden Mädchen-Real-Schule als höhere Schularten spitzte sich 1927 zu. Ausschlaggebend war das Vorhaben an den beiden höheren Real-Schulen sog. „B-Züge“ mit nur einer Fremdsprache einzuführen, die ebenfalls zur mittleren Reife führen sollten. Man befürchtete vor allem vonseiten der Eltern eine Benachteiligung der Mittelschulen, die noch immer nicht zur mittleren Reife führen durften. Erneut bat der Vorsitzende des Elternvereins der Mittelschule darum, diese zu sechsklassigen Anstalten mit dem Abschluss der mittleren Reife auszubauen, um deren Bestand zu sichern. Allerdings kam die Verwaltungsabteilung zu keiner Entscheidung und veranlasste eine Umfrage bei anderen Städten. Da sich auch hier kein einheitliches Bild ergab, man sich aber ein einheitliches Vorgehen wünschte, bat der Heilbronner Gemeinderat den Württembergischen Städterrat um Hilfe und vertagte die Entscheidung. So erfolgten erst im Jahr 1929 Veränderungen, nachdem die Elternschaft erneut darum bat. Nun erklärte sich auch der evangelische Ortsschulrat mit der Errichtung von Aufbauklassen, die mit der mittleren Reife abschließen sollten, einverstanden. Und auch die Verwaltungsabteilung befürwortete nun den Antrag. Nachdem auch der Gemeinderat und das Kultusministerium die Einrichtung von Aufbauklassen genehmigten, wurden die Heilbronner Mittelschulen, nach langem Ringen, zu voll ausgebauten sechsklassigen Anstalten mit dem Recht, die mittlere Reife zu verleihen. Die Schülerzahlen stiegen ab diesem Zeitpunkt wieder an.

Die Mittelschulen unter dem Nationalsozialismus

Auch die Mittelschulen erfuhren durch die Schulreform des nationalsozialistischen Staates eine reichseinheitliche Neuordnung. Englisch wurde Pflichtfremdsprache



und in den oberen Klassen wurde wahlfrei eine zweite Fremdsprache angeboten. An der Heilbronner Mädchen-Mittelschule war dies Französisch. An den Knaben-Mittelschulen wurden neben den mathematisch-naturwissenschaftlichen die technisch-werklichen Fächer betont. Doch die Mittelschulen bestanden nur noch kurze Zeit. Per Gesetz wurde ab 1943 nach dem Vorgang Österreichs und dem Sudetenland zur Förderung von begabten Schulen die „Hauptschule“ angeordnet, die auf die vierjährige Volksschule aufbaute. Ab 1942/43 begann in Württemberg und damit auch in Heilbronn die Umwandlung der Mittel – in die „Hauptschule“. Doch schon 1944 fielen die Heilbronner Schulgebäude der Mittelschule dem Bombenangriff englischer Flieger zum Opfer und der Schulbetrieb wurde zunächst eingestellt. Der Bombenangriff vom 4. Dezember 1944 zerstörte 80% der Stadt Heilbronn, darunter auch die Schulgebäude der beschriebenen Schulen.

Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach vielen Widrigkeiten infolge des Zweiten Weltkriegs konnte in Heilbronn im Oktober 1945 der Unterricht wieder beginnen und die „Hauptschulen“ wurden wieder in Mittelschulen umgewandelt. Die Rückkehr geflohener Heilbronner und die Zahl der Heimatvertriebenen ließen die Einwohner- und damit auch die Schülerzahl wieder anwachsen. Hinzu kam eine höhere Wertung des Abschlusszeugnisses der Mittelschule und die Tatsache, dass die Mittelschule die billigste aller weiterführenden Schulen darstellte. Diese Tatsachen zwangen die Stadt Heilbronn zu weiteren Neubauten und Gründung neuer Mittelschulen. 1955 erfolgte das Düsseldorfer Abkommen der Länder zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens, im Jahre 1963 wurde der Lehrplan der württembergischen Mittelschulen neu geregelt und seit 1963/64 wird ein Abschlusszeugnis aufgrund einer besonderen Prüfung erteilt.

Durch das Hamburger Abkommen von 1964 wurden alle mittleren Schulen als „Realschulen“ bezeichnet (in Württemberg ab 1967).

Noch heute bestehen in Heilbronn die beschriebenen Knaben- und Mädchen-Mittelschulen in Form der „Dammrealschule“, der „Mörrike-Realschule“ und der „Helene-Lange-Realschule“. An allen drei Schulen wurde mit dem Schuljahr 1979/80 die Koedukation eingeführt.

Schlussbetrachtung

Mag sich auch ein Bedeutungswandel in den einzelnen Begriffen und dem von ihnen Begriffenen vollzogen haben, indem man unter der heutigen Realschule etwas ganz anderes versteht als unter den „Real-Schulen“ des 18. und 19. Jahrhunderts, so bietet die heutige Realschule noch immer, insbesondere in ihren Wahlpflichtfächern, ein realistisches Bildungsanliegen, noch immer ist die Berufsbezogenheit ein Element ihres Bildungsverständnisses. Noch heute vereint sie Theorie und Praxis, berücksichtigt Lebenswirklichkeit und Wissenschaft und leistet damit einen Beitrag zur Verbindung von Wort und Sache, Abstraktion und Anschauung sowie Denken und Tun. Trotz des Begriffswandels besitzt die Realschule, heute wie damals, einen ausgeprägten Bezug zur Wirklichkeit, der ein Prinzip der Arbeit dieser Schulform war und ist. Zurecht erhielt deshalb die einstige Mittelschule ab 1967 in Württemberg den Namen „Realschule“ und knüpfte damit wieder an ihre große Tradition an. Beispielhaft zeigt sich an Heilbronn, wie sich die heutige baden-württembergische Realschule entwickelte und welche Kämpfe sie auszufechten hatte. Teilweise erinnern die Konflikte an heutige Auseinandersetzungen. Verfolgt man den Weg dieser Schulform, sieht man, dass auch die baden-württembergische Realschule auf eine sehr lange und erfolgreiche Geschichte zurückblicken kann. Dabei entsprang ihre Einrichtung keiner ideologisch behafteten Idee. Sie



stellt keine künstlich von oben im Top-Down-Prinzip installierte Schulart dar, sondern entstand aus einem echten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnis heraus. Schüler sollten nicht mehr lebensfern, sondern realitätsnah unterrichtet werden. Dies geschah u. a. unter Hinzunahme der Realien in den Fächerkanon. Auf Grundlage der Verzahnung von Theorie und Praxis sollten lebensnah geschulte, gut ausgebildete Absolventen die Schulform verlassen. Als sich die ursprünglichen „Real-Schulen“ zu höheren Lehranstalten entwickelten, wurde auch in Heilbronn der Ruf nach Mittelschulen laut, die dann den mittleren Bildungsbereich endgültig eigenständig übernehmen. In ihrer Beliebtheit hat diese Schulform in Baden-Württemberg an nichts eingebüßt; heutige Anmeldezahlen beweisen dies weiterhin eindrücklich. Auch der Wunsch der Wirtschaft, der Industrie, des Handwerks und des Handels nach Realschülern, als Garanten für die Fachkräfte von morgen, ist ungebrochen, nicht zuletzt sichtbar am Süddeutschen Realschultag. Dennoch wurde und wird ohne Not Hand angelegt an diese, zudem noch kostengünstig arbeitende, traditionsreiche Schulart. Das Profil der Realschule wird mehr und mehr verwässert, ihr ursprüngliches Profil entkernt. Was droht, ist die Zerstörung eines Erfolgsmodells, was bleibt ist wieder eine Lücke.

(Zusammenfassung aus: Curth, Kerstin: Die historische Entwicklung des Realschulwesens in Heilbronn bis zum Zweiten Weltkrieg, 1998 / Stadtarchiv Heilbronn)



Interview mit Katrin Steinhülb-Joos

Schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg

Mit der Landespolitik im Gespräch

Im letzten Jahr haben wir mit unserer Interviewreihe „Mit der Landespolitik im Gespräch“ begonnen. In jeder Ausgabe des „realist“ wird bis 2024 eine weitere Fraktion des Landtages von Baden-Württemberg unsere Fragen beantworten.

Wir orientieren uns dabei an der Fraktionsstärke, allerdings in umgekehrter Reihenfolge. Aus diesem Grund haben wir im Mai 2022 mit der kleinsten Fraktion im Landtag begonnen. Nun folgt die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Die SPD hat bei der letzten Landtagswahl 11% der Stimmen erreicht und stellt 19 Abgeordnete im Landtag.

Das Gespräch führten wir mit der schulpolitischen Sprecherin der SPD, Katrin Steinhülb-Joos.

Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgt dabei getreu unserer Satzung, die in § 4 „Zweck und Aufgaben“ unter Absatz 3 festhält:

„Der RLV arbeitet nach demokratischen Grundsätzen, er ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.“

In den nächsten beiden Ausgaben folgen die beiden stärksten Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg.

„ Welche Schularten sich durchsetzen,
bestimmt die Gesellschaft. “

Katrin Steinhülb-Joos



REALIST: Frau Steinhülb-Joos, welchen Stellenwert hat die Realschule im baden-württembergischen Schulsystem für Sie?

Die Realschule hat die große Aufgabe, Schüler*innen bestmöglich auf die Zukunft vorzubereiten und ihnen eine gute Berufsorientierung zu ermöglichen. Ich erlebe Realschulen, die sehr gute Arbeit leisten, sehr innovativ die Schüler*innen dort abholen, wo sie stehen und eine sehr gute Vorbereitung auf den Abschluss umsetzen. Die Realschule ist für mich eine Schulart, die neben dem Gymnasium, der Hauptschule/Werkrealschule und der Gemeinschaftsschule die wichtige Aufgabe hat, Schüler*innen, die sich für die Realschule entschieden haben, differenziert zu fördern, damit nach dem Realschulabschluss oder Hauptschulabschluss alle Wege offenstehen. Neben dem Gymnasium, das mit 44 Prozent Übergangsquote die stärkste Schulart ist, zeigt die Realschule eine Übergangsquote von 33 Prozent und ist damit zweitstärkste Schulart.

Ich finde es eine Überlegung wert, den Realschulen eventuell ebenfalls das E-Niveau zu ermöglichen. Ich vertrete die Ansicht, dass alle Schularten so gerüstet sein müssen, heterogenen Schülerschaften, die es in allen Schularten gibt, differenziert begegnen zu können.

REALIST: In dieser Legislaturperiode kam es zu Umstrukturierungsmaßnahmen im Kultusministerium. Dabei wurde u.a. das eigenständige Realschulreferat abgeschafft. Wir vom RLV sehen darin einen Angriff auf die Eigenständigkeit der Realschule. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme?

Ich sehe die Notwendigkeit alle Schularten qualitativ hochwertig auszustatten. Alle Schularten sollen so begleitet werden, dass sie das Handwerkszeug besitzen, heterogenen Gruppen gut begegnen zu können. Alle Schularten benötigen entsprechende Fortbildungen, den Blick auf Differenzierung und Tiefenstrukturen, den Blick auf Qualitätsmerkmale des Unterrichts und den Blick auf die Berufsorientierung. Da der Blick auf das gerichtet werden muss, was die Schüler*innen von heute an Ressource, sozialen Kompetenzen, lernförderlichen Leistungsrückmeldungen benötigen, sehe ich gewisse Synergieeffekte bei der Bündelung der Themenfelder, die ggf. von einem Referat organisiert werden. Die Eigenständigkeit der Schulen zeigt sich in meinen Augen in der Auswahl und Einstellung der Lehrkräfte und in der Entscheidung über pädagogische Profilbildungen. Ich durfte vor kurzem zusammen mit dem Arbeitskreis Bildung meiner Fraktion Hamburg besuchen. Die Schulen dort haben eine große Eigenverantwortlichkeit, sie entscheiden selbst, in welches Personal sie investierten, wen und welche Anzahl sie einstellen wollen, auch über professionelle Teams.

Wichtig finde ich, dass eine Realschule gesehen wird, positives erkannt und benannt wird, und ggf. die notwendige Unterstützung erhält, die sie spezifisch einfordert, um sich bestimmten Schwerpunkten zu widmen. Von welcher Behörde aus die Unterstützung kommt, ist für mich zweitrangig, wichtig ist, dass diese verbindlich, kontinuierlich und gewinnbringend gewährleistet ist.

REALIST: Sie sprachen gerade von Hamburg, dort gibt es ja seit vielen Jahren keine Realschulen mehr. Die dortigen „Stadtteilschulen“ haben die Haupt- und Realschulen ersetzt und entsprechen teilweise der Gemeinschaftsschule in BW. Auch Ihre Partei hat 2011, nachdem die

SPD erstmals die Verantwortung im Kultusministerium übernommen hatte, alles daran gesetzt die Realschule abzuschaffen und ein Einheitssystem einzuführen. Jetzt höre ich aus Ihren Antworten ein „leises Bekenntnis“ zum Erhalt der Realschule heraus. Ist das so? Möchte die SPD die Realschule in BW nicht mehr abschaffen?

Welche Schularten sich durchsetzen, bestimmt die Gesellschaft. Beispiel Hauptschule, in der sehr gute Pädagogische Arbeit geleistet wurde. Doch trotz aller Reformversuche, die Hauptschule zu retten, (siehe Modelle 7+3, 9+1, ...) konnte sie sich gesellschaftlich nicht durchsetzen. Damals wurde sehr viel Geld investiert, um die Hauptschule zu retten. Ich konnte es selbst erleben, wie sich Hauptschülerinnen und Hauptschüler beispielsweise für ein Praktikum vorgestellt haben und sofort eine mündliche Zusage erhalten haben, als sie jedoch ihr Zeugnis nachgereicht haben auf welchem „Hauptschule“ stand, wurde ihnen wieder abgesagt! Die Eltern stimmen mit den Füßen ab, obwohl so viel investiert wurde, um ihnen glaubhaft zu machen, ein Hauptschulabschluss sei viel wert. Die Realschulen hatten früher dieselbe Übergangsquote nach der Grundschule, wie das Gymnasium. Auch wenn sie immer noch den zweithöchsten Übertritt vorzuweisen haben, verzeichnen sie trotz ihres pädagogischen Engagements in den letzten Jahren Rückgänge (2012/13 37,1 Prozent, 2022/23 33 Prozent). Die Übergangsquote auf das Gymnasium hat ca. 14 Prozent zugenommen seit 1995/96 auf nun 45 Prozent im Jahr 2022/23! Die Gesellschaft ist schwer zu beeinflussen, der Trend zu Akademisierung ist trotz aller Versuche, die Vorteile von Ausbildungen zu vermitteln, bisher nicht erfolgreich. Dies bekommen alle Schularten und vor allem bekommt dies unsere Gesellschaft in Form eines Fachkräftemangels zu spüren.

Zu Ihrer Frage, ob die SPD die Realschule abschaffen möchte, darf ich Ihnen sagen,

dass der Ansatz unserer SPD- Landtagsfraktion sich ausschließlich auf die Verbesserung der Qualität und die Verbesserung der schulischen und individuellen unterrichtlichen Unterstützungsmöglichkeiten fokussiert, wie auch auf die bestmögliche Berufsorientierung. Wir verstehen diese als Aufgaben aller Schularten.

REALIST: Die von Ihnen angesprochene Einführung eines E-Niveaus an der Realschule klingt jedoch wieder verdächtig nach dem Plan, der ab 2011 von der Grün-Roten Landesregierung verfolgt wurde. Damals hieß es, dass die Realschulen sich „weiterentwickeln“ müssen, letztlich war damit aus unserer Sicht und der Sicht nahezu aller Realschulen aber gemeint, dass aus der „Weiterentwicklung“ eine Abwicklung der Realschule folgen sollte. Warum ein E-Niveau? Es gibt doch bereits viele Wege in Baden-Württemberg zum Abitur. Das äußerst erfolgreiche G9-Modell mit sechs Jahren Realschule und den beruflichen Gymnasien, ein ganz besonders erfolgreiches baden-württembergisches Erfolgsmodell, das den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg über viele Jahrzehnte erfolgreich gemacht hat, wird hierbei nie thematisiert. Unseren Schülerinnen und Schülern stehen doch nach der Realschule alle Wege offen?

Aktuell gibt es keine Pläne und keine Vorschläge der Landesregierung in Richtung E-Niveau für die Realschulen. Sollte die Einführung von G9 umgesetzt werden, könnte sich diese Entwicklung möglicherweise auf die Realschulen auswirken. Der Prozentsatz mit Gymnasialempfehlung, die sich doch eher für die Realschule entschieden haben, könnten sich dann für das Gymnasium entscheiden, was sich vermutlich negativ auf den Übergang in die Realschule auswirken könnte. Ich halte es persönlich für wichtig, verschiedene



Interview mit Katrin Steinhülb-Joos

Schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Überlegungen und Ideen mit Personen aus der Praxis durchzudenken und sich proaktiv mit verschiedenen Möglichkeiten auseinanderzusetzen.

REALIST: Aktuell wird über eine Vielzahl von „Baustellen“ im Bildungsbereich gesprochen. Wir beide wissen (Sie waren ja viele Jahre lang Lehrerin und Schulleiterin einer Gemeinschaftsschule in Stuttgart, verfügen also, im Gegensatz zu manch anderen Politikerinnen und Politikern, die über Bildungspolitik reden und auch Verantwortung tragen, über die notwendigen Erfahrungen), dass diese Probleme nicht „über Nacht“ aufgetaucht sind, sondern schon viele Jahre existieren. Welche Probleme oder Herausforderungen sind für Sie aktuell die dringlichsten, die es in Baden-Württemberg zu lösen gilt? Welche Lösungsansätze hat hier die SPD?

Die größte Herausforderung ist derzeit der Lehrkräfte- und Fachkräftemangel. Hier gilt alles dranzusetzen, um mehr Personen in den Schuldienst zu bekommen. Alle Schularten leiden unter zu viel Unterrichtsausfall ohne entsprechende Krankheitsstellvertretungen. An Ganztageschulen, welche die Kinder trotz ausfallender Lehrkräfte beaufsichtigen müssen und die Kinder nicht nach Hause schicken können, sondern unter allen Umständen an der Schule behalten, tritt das Problem besonders eklatant auf. Lehrkräfte fehlen vor allem für die Grundschulen und für die naturwissenschaftlichen Fächer. Wir als SPD fordern schon lange, die Studienplätze aufzustocken. Leider hat man in den letzten Jahren versäumt, mehr Lehrkräfte auszubilden. Jetzt kommen wir in eine Situation, in der teilweise nicht mehr genügend Interessenten für das Lehramtsstudium vorhanden sind. Im Grundschulbereich gibt es noch Hochschulen, die mehr Bewerber*innen verzeichnen können als Plätze. An dieser Stelle wäre es aus meiner

Sicht unmittelbar notwendig aufzustocken, solange Interesse für den Beruf besteht.

Das Thema Weiterqualifizierung von Quereinsteiger*innen wurde in den letzten Jahren ebenfalls vernachlässigt. Wir haben zahlreiche Personen, die seit Jahren an den Schulen tätig sind, beispielsweise Nichterfüller*innen in den Vorbereitungsklassen, die man hätte berufsbegleitend qualifizieren können.

Für besonders dringlich halten wir die Anhebung der Grundschullehrkräfte auf A13/E13, um die Attraktivität des Berufes zu steigern und Wertschätzung gegenüber dem anspruchsvollen Beruf der Grundschullehrkraft aufzubringen.

Aus unserer sozialdemokratischen Sicht heraus, sehen wir die Notwendigkeit, eine sozialdatenatlasbezogene Ressourcenzuweisung unmittelbar und flächendeckend umzusetzen. Eine Umsetzung an wenigen Modellschulen und eine entsprechende vierjährige Versuchsphase halten wir in Anbetracht der nicht zufriedenstellenden Ergebnisse bei IQB für nicht zielführend. Eine Umsetzung der sozialdatenatlasbezogenen Ressourcenzuweisung kann unserer Meinung nicht nur über die Monetarisierung geschehen, sondern auch über eine höhere Ressourcenzuweisung. Dies wäre im Moment nur mit einer sozialen Umverteilung möglich, das heißt Schulen mit entsprechendem Sozialindex würden mehr Ressourcen erhalten.

Das Thema Inklusion hätte schon längst mehr Aufmerksamkeit verdient. Alle Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Anspruch haben das Recht auf eine entsprechende Unterstützung. Wir finden es bedauerlich, dass erst jetzt daran gedacht wird Studienplätze zu erhöhen.

Das Thema multiprofessionelle Teams bringt zusätzliches Personal an die Schulen, doch auch hier ist die Umsetzung an wenigen Schulen nicht der Situation entsprechend.

Wir, in diesem Fall explizit ich, haben uns stark dafür eingesetzt pädagogische Assistentinnen und Assistenten wieder an

den Schulen zu verorten, ohne Anrechnung auf eine Lehrkraft. An dieser Stelle freuen wir uns, dass die Landesregierung unseren Vorschlag aufgegriffen hat. Aus meiner Sicht dürften es mehr sein, vor allem benötigen wir ebenfalls Pädagogische Assistentinnen und Assistenten in Realschulen und Gemeinschaftsschulen. Leider gibt es hierzu bisher keinerlei Bestrebungen der Landesregierung.

Besonders dringlich empfinde ich, den Schulen ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um den Schüler*innen und Schüler in deutlich höheren Maßen individuelle Unterstützung zukommen zu lassen.

Die Landesregierung geht davon aus, eine Schule könnte mit einer 100 Prozent Versorgung optimal arbeiten. Sie verkennt hier die Tatsache, mal ganz davon abgesehen, dass viele Schulen keine 100 Prozent Versorgung (mehr) haben, dass die heutigen Herausforderungen und Bedarfe, auch sozialer Art an allen Schularten angewachsen sind. Eine Lehrkraft allein, kann dies nicht stemmen.

Die größte Herausforderung ist, allen Schularten die Möglichkeiten an die Hand zu geben, bestmögliche Bildung umzusetzen. Dazu gehört unbedingt, die Schulleitungen zu entlasten und mehr Verwaltungsassistenzen zu ermöglichen. Dazu gehört endlich den Schulen eine gute Digitalisierung zu ermöglichen, einschließlich der Option „digitale Hausmeister“ einzustellen, zur Entlastung der Lehrkräfte.

Solange Lehrkräfte knapp sind, stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür, bewährte Konzeptweiteran der Schule umzusetzen. Dazu gehört beispielsweise der Einsatz von Berufseinstiegsbegleiter*innen. Bedauerlicherweise ist das Land aus der Finanzierung ausgestiegen. Besonders Schülerinnen und Schüler, die wenig Unterstützung von zuhause erhalten können, sind auf diese intensive Begleitung durch Berufsfachleute angewiesen.

Auch dafür werde ich mich weiterhin einsetzen.

REALIST: Sie haben es gerade angesprochen. Der Lehrkräftemangel ist sicher das zentrale Problem, welches wir gegenwärtig im Bildungssystem haben. Aber auch dieses Problem hat eine lange Vorgeschichte. Früher wurden von den noch zahlreichen Bewerberinnen und Bewerbern nur ein Teil eingestellt (in diesen Zeiten stellte in der Regel die CDU die Kultusminister), 2012 verkündete Ministerpräsident Kretschmann, dass man künftig auf über 11.000 Lehrkräfte verzichten könnte (damals führte die SPD das Kultusministerium). Die Zahl der Lehramtsstudierenden brach daraufhin signifikant ein. Angekommen in der Opposition, so scheint es, erkennen Parteien plötzlich die Nöte, die man als Regierungspartei doch hätte lösen können. Die Aussage von Herrn Kretschmann damals wurde aber (meines Wissens) von der SPD unwidersprochen hingenommen. Hatte die SPD die Probleme damals nicht gesehen?

Wie in der Badischen Zeitung vom September 2013 und Stuttgarter Zeitung Januar 2014 nachzulesen ist, war es Andreas Stoch, der sich vehement gegen den Abbau der Lehrkräftestellen einsetzte. Die SPD hatte erkannt, wie verheerend die Vorstellungen von MP Kretschmann waren. Deshalb haben wir uns energisch dagegen gewandt und die Zahl deutlich reduziert.

MP Kretschmann zeigte sich damals uneinsichtig, musste jedoch erkennen, dass seine Vorstellungen mit uns nicht umzusetzen sind.

2010 hatte das Statistische Landesamt Baden-Württemberg einen Schülerrückgang innerhalb von zehn Jahren um circa 20% prognostiziert. Eine solche Prognose wurde im Übrigen von allen anderen Statistikern auch in den anderen Bundesländern gestellt. Daraufhin hat unter anderem auch die CDU als damals regierende Partei in

Baden-Württemberg einen Lehrstellenabbau verkündet. Als 2011 der Regierungswechsel zu Grün-Rot stattfand, befand sich der Landeshaushalt in den Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in einem strukturellen Defizit, insbesondere von Seiten der Grünen wurde dabei der Kultushaushalt als Sparhaushalt entdeckt. Aus dieser Zeit stammt die Aussage, dass binnen zehn Jahren 11.602 Lehrstellen gestrichen werden könnten. Sehr bald nach Amtsübernahme durch Kultusminister Stoch im Jahr 2013 wurde durch Berechnungen des Kultusministeriums nachgewiesen, dass ein solcher Lehrstellenabbau zu großen Unterrichtsausfällen und einem Defizit an Lehrkräften führen würde, dies hing insbesondere auch mit dringend notwendigen bildungspolitischen Reformmaßnahmen, wie dem Ausbau der Ganztageschule, der Einführung der Gemeinschaftsschule, aber auch der Zuweisung von Poolstunden an die Realschule zusammen. Außerdem wurde festgestellt, dass sich die Schülerzahlen in diesem Zeitraum nicht in der Weise entwickelt haben, wie dies vom statistischen Landesamt vorausberechnet wurde. der Schülerrückgang fiel zunächst deutlich geringer aus, durch Migration und Zuzug nach Baden-Württemberg sind die Schülerzahlen seither sogar leicht gestiegen. In diesem Zeitraum hat Kultusminister Andreas Stoch gegen den Widerstand der Grünen und mit Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion und Finanzminister Schmid die Grünen damals davon überzeugt, dass ein weiterer Abbau von Lehrstellen nicht erfolgen darf, wenn nicht die Unterrichtsversorgung gefährdet werden sollte. Ab dem Jahr 2015 fand daher eine jährliche Überprüfung eines eventuellen Schülerrückgangs statt. Seit diesem Zeitpunkt wurde unter Grün-Roter Führung kein weiterer Lehrstellenabbau vorgenommen. Problematisch ist allerdings, dass noch 2016 im ersten Amtsjahr von Frau Kultusministerin Eisenmann, wohl ebenfalls auf erheblichen Druck der Grünen, nochmals 1000 Lehrstellen gestrichen

wurden, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits klar war, dass dies nicht sinnvoll ist. Insbesondere auch die Zuwanderung in das Bildungssystem in den Jahren 2015 und 2016 hat die Schülerzahlen, aber auch die Herausforderungen im Bildungssystem deutlich verändert und führt zu einem stärkeren Lehrkräftebedarf als dies noch 2010 von den Statistikern angenommen worden ist.

REALIST: Eine weitere „Baustelle“ sind ja die Schülerleistungen in unserem Land. Diese verschlechtern sich seit einigen Jahren deutlich. Baden-Württemberg, einst auf Spitzenplätzen in Ländervergleichen, entfernt sich immer mehr von der Spitzengruppe. Vor allem die Leistungen der Grundschüler bereiten große Sorgen. Welche Ursachen sehen Sie dafür? Lösungsansätze Ihrer Fraktion?

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard nicht erreichen, hat deutlich zugenommen. Das Ziel einer erfolgreicher Bildungsbiografie ist somit gefährdet. Als Ursache sehe ich die geringen Möglichkeiten, auf Unterschiede zwischen den Schüler*innen eingehen zu können. Die Unterrichts-Versorgung der Schulen hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen. Die Grundschulen haben keine Poolstunden, Förderstunden, Ergänzungsstunden, AG-Stunden mehr, um auf die individuellen Bedürfnisse und Defizite der Kinder einzugehen. Es gab früher an den Schulen beispielsweise eine interne Krankheitsstellvertretung. Sie konnte zusätzlich im Unterricht fördern, sofern sie nicht für eine Lehrkraft einspringen musste. Die Leistungsunterschiede in den Klassen sind immens, die Schere klafft so weit auseinander, dass eine Lehrkraft allein wenig Möglichkeiten hat, Veränderungen zu erzielen. Ohne Berücksichtigung der Anzahl der Kinder mit besonderem Förderbedarf, sprachlichen, sozialen Defiziten und der damit verbundenen höheren Zuweisung



Interview mit Katrin Steinhülb-Joos

Schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

ein Lehrerwochenstunden ist hier keine Verbesserung zu erzielen.

Bildung hängt noch immer sehr stark von der Herkunft ab.

Um Bildung von der Herkunft zu entkoppeln, muss gute Bildung in der Schule, wie auch bereits in der Kita stattfinden.

Die frühe Förderung der Sprache ist hier entscheidend.

Mit unserem Positionspapier starke Grundschulen – starke Zukunft bieten wir Lösungsansätze an, um die Grundschulen zu stärken.

Auf der Startseite meiner Homepage ist das gesamte Positionspapier zu finden (www.steinhuelb-joos.de).

• **Wir fordern: Vorschulische Sprachtests und verbindliche Sprachförderung**

Um eventuelle sprachliche Defizite frühzeitig zu erkennen, bedarf es vorschulischer Sprachtests, konzipiert durch das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg, welche verpflichtend für alle Kinder mit 4 ½ Jahren durchgeführt werden. Bei bestehenden Defiziten wird es verpflichtende Sprachfördermaßnahmen im Umfang von 4 Wochenstunden geben. Damit sollen gleiche Startchancen für alle an den Schulen gewährleistet werden.

• **Wir fordern: zusätzliche Stunden in Mathematik und Deutsch**

Als Resultat aus den Ergebnissen der letzten IQB-Studie müssen die Basisfächer Mathematik und Deutsch jeweils durch zwei zusätzliche Stunden gestärkt werden. Diese sind in der Kontingenztafel zu verankern. Außerdem muss ein festes Kontingenz an Förderstunden für jede Stufe zur Verfügung stehen.

• **Mehr Lesezeit im Unterricht**

Richtiges Lesen ist eine Schlüsselqualifikation. Um diese Kompetenz zu steigern, muss das gemeinsame laute Lesen gefördert werden. Dazu soll es in Klassen-

stufe 2 bis 4 eine tägliche gemeinsame Lesezeit für alle zu einer festgelegten Zeit im Umfang von 20 Minuten geben.

• **Verpflichtender Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler mit Leistungsdefiziten**

In einem ersten Schritt sollen für die Klassenstufen 1 bis 4 kostenlose, verpflichtende Nachhilfeangebote eingeführt werden. An diesen müssen alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen, deren Leistungen in Mathematik und Deutsch die Note 4 oder schlechter aufweisen.

• **Zusätzliche Poolstunden zur Förderung der Basiskompetenzen**

Zur gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler ist es notwendig, individuelle Unterstützung anzubieten. Dazu benötigen gerade auch die Grundschulen ausreichend Poolstunden. Mittelfristig sollen diese auf 8 Stunden ausgebaut werden.

• **Herkunftssprachlicher Unterricht**

Der hohe Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund erfordert die wirksame und flächendeckende Etablierung von Strukturen der Sprachförderung. Es gilt das Potenzial einer koordinierten Zweisprachigkeit für die nachhaltige Verbesserung von Schulleistungen zu nutzen. Hierzu muss der Herkunftssprachliche Unterricht in die Verantwortung des Landes überführt werden.

• **Verpflichtende Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen**

Die Teilnahme aller Kinder an der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen muss verpflichtend sein. So nehmen alle Kinder an Maßnahmen zur Lernentwicklung teil und profitieren davon. Außerdem kann die aufnehmende Grundschule so von Beginn an individuell auf die Bedürfnisse des einzelnen Kindes eingehen.

• **Rhythmisierte Ganztagesesschule fördern**

Angesichts der klaren Vorteile der rhythmisierten Ganztagesesschule zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit sollten diese klar ausgebaut und der Ausbau vom Land gefördert werden. Eine Gleichstellung mit anderen Betreuungsangeboten stellt keine zielgerichtete politische Steuerung dar.

• **Sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung**

Mit Hilfe eines Sozialindex soll die sozialökonomische Zusammensetzung der Schülerschaft beschrieben werden und die Schulen nach dieser weitere Mittel erhalten. Somit soll gewährleistet werden, dass Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Lagen an ihren Schulen adäquat gefördert werden.

• **Unterstützung durch multiprofessionelle Teams**

Um auf die vielfältigen und individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen, ist der Ausbau der Schulsozialarbeit und weiterer professioneller Unterstützungsangebote an den Schulen, beispielsweise durch pädagogische Assistent*innen sowie Schulpsycholog*innen oder Logopäd*innen erforderlich. Multiprofessionelle Teams bieten wertvolle Unterstützungsmaßnahmen.

• **Regelmäßige Lernstandserhebungen**

Zur Feststellung des Leistungsstandes und um wirkungsvolle Maßnahmen gegen eventuelle Lerndefizite rechtzeitig einleiten zu können, sollen in Klassenstufe 2 und 4 Lernstandserhebungen verpflichtend durchgeführt werden. Des Weiteren sollen intelligente Instrumente zur Lernverlaufdiagnostik in die Lernmanagementsysteme eingebaut werden.

• **Mehr Lehrkräfte und Eingruppierung der Grundschullehrkräfte in A13**

Mit Blick auf den Fachkräftemangel und den Wettbewerb zwischen den Bundes-

ändern muss die Eingruppierung der Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13 bzw. Gehaltsstufe E13 erfolgen.

• **Schulleitungen stärken**

Schulleitungen benötigen mehr Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum sowie Zeit für Schulentwicklung. Dazu muss bei der Ausstattung der Schulen mit Leitungs- und Steuerungsressourcen stärker zwischen Ganztags- und Halbtagschulen differenziert werden. Eine deutliche Erhöhung der Entlastungsstunden, mehr Konrektoratsstellen und die Einrichtung von Koordinationsstellen für Verwaltungsaufgaben sorgen für deutliche Entlastungen der Schulleitungen.

REALIST: Ganz sicher sind in diesem Positionspapier viele wichtige Punkte aufgeführt, die entscheidend zur Verbesserung der Situation beitragen könnten. Allerdings alles unter dem Vorbehalt der Finanzierung und vor allem den zur Verfügung stehenden Lehrkräften.

Für den Realschullehrerverband liegen die Ursachen für den Leistungsabfall aber auch darin, dass die verbindliche Grundschulempfehlung von der Grün-Roten Landesregierung 2012 abgeschafft worden ist. Verbindliche Grundschulempfehlungen setzen Lernanreize, die zu einer Verbesserung der schulischen Kompetenzen am Ende der vierten Klasse sorgen. Auch gibt es genügend Studien 1,2, die belegen, dass eine ausschließlich an der Schülerleistung orientierte, verbindliche Grundschulempfehlung zu deutlich höherer sozialer Gerechtigkeit führt als eine „freie“ Wahl der Schule durch die Eltern. Wie sehen Sie auf diesem Hintergrund unsere Forderung nach Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung?

Die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung scheint mir sehr ideologisch geprägt zu sein.

Lassen Sie uns fundiert die GSE betrachten und auf verschiedene Studien blicken. Müller Benedict legte bereits 2007 in seinen Studien dar, dass eine frühe Selektion soziale Ungleichheit fördert. Seit Pisa 2000 ist faktisch belegt, dass Jugendlichen aus der Oberschicht dreimal mehr das Gymnasium besuchen als Jugendliche einer Arbeiterfamilie.

Ich möchte an die BIJU-Studien erinnern: zwei Kinder, die am Ende ihrer Grundschulzeit gleiche Leistungen aufweisen, die auf unterschiedliche Schulformen geschickt wurden, in Klasse 9 unterschiedliche Leistungsergebnisse erzielen.

Die von Ihnen viel zitierte Studie von Kerstin Hoenig und Hartmut Esser 2018 wollten herausfinden, inwieweit eine verbindliche GSE zu einer Verteilung der Schülerschaft führt, die weniger von der sozialen Herkunft abhängt. Ergebnis war, dass die Verbindlichkeit die Effekte der sozialen Herkunft auf den Übergang nicht verändert.

Ich denke, es ist uns allen wichtig, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Diese Studie zeigte auf, dass die Verbindlichkeit der GSE keinen Beitrag dazu leistet, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen.

Die Studie brachte als 2. Ergebnis vor, dass die verbindliche GSE die Leistungsgerechtigkeit verstärken würde, wenn die Leistungen der Kinder im Übergang an die Leistungen der Kinder in der Grundschule und an die kognitiven Leistungen der Kinder gekoppelt sind.

Alle diejenigen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, wissen, dass sich gerade die kognitive Leistung bei Kindern und Jugendlichen noch stark verändern.

Die Studie brachte auch hervor, dass in den Schulklassen mit höherem kognitivem Niveau die Heterogenität sogar besser wäre. Was bringt uns dann die Studie für die verbindliche Grundschulempfehlung, wenn sie sich selbst widerspricht?

Der Vergleich mit den IQB-Ergebnissen von 2015 auf die sich Esser und Seuring berufen, brachte hervor, dass im Kompetenzerwerb ähnliche Ergebnisse herauskamen in Jahrgangsstufe 9 wie in der Grundschule, in der es noch keine Leistungsselektion gibt.

Die These ist daher nicht haltbar. Siehe Klemm 2021 „Die These, dass eine stärker auf Homogenisierung der Schülerschaft ausgerichtete Schulpolitik Leistungen starker und schwacher Schüler besonders fördere und zudem den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erreichten Kompetenzen eher abschwäche, ist damit für Deutschlands Schulen im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts nicht haltbar“.

Würde die These richtig sein, so müsste es doch auch Unterschiede geben was die Gymnasialbesuchsquote der Bundesländer betrifft, die als strikt gelten im Vergleich zu den eher liberalen Ländern, die Grundschulempfehlung betreffend. Ein Vergleich brachte hervor, wie Klemm 2021 deutlich machte, dass es kaum einen Unterschied zwischen den Quoten gab. Hier wird deutlich, dass der „erwartete Sortierungseffekt“ nicht eintrat.

Aus meiner Praxiserfahrung heraus, habe ich zahlreiche Kinder erlebt, die durchaus intelligent waren, jedoch wenig Anregungen von zuhause mitbekommen haben. Man konnte zusehen, wie sich die Kinder von Jahr zu Jahr weiterentwickelt haben durch entsprechende Förderung. 1/3 der Schülerinnen, die in Klasse 4 eine Hauptchulempfehlung hatten, erreichten einen Realschulabschluss.

Wenn man die Ergebnisse von Esser und Seuring konsequent zu Ende denkt, müssten alle Kinder engmaschig einen Intelligenztest durchführen und je nach Ergebnis sofort die Schule verlassen. Mal ganz davon abgesehen, dass dies sicherlich nicht in unserem Interesse wäre. Hinzu kommt, dass die beiden ausschließlich die Kognition betrachtet haben. In keiner Weise sind hier Interessen, Motivation, soziale Intelligenz, Neigungen einbezogen.



Interview mit Katrin Steinhülb-Joos

Schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Weitere Studien, welche die Thesen von Esser und Seuring bestätigen, konnte ich trotz intensivem Bemühen nicht finden.

Ich sehe in der Stärkung des Beratungsgesprächs eine große Chance. Wie wir alle wissen, ist es es wichtig, Menschen mitzunehmen, wenn es um die weitere Laufbahn geht. Ein intensiver Austausch, der im Beratungsgespräch Schüler*in und Erziehungsberechtigte miteinbezieht ist essentiell. Auch in der Zeit als es noch Probearbeiten gab, griffen Erziehungsberechtigte zu dem Mittel, Widerspruch einzulegen. Wenn sich jemand beratungsresistent zeigt, finden sich immer Möglichkeiten, sich einem System entgegenzustellen.

Wichtig war mir als Schulleiterin jedoch immer, ein weiteres Gespräch mit den Eltern zu führen, falls die Eltern sich im Beratungsgespräch mit der Klassenlehrerin beratungsresistent zeigten.

Ihre Ausgangsthese ist, dass die verbindliche Grundschulempfehlung zu deutlich höherer sozialer Gerechtigkeit führt als eine „freie“ Wahl der Schule durch die Eltern.

Hierfür gibt es keine wissenschaftliche Erklärung. Abschließend ist anzumerken, dass sich die Studien von Esser und Seuring ausschließlich auf die Kognition berufen, wir geben in den Schulen allerdings eine pädagogische Gesamtwertung ab, die weitere Kompetenzen wie auch die Sozialkompetenz, miteinbezieht. Die Studie kann also nicht als Beleg gewertet werden, die verbindliche GSE würde zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Die Grundschulempfehlung bezieht sich nicht nur auf die Kognition, sondern die Aufgabe der Schule ist, unsere Kinder zu mündigen und verantwortungsvollen Persönlichkeiten auszubilden. Neben der Vermittlung von Bildung werden Wissen, Fähigkeiten und Werte im Unterricht gezielt vermittelt. Dieser gesellschaftliche Auftrag wird aktuell augenscheinlich wichtiger.

Die Schülerschaft wird heterogener, auch in scheinbar homogeneren Gruppen werden Schüler*innen herausfordernder als vor einigen Jahren.

Daher gilt es, die Schulen ganz gleich welche Schulart bestens auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, die Schulen mit den nötigen Ressourcen und Fachkräften auszustatten, die Möglichkeiten zur inneren und in den oberen Klassen auch in Teilen zur äußeren Differenzierung zu geben, die Schulen und Grundschulen so auszustatten, dass regelmäßige Lernstandserhebungen und Rückmeldungen zur pädagogischen Gesamtleistung verpflichtend erfolgen, die Beratungsfunktion der Lehrkräfte gestärkt und professionalisiert wird, damit die Akzeptanz und die Wertschätzung der Erziehungspartnerschaft „Schule-Erziehungsberechtigte“ einen anderen Stellenwert erhalten kann.

REALIST: Angenommen, die SPD würde nach der nächsten Landtagswahl wieder Teil der Landesregierung. Was könnte die Realschule von Ihnen erwarten?

Die Realschule könnte erwarten, dass wir eng mit ihr im Gespräch sind, ihre Fragen und Gedanken ernst nehmen und mit ihnen zusammen Überlegungen zur Umsetzung

einer bestmöglichen Bildung tätigen und umsetzen werden.

Alle Schularten könnten erwarten, dass wir das Gesamtkonstrukt im Blick haben werden, uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen und uns um Bildungschancen kümmern werden, die allen Schüler*innen bestmögliche Förderung und Forderung zuteilwerden lassen. Wichtig ist uns, das Aufstiegsversprechen einzulösen, jeder Person unabhängig von ihrer Herkunft das Erklimmen der Erfolgsleiter, durch hochwertige Bildung zu ermöglichen.

Frau Steinhülb-Joos – herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Ralf Merkle

Anmerkung der Redaktion: Die Antworten wurden im Originalzustand belassen, wie sie bei dem Gespräch gegeben wurden.

¹Esser, H./Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5-6, S. 277–301

²Bach, M. (ZEW Mannheim)/Fischer, M. (WZB Berlin): Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler/innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress. ZEW policy brief Nr. 01 / März 2021



Zur Person



Katrin Steinhülb-Joos wurde 1966 in Stuttgart geboren.

Nach bestandem Abitur am Johannes-Kepler-Gymnasium in Stuttgart-Bad Cannstatt studierte sie ab 1985 die Fächer Sport, Deutsch und evangelische Religion für das Grund- und Hauptschullehramt. Nach einem Auslandsaufenthalt in Südamerika unterrichtete sie bis 2009 an der Grund- und Hauptschule in Stuttgart-Münster. In dieser Zeit war sie u.a. auch als Lehrbeauftragte am Seminar Nürtingen und an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg tätig.

Im Jahr 2018 erwarb sie über den horizontalen Laufbahnwechsel die Befähigung für das Realschullehramt.

Im Jahr 2012 wurde Katrin Steinhülb-Joos Rektorin der Altenburgschule (Grund-, Haupt- und Werkrealschule, ab 2014 Gemeinschaftsschule). Bei der Landtagswahl 2021 errang sie für die SPD ein Landtagsmandat und zog für diese Fraktion in den Landtag ein. Sie ist u.a. Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport und im Ausschuss für Europa und Internationales. Außerdem ist sie die schulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Durchstarten!

Neue Sonderausgabe für Anwärter erschienen.

Im Januar wurde die beliebte Sonderausgabe „Vorbereitungsdienst“ des „realist“ neu aufgelegt und veröffentlicht.

Auf 32 Seiten finden die Lehramtsanwärter wertvolle Tipps und Hilfestellungen für ihre bevorstehende zweite Ausbildungsphase.

Zum Inhalt gehören u. a. ein **Ratgeber Beihilfe und Private Krankenversicherung**, **Hinweise zu Steuererklärungen und Versicherungen** und wertvolle **Tipps aus der Praxis** „altgedienter“ Kolleginnen und Kollegen.

Die Sonderausgabe wird bei Werbeveranstaltungen des RLV an interessierte junge Kolleginnen und Kollegen verteilt.

Gibt es an ihrer Realschule Anwärterinnen oder Anwärter?
Gerne können Exemplare bei der Landesgeschäftsstelle kostenfrei angefordert werden (info@rlv-bw.de).





Verabschiedung der WÜRZBURGER Grundsätze

Tagung des VDR-Bundesvorstandes in Würzburg

Bildungsgipfel und Kultusministerkonferenz geben keine Antworten

Im März tagte der Bundesvorstand des VDR in Würzburg, hierbei wurden die „Würzburger Grundsätze“ verabschiedet.

Dabei zogen, so Bundesvorsitzender Jürgen Böhm, alle Landesbünde an einem Strang. „Die Situation in der Bildungspolitik und die Rahmenbedingungen für Bildung kann man derzeit nur als prekär bezeichnen! Über die relevanten Verwaltungsebenen in unserem Land hinweg werden derzeit von den Kommunen und Landkreisen über die Länder bis hin zum Bund unbefriedigende und teilweise hilflos anmutende Antworten gegeben. Der sogenannte Bildungs-

gipfel bildete nur die Spitze des mit den notwendigen Maßnahmen auf Kollision befindlichen Eisberges“, so Jürgen Böhm, am Rande der Tagung des Bundesvorstandes des VDR im unterfränkischen Würzburg.

Nach einem gescheiterten Bildungsgipfel in Berlin und kruden Vorschlägen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) stellen die einzelnen Landesvorsitzenden des Deutschen Realschullehrerverbandes gemeinsam klare Forderungen an die Bildungspolitik.

WÜRZBURGER Grundsätze:

- Stärkung oder Rückkehr zu abschlussbezogenen Bildungswegen, Schulformen bzw. Klassen und Stärkung der Förderschulen
- Wiedereinführung oder Beibehaltung der verbindlichen Grundschulpflicht für den Übergang an weiterführende Schulen nach der vierjährigen Grundschule
- Der Begriff Lehrer / Lehrerin muss geschützt sein, die Lehrkräfteausbildung abschlussbezogen und fachlich orientiert sein und ein Referendariat von zwei Jahren beinhalten
- Erhöhung der Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung im Lehrberuf statt Einschränkung von Teilzeitmöglichkeiten
- Schaffung von flexiblen Teilzeitmodellen auch in Führungsfunktionen und Schulleitungen
- Keine Arbeitszeiterhöhung und Zusatzaufgaben für Lehrkräfte – Konzentration auf die Kernaufgabe Bildung und Unterricht – Altersermäßigungen zwischen 55 und 67 Jahren schaffen
- Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur an den Schulen und Sozialarbeit müssen extern sichergestellt werden



Realschule macht Radio

Schülerinnen und Schüler der Freihof-Realschule Kirchheim/Teck im SWR-Radio

„Das Wahlrecht ist für die Demokratie wichtig, weil es ein wichtiger Grundstein der Demokratie ist“, so Nikita, Schüler der Klasse 9a.

Das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag wurde für die Klasse 9a der Freihof-Realschule in Kirchheim/Teck mit ihrer Lehrerin Sandra Kirsamer für einige Schulstunden zum Unterrichtsinhalt, denn bis zur nächsten Bundestagswahl soll es reformiert werden. Anlass war das Anliegen von Iris Volk, Redakteurin beim SWR, Jugendliche in einem Radiobeitrag zu Wort kommen zu lassen. Nach einigen vorbereitenden Stunden kam sie in die Klasse, um der Diskussion zu folgen und Radioaufnahmen zu machen.

Die Schüler der 9a waren sich im ersten Punkt einig: Der Bundestag soll verkleinert bzw. durch das Streichen von Überhang- und Ausgleichsmandaten die Anzahl der Abgeordneten auf 598 festgelegt werden. Im Vordergrund für die Schülerinnen und Schüler steht die Kritik an einem sehr aufgeblähten Parlament und den hohen Kosten, die durch die Bürger getragen werden müssen.

Die aktuelle Regierungskoalition stellt weiterhin die Frage, ob der Bundestag paritätisch, also zu gleichen Teilen von Männern und Frauen, besetzt werden soll. Behice beschreibt das Problem folgendermaßen: „Frauen sind gleich gut wie Männer, aber haben oft nicht die gleichen Chancen.“ Nico sieht es, wie die deutliche Mehrheit der Klasse, anders: „Na ja, die gleichen Möglichkeiten haben sie eigentlich schon. Deshalb finde ich nicht, dass das beschlossen werden sollte.“ Franz ergänzt seine Ausführungen: „Es sollte nicht das Geschlecht darüber entscheiden, ob jemand gewählt wird, sondern die Kompetenz.“

Im dritten Bereich, der von der Wahlrechtsreform betroffen sein könnte, geht es um die Jugendlichen selbst: „Soll das Wahlrecht auf 16 Jahre gesenkt werden?“ Der Großteil der Neuntklässler interessiert sich für politische Fragen. Sie beschreiben aber die Gefahr, dass es nicht alle Jugendlichen tun



und diese dann nicht verantwortungsbewusst mit ihrer Stimme umgehen könnten. Die Vorstellung, schon mit 16 Jahren wählen zu dürfen, verknüpfen sie daher mit der Forderung, in der Schule gut darauf vorbereitet zu werden und mehr über Politik zu lernen.

Frau Volk interviewte die Klasse 90 Minuten zu den verschiedenen Aspekten der Wahlrechtsreform: „Für mich war es aufregend, weil es ganz ungewohnt war, in ein Mikrofon zu sprechen“, sagt Jana, „aber ich fand es toll, dass die Redakteurin unsere Meinung dazu wissen wollte.“

Herausgekommen ist ein spannender Radiobeitrag, der zeigt, dass sich Realschüler gut und verantwortungsbewusst mit einer komplexen politischen Fragestellung auseinandersetzen können.



Der Radiobeitrag wurde am 16.11.2022 in „SWR2 Wissen“ ausgestrahlt und kann unter <https://www.swr.de/swr2/programm/swr2-wissen-sendung-rueckschau-100.html> abgerufen werden.



Personalversammlungen 2023

Der RLV vor Ort im Bezirk Südwürttemberg

Nein, Personalversammlungen sind keine internen Veranstaltungen der GEW. Auch wenn in den Köpfen vieler Kolleginnen und Kollegen diese Meinung vorherrscht. Personalversammlungen sind die Treffen aller Beschäftigten, für die der örtliche Personalrat eines Schulamtes zuständig ist. Dass dabei die Bildungsgewerkschaft des DGB in den allermeisten Personalräten eine übergroße Mehrheit hat, ist vor allem dem aktuellen Wahlrecht geschuldet, das große Gewerkschaften und Verbände eindeutig bevorzugt; ein gerechteres Wahlrecht konnte bislang nicht erreicht werden. Tatsache ist aber auch, dass bei den Personalratswahlen die Wahlbeteiligung an Realschulen meist geringer als an anderen Schularten (z. B. Grundschulen und Gemeinschaftsschulen) ist. Auch sind Kolleginnen und Kollegen oft teilweise der Meinung, dass sie, wenn sie nicht Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Verbandes sind, gar nicht wählen dürften. Das wäre so, wie wenn man bei der Landtagswahl nicht wählen dürfte, weil man z. B. nicht Mitglied der CDU ist.



Infostand des RLV bei der Personalversammlung in Mengen (SSA Albstadt).

Von links nach rechts: Christian Abt, Thomas Oswald, Axel Strienz und Oliver Pfaff



Personalversammlung des Staatlichen Schulamts Biberach in Laupheim (21. März 2021). Von links nach rechts: Anton Blank, Bettina Bochtler, Timo Habdank. Bild: RLV

Trotz aller Benachteiligungen, die man als kleinerer Fachverband bei der Personalratswahl hat, wird der RLV bei den Personalratswahlen immer erfolgreicher. So stellt der RLV im Landesbezirk Südwürttemberg mehrere Personalräte und ist auch mit einem Sitz im Bezirkspersonalrat vertreten. In den anderen Landesbezirken sieht es nicht ganz so gut aus, aber auch dort stellt der RLV einige Personalräte. Vor allem aber hat der RLV 2019 erstmals einen Sitz im wichtigen Hauptpersonalrat in Stuttgart erreicht, den die Landesvorsitzende gewonnen hat. Dies war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu demokratischeren Personalräten, sodass die Gremien endlich die Vielfalt der Lehrkräfte in einem Schulamt abbilden und nicht nur eine oder zwei Listen (GEW, VBE) Vertreterinnen und Vertreter (vor allem) aus Werkrealschulen, Gemeinschaftsschulen und Grundschulen in die Personalräte entsenden.

Es ist deshalb wichtig, dass der RLV (trotz seiner geringeren Mitgliederzahl) vor Ort ist, wenn die Personalversammlungen tagen. Auch wenn oft nur wenige Kolleginnen und

Kollegen aus den Realschulen anwesend sind. Als Lehrkraft an einer Grund- oder Gemeinschaftsschule darf man selbstverständlich ebenfalls den RLV wählen! Schließlich ist man als Personalrat oder Personalrätin auch für alle Kollegen im Schulamt zuständig, da geht es nie um Schularten oder Lehramt.

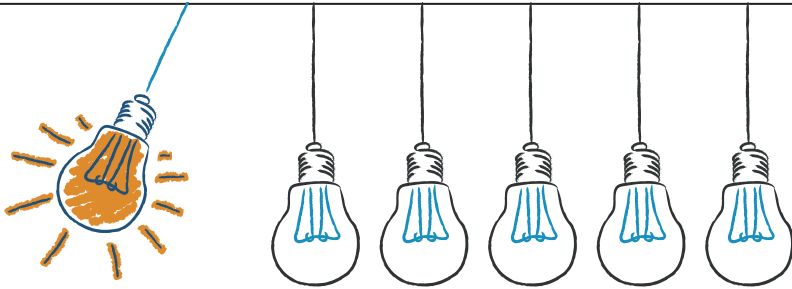
Die nächste Wahl findet 2024 statt. Es wird sich zeigen, ob der RLV dabei den Erfolg von 2019 wiederholen oder sogar ausbauen kann, aber dafür müssen sich vor allem genügend Kolleginnen und Kollegen finden, die als Kandidaten für den Wahlvorschlag des RLV zur Verfügung stehen. Das ist die Grundvoraussetzung für unseren Wahlerfolg und für mehr Vielfalt in den Personalräten.



Reutlingen, Personalversammlung des SSA Tübingen. Auf dem Bild: Christian Abt

Basisversicherung

Die neue Pauschalbeihilfe



PRAXISTIPP

Zu Anfang des Jahres erreichte den RLV eine ganze Reihe von Fragen zu der neu eingeführten Pauschalbeihilfe. Auch wenn man vom LBV eine umfangreiche Informationsschrift mitgeliefert bekam, sind längst nicht alle Fragen dazu beantwortet, insbesondere für wen der (meist unumkehrbare) Wechsel in die Pauschalbeihilfe überhaupt geeignet ist.

Hintergrund der Einführung der Pauschalbeihilfe ist der Gedanke, vielleicht irgendwann das System aus gesetzlicher und privater Krankenkasse hin zu einer Bürgerversicherung umzustellen. Insbesondere Hamburg ist hier als Vorreiter zu nennen. Baden-Württemberg ist nun das vierte Bundesland, das hier nachzieht.

Die Grundidee ist, dass sich Beamte, anstatt durch die Beihilfe alimentieren zu lassen, in einer gesetzlichen Krankenkasse versichern (was bisher schon möglich gewesen ist) und hierfür (das ist neu) auch eine anteilige Unterstützung durch den Arbeitgeber, also das Land, erhalten. Vorteile bietet ein solches Modell immer dann, wenn die Vorzüge der GKV zum Tragen kommen: ein prozentualer Anteil vom Lohn sowie die kostenfreie Mitversicherung von Ehepartnern und Kindern. Damit ist auch schnell klar, für wen sich eine solche Versicherung lohnt: Familien, in denen ein Partner verbeamtet ist, möglicherweise nur in Teilzeit arbeitet, der andere Partner dauerhaft nicht berufstätig ist und (viele) Kinder im Haushalt leben. Auch bisher haben sich schon einige Beamte, bei denen diese Konstellation auftritt, freiwillig gesetzlich versichert.

Für diese Familien gibt es nun eine weitere Entlastung durch die anteilige Übernahme der Krankenkassenkosten. Dafür geben sie allerdings die Möglichkeit auf, nicht durch die GKV erstattungsfähige Kosten mit Privatrechnung doch noch anteilig bei der Beihilfe einreichen zu können. Da wird dann beispielsweise der Besuch beim Kieferorthopäden zum Rechen spiel.

Für die allermeisten Lehrkräfte ist die neue Pauschalbeihilfe also kein gutes Angebot. Allenfalls bei Referendaren könnte die Rechnung aufgehen. Diese können dann bei einer Einstellung wieder neu wählen, ob sie sich weiterhin privat oder gesetzlich versichern. Dann allerdings, nach der jetzigen Regelung, auch bis in den Ruhestand.



Hier wäre ein sofortiger Wechsel in die GKV dann zu überlegen, wenn man spät verbeamtet wurde, möglicherweise daher hohe Beiträge zahlen muss und auch die Pensionsansprüche relativ niedrig sind. Dann muss der Wechsel allerdings innerhalb der zu Beginn des Jahres genannten Frist erfolgt sein. Und noch eine Falle hat dieses Modell: Hat man noch andere Bezüge im Ruhestand, beispielsweise Renten oder Mieteinnahmen, müssen diese in der GKV berücksichtigt werden und erhöhen wiederum den Beitrag. Bleibt man in der PKV, wird nur der individuelle Satz fällig, unabhängig von den tatsächlichen Einnahmen. Nur für eine andere Berufsgruppe gibt es hier ein sinnvolles Ausstiegsszenario mit dem Ruhestand. Alle Beamte, die eine Heilfürsorgeberechtigung haben (z. B. Polizisten), haben diesen Anspruch mit Eintritt in den Ruhestand nicht mehr, sondern dann eine „normale“ Beihilfeberechtigung und die Notwendigkeit einer ergänzenden privaten Krankenversicherung. Gerade in unteren Besoldungsgruppen kann dann die GKV das günstigere Angebot sein.

Fazit

Die pauschale Beihilfe ist der politische Versuch des Einstiegs in die Bürgerversicherung. Für die allermeisten Beamten ist das Angebot keine Verbesserung und auch nicht günstiger als die bisherige private Krankenversicherung. Auch für das Land ist zumindest anfangs kein Einspareffekt zu verzeichnen, sondern zunächst höhere Ausgaben durch die Übernahme der Krankenkassenbeiträge.



Abstimmung mit den Füßen



Lehrerberuf immer unattraktiver Alarmierende Zahlen aus Baden-Württemberg

In Deutschland fehlen Zehntausende von Lehrkräften, die Kultusminister der deutschen Länder sind sich einig. Der Lehrermangel in Deutschland sei in erster Linie ein Ergebnis der demographischen Entwicklung. So u. a. der Hamburger Bildungssenator Ties Rabe, stellvertretend für seine Kolleginnen und Kollegen, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Die demographische Entwicklung ist wohl keineswegs eine „Naturkatastrophe“, die unvermittelt über das Bildungswesen hereinbricht und der man sich schon immer machtlos ausgeliefert fühlen musste. Die Geburtenzahlen sind bekannt, ebenso die Zahl der Lehrkräfte. Daraus ergibt sich eine einfache Rechnung: $1 + 6 =$ Grundschulkinder; $1 + 6 + 4 =$ Zahl der Kinder an den weiterführenden Schulen. Daraus ergibt sich dann eigentlich die Zahl der notwendigen Lehrkräfte.

Demographische Entwicklung? Nicht vorhersehbar? Ein Ammenmärchen, um das Totalversagen der Bildungspolitik zu verschleiern! Sicher, es gibt unwägbarere Faktoren (u. a. Flüchtlingskrise 2015, Krieg in der Ukraine), die zeitweise den Bedarf unvorhergesehen verändern. Und – zugegeben, solche Faktoren gibt es seit acht Jahren zunehmend. Ohne Frage ein Problem für eine bedarfsgerechte Planung, die es aber ohnehin kaum gegeben hat.

Und – anstatt das eigene Totalversagen in der Bildungspolitik einzugestehen, schieben die politisch Verantwortlichen es den Lehrkräften in die Schuhe. Anders kann man den Vorschlag der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, besonders engagierten Lehrkräften Leistungsprämien zu zahlen, nicht sehen: „Wenn Leistung sich lohnt, ist das ein Anreiz. Das macht was mit einem Team und mit der Arbeitskultur.“

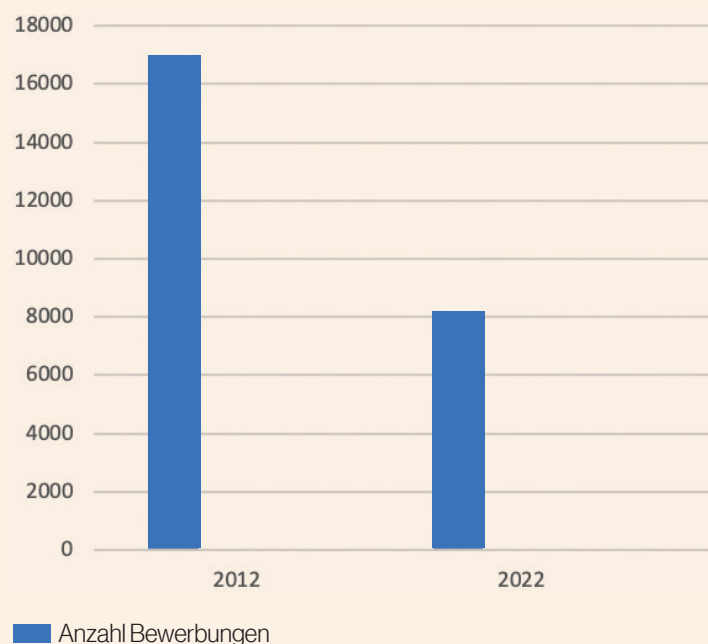
Andrej Priboschek bringt es in News4-Teachers am 17.12.2022 klar auf den Punkt: „Was für eine Unverschämtheit: Als wäre es fehlende Leistungsbereitschaft der Kollegien, die die aktuelle Bildungskrise verursacht hätte.“

Die Zahl der fehlenden Lehrkräfte ist dramatisch und nicht mehr der Öffentlichkeit zu verleugnen, aber selbst hier scheint man wieder in die Trickkiste zu greifen und rechnet sich die Zahlen schön. Oder sind es nur die Schwierigkeiten der Bildungspolitik, die sie mit den Grundrechenarten hat? Die Kultusministerien sprechen von 12.000 Lehrkräften, die fehlen. Gewerkschaften und Verbände sehen dies anders. So spricht unser Dachverband (Deutscher Lehrerverband) von bis zu 40.000 fehlenden Lehrern, eine Zahl, die sich wohl näher an der Realität (der sich die Bildungspolitik ja seit Jahren vehement in allen Bereichen verweigert) orientiert.



Die Zukunft lässt hier nichts Gutes erahnen. Eigentlich könnte man davon ausgehen, dass das Interesse junger Menschen, einen „Mangelberuf“ ergreifen zu können, der zudem in unsicheren Zeiten einen krisenfesten und nicht allzu schlecht bezahlten Job verspricht, steigen würde. Doch aktuelle Zahlen aus Baden-Württemberg, die die FDP-Landtagsfraktion durch eine große Anfrage an die Landesregierung herausfinden (März 2023), sprechen eine andere Sprache (Quelle: SWR, Sendung vom 17.3.2023).

Studienbewerbungen Grundschullehramt

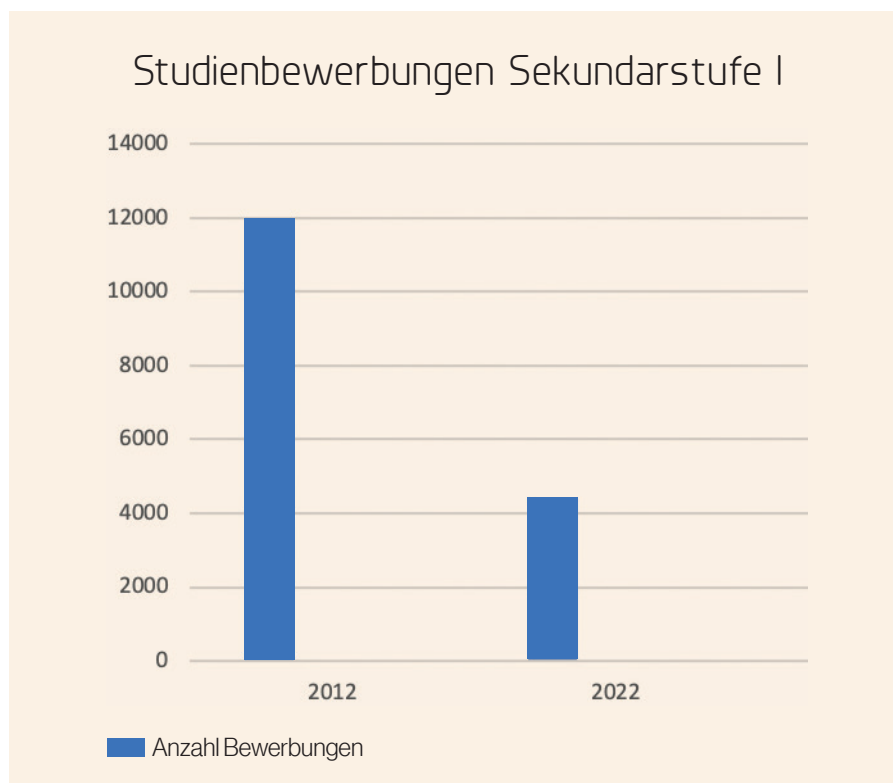




Die Zahlen für den Real- und Hauptschulbereich sind noch dramatischer. So ging die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Studienplatz für das Lehramt innerhalb von zehn Jahren um über 60% zurück.

Nur ein Zufall? Der dramatische Rückgang der Studienzahlen beginnt mit dem Jahr, in welchem der Ministerpräsident von Baden-Württemberg davon gesprochen hatte, dass man künftig fast 12.000 Lehrkräfte einsparen könnte.

Diese Zahlen verheißen für die Zukunft wahrlich nichts Gutes. Zu dem aktuellen Mangel an Lehrkräften gesellt sich offenbar ein „Nachschub-Problem“. Wer soll die bald zahlreich ausscheidenden „Baby-Boomer“ ersetzen? Auch hier sind nur geringe Rechenkünste gefragt, um den Bedarf zu ermitteln.



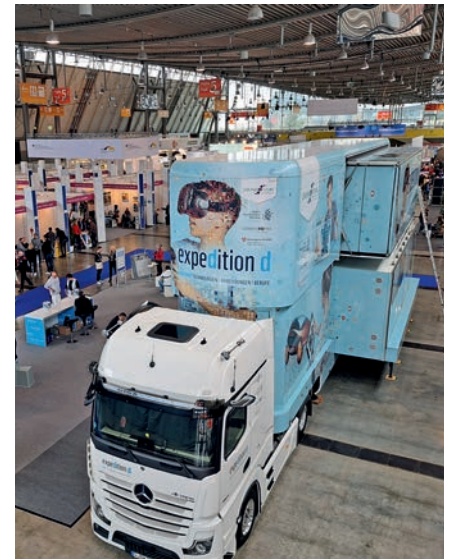
Es bleibt die Frage, warum unser Beruf so an Attraktivität verliert. Sicher, der allgemeine Fachkräftemangel macht vor kaum einer Branche halt. Auch die massive Einwanderung der letzten Jahre hat daran augenscheinlich nichts geändert. Trotzdem – warum entscheiden sich immer weniger junge Frauen und Männer dafür, Lehramt zu studieren?

Schreiben Sie uns! Wir sind gespannt auf Ihre Antworten. Gerne veröffentlichen wir diese auch (siehe Hinweise dazu im Impressum). Schreiben Sie an leserbriefe@rlv-bw.de



Aktuelle Megatrends der Bildung im Zentrum der didacta 2023

RLV und VDR gemeinsam auf Europas größter Bildungsmesse



„Die didacta 2023 war ein wirkliches Highlight des Austausches der gesamten Bildungscommunity in Deutschland über die Anforderung an zukunftsorientierte Bildung. Wichtige Zukunftskompetenzen, die die jungen Menschen erwerben müssen, wurden in den Mittelpunkt der Diskussionen und Foren gestellt – vom Erwerb digitaler Kompetenz über die Notwendigkeit ökonomischer Bildung bis hin zur Gestaltung moderner pädagogischer Lernräume wurde der fachliche Austausch mit der Bildungswirtschaft gepflegt“, so das Fazit von Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes und Vorstandsmitglied des didacta-Verbandes, nach dem Ende der größten Bildungsmesse Europas in Stuttgart.

Gemeinsam mit unserem Dachverband, dem VDR, waren auch wir wieder auf der didacta in Stuttgart vertreten. Vom 7. bis 11. März präsentierten 730 Aussteller auf 60.000 Quadratmetern Innovationen, Produkte und Dienstleistungen. Mehr als 56.000 Besucher kamen auf das Stuttgarter Messegelände und erlebten einen lebendigen Marktplatz für Bildungsthemen. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Fachkräftemangel, psychische Gesundheit,

Bildung nachhaltiger Entwicklung, Demokratiebildung – diese aktuellen Megatrends der Bildung standen im Mittelpunkt der didacta 2023.

„Das Thema Bildung hat eine enorme gesellschaftliche Relevanz, wir alle sind unmittelbar davon betroffen. Auf der didacta haben wir die zentralen und aktuellen Herausforderungen der Bildung in den Mittelpunkt gerückt, über Innovationen gesprochen und künftige Entwicklungen diskutiert. Wir freuen uns über den tollen Verlauf der didacta und reichen nun den Staffelstab nach Köln

weiter“, sagt Stefan Lohnert, Geschäftsführer der Messe Stuttgart, zur (seit 2017) ersten didacta in Präsenz in den Stuttgarter Messehallen.

Unser Stand war in den fünf Messetagen stets gut besucht und es entwickelten sich viele interessante Gespräche. Die Mitgliederbindung war spürbar, so besuchten Mitglieder sehr zahlreich unseren Stand. Auch die direkte Mitgliederwerbung verlief sehr erfreulich. Die nächste didacta in Stuttgart findet vom 11. bis 15. Februar 2025 statt.



Vorstellung der neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

Beim Landesrealschultag 2022 wurden in allen vier Landesbezirken neue stellvertretende Bezirksvorsitzende gewählt.

Die Arbeit der Bezirksvorsitzenden hat in den letzten Jahren sehr an Umfang zugenommen. Allein die Termindichte erfordert es, dass wir in allen Bezirken Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben, die die Bezirksvorsitzenden entlasten und ergänzen. Besonders stark zugenommen hat die Mitgliederzahl im Landesbezirk Südwürttemberg. Deshalb wurde beim Landesrealschultag für Südwürttemberg ein Pressereferent gewählt, der den Bezirksvorsitzenden vor Ort entlasten und auf Landesebene u. a. die Pressearbeit verstärken soll.

Nachdem wir in der letzten Ausgabe die neuen Bezirksvorsitzenden vorgestellt haben, folgt nun die Vorstellung der vier neuen Stellvertreterinnen und Stellvertreter und des Pressereferenten von Südwürttemberg.

Nachdem wir in der letzten Ausgabe die neuen Bezirksvorsitzenden vorgestellt haben, folgt nun die Vorstellung der vier neuen Stellvertreterinnen und Stellvertreter und des Pressereferenten von Südwürttemberg.



Christof Schiemer



Stefan Jaitner



Christina Beer



Timo Habdank



Christian Fischer

Christof Schiemer



Landesbezirk Nordbaden

Mein Name ist Christof Schiemer, 56 Jahre alt, verheiratet und Vater einer vierzehnjährigen Tochter. Seit Oktober 2022 bin ich stellvertretender Bezirksvorsitzender des RLV von Nordbaden. Als Sohn eines Realschullehrers war ich von Beginn an „ein Kind der Realschule“. Mein Vater war über viele Jahre ein aktives Mitglied des RLV, außerdem habe ich selbst als Schüler die Realschule erfolgreich durchlaufen.

Meine studierten Fächer sind Kunst, Englisch und Geographie. Die ersten drei Jahre als Lehrer führten mich an eine Gesamtschule in Rheinland-Pfalz. Danach folgten zwei Jahre an zwei verschiedenen Realschulen in Baden-Württemberg. Im September 2003 trat ich schließlich eine Stelle im Beamtenverhältnis

an einer städtischen Realschule in der bayerischen Landeshauptstadt München an. Dort verbrachte ich einen großen Teil meines Lehrerdaseins, zugleich wurde ich Mitglied im Bayerischen Realschullehrerverband (brlv). Mit dem Wechsel nach Baden-Württemberg 2015 trat ich dem RLV bei, sodass ich in der Summe auf eine zwanzigjährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. Seit 2018 unterrichte ich an der Realschule Niefern im Enzkreis.

Ich freue mich auf die Mitarbeit im Vorstand und auf die Zusammenarbeit mit dem nordbadischen Bezirksvorsitzenden Florian Gantner.

Es grüßt Sie herzlich aus Nordbaden
Ihr Christof Schiemer



Vorstellung der neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden

Stefan Jaitner



Landesbezirk Südbaden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Stefan Jaitner, 46 Jahre alt, verheiratet, aus Seelbach. Seit Oktober 2022 bin ich stellvertretender Bezirksvorsitzender des RLV für Südbaden. Ich unterrichte seit 21 Jahren Physik an den Abendrealschulen Lahr und Offenburg und seit 16 Jahren am Geroldsecker Bildungszentrum Seelbach die Fächer Physik, Mathematik, WBS, Gemeinschaftskunde und administrierte an allen drei Schulen die jeweils eingeführten Lernplattformen. Meine beruflichen Interessengebiete sind individuelle Lernstrategien, Produktivitätstechniken & „Persönliches Wissensmanagement“ sowie deren Umsetzung durch Einsatz digitaler Medien und Endgeräte. Aufgrund meiner Staatsexamensarbeit

zum Thema „Besonders befähigte Schüler“ durfte ich einige Jahre solche Arbeitsgemeinschaften an der Realschule leiten und Regelunterricht im gymnasialen Hochbegabtenzug im Fach Mathematik erteilen. Trotz meiner Schwerbehinderung bin ich in meiner Freizeit leidenschaftlicher Achterbahnfahrer (ca. 1.000 Fahrten pro Jahr dank der Nähe zum Europa-Park). Dieses Hobby hat mir Kontakte zu Ingenieuren, TÜV-Mitarbeitern, Frau Prof. Ann-Marie Pendrill und gleichgesinnten Lehrern gebracht und meinen Physikunterricht stark geprägt.

Ich freue mich auf meine Arbeit im RLV, da ich das Motto „Bildung. Leistung. Zukunft. Realschule!“ hervorragend finde.

Christina Beer



Landesbezirk Nordwürttemberg

Mein Name ist Christina Beer. Ich bin 42 Jahre alt, verheiratet, habe drei Kinder und bin seit Oktober 2022 stellvertretende Vorsitzende des Bezirks Nordwürttemberg des RLV. Vom Referendariat im Ortenaukreis führte mich mein (beruflicher) Weg zuerst für neun Jahre an eine Schweizer Sekundarschule, anschließend für zwei weitere Jahre in die USA und vor drei Jahren nun an eine Realschule im Landkreis Böblingen zum bilingualen Unterricht in Geografie und Geschichte. Für mich ist die Mitarbeit im Realschullehrerverband eine ehrenvolle Aufgabe, die mich mit Respekt und Freude erfüllt. Getreu dem Motto „mittendrin – unabhängig – selbstbewusst“ sehe ich die eigenständige und leistungsbewusste Schulart Realschule unabdingbar für das Schulsystem in Baden-

Württemberg, welches als gegliedertes und durchlässiges Bildungssystem bestehen bleiben und somit als Schulart mit „besonderem Realitätsbezug“ ihren Schülerinnen und Schülern auch weiterhin gerecht werden sollte. Dafür, dass jedes Kind in seiner Einzigartigkeit in der passenden Schulart leistungsgerecht gefördert werden kann, braucht es (auch zukünftig) unterschiedliche Schularten und die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung. Dafür möchte ich mich zusammen mit dem RLV stark machen und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

In diesem Sinne grüße ich Sie sehr herzlich aus Nordwürttemberg
Ihre Christina Beer

Timo Habdank



Landesbezirk Südwestfalen

Liebe RLV-Mitglieder, hiermit möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen: Mein Name ist Timo Habdank, ich bin 39 Jahre alt und wohne in Ulm. Ich bin seit 2009 Realschullehrer an der Realschule Ehingen (Donau) mit den Fächern Mathematik, Chemie und Ethik. Seit dem Schuljahr 2014/2015 bin ich Mitglied im Personalrat am Staatlichen Schulamt Biberach und dort neben den allgemeinen Personalratstätigkeiten für die Organisation der Personalversammlung zuständig. Im Oktober 2022 wurde ich auf dem Landesrealschultag in Herrenberg zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden für

den Bezirk Südwestfalen gewählt. Ich freue mich sehr über diese neue Herausforderung und die Zusammenarbeit im Landesvorstand. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich für das in mich gesetzte Vertrauen bedanken und hoffe, die an mich gestellten Erwartungen erfüllen zu können. Die Realschule ist eine Schulart, die es verdient hat, sich für sie einzusetzen. Einmal Realschule, immer Realschule.

Herzliche Grüße
Timo Habdank, stellvertretender Bezirksvorsitzender Südwestfalen

Christian Fischer

(Pressereferent)



Landesbezirk Südwestfalen

Mein Name ist Christian Fischer, ich bin 38 Jahre alt, verheiratet und wohne in Laichingen auf der Schwäbischen Alb. Seit November 2022 habe ich das Amt des Presse- und Öffentlichkeitsreferenten für den Bezirk Südwestfalen übernommen. Gebürtig stamme ich aus Karlsruhe. Bevor ich an meinen Einsatzort, der Anne-Frank-Realschule in Laichingen, kam, habe ich in Heidelberg Deutsch, Geschichte und Politikwissenschaften studiert und schließlich am Bodensee meinen Vorbereitungsdienst geleistet. Da ich – selbst ehemaliger Realschüler – nach der 10. Klasse eine dreijährige Berufsausbildung zum Fachinformatiker absolvierte und mein Interesse für Informatik, neue Medien sowie Digitalisierung nie abklang, beschäftige ich mich nach wie vor mit diesen Themen. Meine Spezialgebiete sind vor allem der Einsatz von Lernmanagementsystemen wie ISev, Schulungen verschiedenster Unterstützungstools wie TaskCards oder Padlet sowie

der Ausbau und Betrieb unseres lokalen Schulnetzwerks. Da ich selbst Realschüler war und massiv von dieser etablierten Schulart profitierte, kam für mich bei der Studienwahl auch keine andere Schulart als die Realschule in Frage. Ich selbst habe während meiner Schulzeit erfahren, wie hilfreich eine praxis- und leistungsorientierte Schulart wie die Realschule vor allem in Hinblick auf die Vorbereitung auf eine spätere Berufsausbildung ist. Ich wünsche mir sehr, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler von dieser Schulart profitieren. Dafür ist es wichtig, die Realschule zu festigen und in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs weiterhin fest zu verankern. Ich freue mich deshalb sehr, in Zukunft aktiv im RLV mitzuarbeiten und gemeinsam unsere Ziele – den Schülerinnen und Schülern eine Schulbildung zu bieten, die ihren Fähigkeiten entspricht und die optimal und lebensnah auf die Berufswelt vorbereitet – zu verwirklichen.



Nachrichten aus dem ZSL

Neuwahl des Bezirkspersonalrats des ZSL

Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart (wir berichteten hierzu in der letzten Ausgabe des realist) wurde nun eine außergerichtliche Lösung gefunden.

Der amtierende Bezirkspersonalrat ging zunächst vor den Verwaltungsgerichtshof Mannheim als nächster Instanz. Schon vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart hatte man klargemacht, dass man versucht, die Amtszeit so weit noch zu verlängern, dass nicht zwei Wahlen innerhalb kurzer Zeit notwendig werden. Im März ging der Personalrat dann auf die klagenden Verbände BLV und RLV zu, mit dem Vorschlag, die Klage außergerichtlich beizulegen. In einer Vereinbarung, in der auch das ZSL als Dienststelle eingebunden wurde, wurde dabei festgelegt, dass die Wahl aus verschiedenen Gründen nicht ordnungsgemäß verlaufen sei und der Personalrat daher freiwillig früher zurücktritt. Des Weiteren wurde es als nun unstrittig von allen Seiten gesehen, dass auch Beratungslehrer Beschäftigte des ZSL sind. Um die Wahl auf eine breite Konsensebene, auch durch die Verbände, zu stellen, wurde weiterhin vereinbart, dass der scheidende Personalrat jeweils einen Vertreter von BLV, RLV und GEW in den Wahlvorstand entsenden wird. Nachdem auch die Dienststelle zusicherte, sich einer vorgezogenen Neuwahl unter diesen Bedingungen nicht entgegenzustellen, konnte zeitnah diese Vereinbarung aufgesetzt und unterzeichnet werden.

Der Bezirkspersonalrat löste sich anschließend am 29. März auf. Die Wahlen finden nun vom 3. – 7. Juli 2023 statt. Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten, die

Aufgaben am ZSL haben, also auch diejenigen, die dort mit Anrechnungstunden oder (Teil-)Abordnung tätig sind. Ebenfalls wahlberechtigt sind alle dem ZSL angeschlossenen Seminare. Nur für diese Beschäftigten ist der Bezirkspersonalrat als Stufenvertretung auch zuständig. Ob dieses ungewöhnliche Konstrukt auf Dauer rechtlich haltbar ist, wird möglicherweise noch im Zuge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes überprüft und vielleicht auch verändert. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass auch der neue BPR sowohl in der Zusammensetzung als auch der Zuständigkeit nicht für die gesamte, dann sechs Jahre dauernde, Amtszeit Bestand haben wird.

Fazit

Dank der Klage des RLV konnte, wenn auch nur außergerichtlich, eine Einigung zum Beschäftigtenbegriff zugunsten der Beratungslehrer, immerhin über 1500 im ganzen Land, erzielt werden. Die Neuwahl wird dank der Hinweise des Urteils des Verwaltungsgerichts Stuttgart sicher weniger rechtsfehlerbehaftet sein. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass es trotzdem Einsprüche geben wird oder aufgrund gesetzlicher Änderungen erneut vorzeitig gewählt werden muss.

Dienstvereinbarung für die Beschäftigten des ZSL

Nachdem zunächst auf der Ebene des Hauptpersonalrats lange daran gearbeitet wurde, eine Dienstvereinbarung für auf Anrechnung Tätige des ZSL zu erstellen, kam diese letztlich nicht zustande, da in wesentlichen Punkten keine Einigung mit der Dienststelle erzielt werden konnte.

Daraufhin ging die Dienststelle auf den ÖPR des ZSL zu, um zumindest für die Beschäftigten des ZSL selbst, also den nicht an den Seminaren Tätigen, eine Dienstvereinbarung zu treffen. Diese konnte zügig erstellt werden und trat am 31.03.2023 in Kraft. Dabei wurden viele Details geklärt, die bislang unterschiedlich gehandhabt wurden und zum Teil auch arbeitsrechtlich fragwürdig waren. Zudem wurde geklärt, für wen die Dienstvereinbarung überhaupt gilt, was im ersten Entwurf mit dem HPR auch noch unklar war. Demnach gilt diese für Fachberater, Fortbildner und Präventionsbeauftragte sowie weiter für das ZSL Tätige, bei denen sich die Höhe der Anrechnungstunden durch einen Tätigkeitsbericht ergibt. Beratungslehrkräfte fallen daher nicht unter diese Regelung. Für sie gilt noch immer die Verwaltungsvorschrift der Lehrkräfte mit einer festen Stundenzuweisung, allein nach der Schülerzahl. Zusammen mit einem neuen landesweit gültigen Tätigkeitsbericht für die Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen gelten so nun für diese alle die gleichen Regeln: So ist es nun möglich, entweder pauschal oder aber, bei Mehraufwand, auch die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zu erfassen. Bei Absage einer Veranstaltung durch das ZSL darf dies nicht zum Nachteil des Beschäftigten sein. Auch bei einer Erkrankung des auf Anrechnung Tätigen wird diese Zeit nun als Arbeitszeit gewertet. Damit konnte der ÖPR deutliche Verbesserungen für diese Beschäftigten erreichen. Wie sich dies im Alltag, insbesondere mit der sehr langen Zeit, bis die Anrechnungstunden bei den so Tätigen ankommen, auswirken wird, werden die nächsten Monate zeigen.

NEU



Realschullehrerverband Baden-Württemberg

Der Fachverband für die Realschule



Wer sind wir?

Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) ist die Berufsorganisation der Lehrerinnen und Lehrer, die an staatlichen, kommunalen und privaten eigenständigen Realschulen und Verbundschulen in Baden-Württemberg tätig ist. Seine Gründung reicht bis zum Beginn der 60er Jahre zurück. Der RLV arbeitet nach demokratischen Grundsätzen und ist parteipolitisch unabhängig.

Wir sind als **Fachverband der Realschule** Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW), so wie der Philologen-Verband (PhV) für die Gymnasiallehrer und der Berufsschullehrerverband (BLV) für die Beruflichen Schulen. Unsere weiteren Dachverbände sind der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) und der Deutsche Lehrerverband (DL).

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven, sowohl für den beruflichen Einstieg als auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse, seine besondere Aufmerksamkeit.



Dafür stehen wir

- Wir vom RLV sind die legitimierte Vertretung der Lehrerschaft an Realschulen im Hinblick auf Bildungsfragen, Beamtenrecht, Arbeitszeit und Besoldung.
- Wir vom RLV, als Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (DBB), bekennen uns zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums.
- Wir vom RLV arbeiten für unsere Mitglieder im Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) und im Deutschen Lehrerverband (DL), dem mitgliederstarken Verband auf Bundesebene.
- Wir kümmern uns ideologiefrei um unsere Schulart, egal ob als eigenständige Schule oder im Verbund. Bei allen Verordnungsentwürfen des Kultusministeriums haben wir ein Anhörungsrecht. Dieses nutzen wir selbstverständlich stets und aktiv.
- Wir sind bei allen Gesprächsrunden mit dem Kultusministerium dabei und thematisieren jeweils die realen Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer. Diese kennen wir, denn unser Landesvorstand arbeitet ehrenamtlich und die Mitglieder stehen außerhalb ihrer Verbandstätigkeit mit beiden Beinen fest im Schulalltag, sei es als Lehrkraft oder als Schulleitung. Dadurch unterscheiden wir uns von den allermeisten Lehrervertretungen im Land.
- Der RLV ist Sachwalter der Realschülerinnen und Realschüler in Baden-Württemberg und deren Interessen. Er beruft sich dabei auf Artikel 11 der Landesverfassung von Baden-Württemberg: „(1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. (2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.“
- Wir treten deshalb für ein gegliedertes Schulwesen und die Erhaltung und Weiterentwicklung der Realschule als eine der tragenden Säulen des gegliederten Schulwesens ein. Wir sind der einzige Verband, welcher die Eigenständigkeit der Realschule in Baden-Württemberg konsequent verfolgt.
- Der RLV fordert eine verbindliche Grundschulempfehlung, welche die Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit verbindlich einer für ihre Entwicklung erfolgsversprechenden, leistungsgerechten Schulart zuordnet. Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten!
- Der RLV bekennt sich klar zur Leistung an Schulen. Die Realschule ist eine leistungsorientierte Schule. Dazu gehören weiterhin transparente Notenstufen.
- Der RLV wendet sich gegen die Ausbildung eines Einheitslehrers. Wir fordern einen eigenen Studiengang für das Lehramt an Realschulen, um die erfolgreiche Mischung aus Praxis und hoher Fachlichkeit an den Realschulen zu gewährleisten. Außerdem: Studierende sollen von Anfang an wissen, an welcher Schulart sie später unterrichten. Dies sehen wir als wichtigen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs.
- Der RLV gewährt seinen Mitgliedern kostenlose Rechtsberatung und Rechtsschutz über den Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) sowie Berufshaftpflichtversicherung.
- Wir vom RLV vertreten Ihre Interessen auf allen drei Ebenen der Personalvertretung, d. h. im Örtlichen Personalrat (ÖPR), Bezirkspersonalrat (BPR) und Hauptpersonalrat (HPR) beim Kultusministerium.



Ein buntes Mosaik!



Über 400 mal im Land!



16 Wilhelm-Ganzhorn-Schulen Straubenhardt



17 Christiane-Herzog-RS Nagold



18 RS Althengstett



19 RS Ditzingen



20 Freihof-RS Kirchheim unter Teck



21 RS Erbach (Donau)



22 RS Seelbach



23 Heinrich-Hansjakob-RS Elzach



24 RS Schramberg



25 RS Ehingen



26 Lammerberg-RS Tailfingen



27 RS Gammertingen



28 Anne-Frank-RS Laichingen



29 Friedrich-Adler-RS Laupheim



30 RS Schömburg



31 Max-Weishaupt-RS Schwendi



32 RS Bad Dürkheim



1 RS Buchen



6 Wilhelm-Hauff-RS Bad Rappenau



11 Konrad-Adenauer-RS Pforzheim



2 Johannes-Kepler-RS Heidelberg



7 Ottmar-Mergenthaler-RS Vaihingen-Enz



12 RS Niefern Kirnbachschule



3 RS Obrigheim



8 Maximilian-Lutz-RS Besigheim



13 RS Bissingen



4 RS Niederstetten



9 RS am Karlsberg Crailsheim



14 RS Winnenden



5 RS Waibstadt



10 RS Rheinmünster



15 Robert-Schuman-RS Achern



33 RS Gosheim-Wehingen



34 Grafen-von-Zimmern-RS Meßkirch



35 Dollinger-RS Biberach an der Riß



36 RS Ochsenhausen



37 RS Erolzheim



38 RS Jestetten



39 Gerhard-Thielcke-RS Radolfzell



40 RS Überlingen



41 RS Ravensburg



42 Jakob-Emele-RS Bad Schussenried



43 RS Wangen



44 Daniel-Straub-RS Geislingen



45 Geschwister-Scholl-RS Riedlingen



46 RS Hechingen



47 RS Horb



48 RS Neuffen



49 Ludwig Uhland Grund- & Realschule Heimsheim

9,- Euro in ein Ticket investiert. Nicht weitergekommen.



Zukunft gestalten ab 11 €/Monat Mitgliedsbeitrag
Realschullehrerverband Baden-Württemberg



M P R E S S U M

Herausgeber

**Realschullehrerverband
Baden-Württemberg RLV**

Geschäftsstelle

Dunja Bartsch

Hardtstraße 2/2 · 72224 Ebhausen

Telefon 0151 53 288 738 · info@rlv-bw.de

Redaktion „Realist“

Ralf Merkle (Chefredakteur), **Anton Blank**,
Kerstin Curth-Wegst, **Bernd Jung**,

Redaktionsanschrift

Landesgeschäftsstelle
Realschullehrerverband BW

Leserbriefe an:

leserbriefe@rlv-bw.de

Leserbriefe bitte nur mit vollständigem Namen und Adresse einsenden. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung und ggf. Kürzung des Leserbriefes vor. Die Veröffentlichung erfolgt ohne Adressangabe, nur Name und Wohnort werden veröffentlicht.

Verbreitungsgebiet

Baden-Württemberg

Layout · Produktion · Anzeigen

Seeger-Werbung GmbH & Co. KG

Keplerstraße 13 · 72250 Freudenstadt

T: 07441 8857-0 · www.seeger-werbung.de

Bilder · Fotos · Grafiken

Außerschulischer Lernort:

Nationalparkzentrum Sommer

©Daniel Müller, Nationalpark Schwarzwald

Die historische Entwicklung des

Realschulwesens in Heilbronn:

Quelle, archivsuche.heilbronn.de

Mit der Landespolitik im Gespräch:

Bild SPD

Würzburger Grundsätze:

©Congress-Tourismus-Würzburg

Fotograf: A. Bestle

Personalversammlungen: RLV

RLV auf der didacta 2023:

RLV, Landesmesse Stuttgart GmbH

AdobeStock:

Titel: ©Alexander_579104671

Seite 11: ©cirquedesprit_112305269

Seite 17: ©afxhome_263055613

Seite 25: ©kerbspix_24278814

Seite 25: ©John Smith_172193233

Seite 26: ©olly_38162384

Seite 30: ©starlineart_377326919

Seite 30: ©mitay20_578002646

Seite 31: ©pathdoc_158272894

Seite 46: ©Jacob Lund_429417323

Seite 49: ©On-Air_20220845

Seite 51: ©Daniel Berkmann_277833676

Seite 51: ©Monster Ztudio_494122814

Seite 53: ©Corri Seizinger_559110813

Seite 58: ©Markus Mainka_144053549

Seite 61: ©rob z_192641176

Urheberrecht

Alle abgedruckten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder anderweitige Verwendungen nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Haftung

Der Inhalt dieses Hefts wurde sorgfältig erarbeitet. Redaktion Autoren und Herausgeber übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Beiträge und Zuschriften erbeten an Chefredaktion.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Viel mehr RLV unter:
www.rlv-bw.de





Die Stimme der Realschule

Realschullehrerverband Baden-Württemberg

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen

Monatsbeitrag ab 01/2020:

- Studierende beitragsfrei
- Lehrer/innen ohne Anstellung 3,00 €
- Lehramtsanwärter/innen 5,00 €
- Fachlehrer/innen 12,00 €
- Realschullehrer/innen 15,00 €
- Teilzeit (A13 bis 14 Std.) 7,00 €
- Teilzeit (A13 bis 20 Std.) 11,00 €
- Realschulkonrektoren/innen und Schulaufsicht (A14) 16,00 €
- Realschulrektoren/innen und Schulaufsicht (A15) 17,50 €
- Pensionäre 11,00 €
- Ehepartner-Mitglied im RLV 8,00 €

Bitte teilen Sie uns jede Veränderung mit.

Informationen und Anmeldung:

Realschullehrerverband Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Frau Dunja Bartsch
Hardtstraße 2/2
72224 Ebhausen
info@rlv-bw.de

Telefon 0151 53 288 738
(Mo. und Di. von 13.⁰⁰ bis 13.³⁰ Uhr und
Fr. von 14.⁰⁰ bis 17.⁰⁰ Uhr)

Landesvorsitzende:
Dr. Karin Broszat
landesvorsitz@rlv-bw.de

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich unter Anerkennung der Satzung* meinen Beitritt zum Realschullehrerverband Baden-Württemberg. *www.rlv-bw.de

Name Vorname	Telefon
Straße Nr.	Handy
PLZ Ort	
E-Mail (privat)	Geburtsdatum
Anschrift der Dienststelle	
Amtsbezeichnung	Teilzeit ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
	Wenn Teilzeit, Anzahl der Stunden
Besoldungsgruppe	Eintrittsdatum RLV
Datum Unterschrift	

Geworben von:

Vor- und Nachname

Einzugsermächtigung

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich widerruflich den Schatzmeister des RLV, den von mir zu entrichtenden satzungsgemäßen Beitrag von meinem Konto abzubuchen:

vierteljährlich <input type="checkbox"/>	halbjährlich <input type="checkbox"/>	jährlich <input type="checkbox"/>
IBAN		
BIC		
Datum Unterschrift		

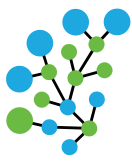
Im Mitgliedsbeitrag sind enthalten:

- Rechtsberatung und Rechtsschutz nach der Verordnung des BBW
- Diensthauptpflichtversicherung, Deckungssumme 10.000.000 € bei Personen- und Sachschäden, 50.000 € bei Vermögensschäden, Obhutsschäden und Schäden aus Schlüsselverlusten
- Freizeit-Unfallversicherung mit 1.500 € im Todesfall, 3.000 € bei Vollinvalidität und 6,00 € Krankenhaus-Tagegeld
- „Bildung Real“, Bundeszeitung des VDR
- „realist“ – Die Realschule in Baden-Württemberg, Magazin des RLV
- „dbb-Magazin“, Zeitschrift des BBW/DBB

Bitte senden Sie Ihre Beitrittserklärung auf dem Postweg oder per E-Mail an:

Realschullehrerverband Baden-Württemberg, Landesgeschäftsstelle
Frau Dunja Bartsch · Hardtstraße 2/2 · 72224 Ebhausen
info@rlv-bw.de · Telefon 0151 53 288 738

Herzlichen Dank!



NETZWERK
DIGITALE BILDUNG

#ZukunftLernen

Lassen Sie sich inspirieren –
auf dem Weg zur digitalen Schule und
einem zeitgemäßen Unterricht.



Unsere Veröffentlichungen

JETZT KOSTENLOS
DOWNLOADEN



Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne
Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis
zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein
Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungs-
beginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020.

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbbank.de
und auf www.bbbbank.de/dbb



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



Bank
Better Banking

Folgen Sie uns

